

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



14. Oktober 1988
Jg. 9 Nr. 21

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

IWF-Weltbank-Tagung

**Weltmarkt, Welthandel:
Imperialistische Fesseln
für die
Dritte Welt**

Seite 5

Türkei-Kurdistan

**Die Lage der
geflüchteten Kurden
in den Lagern**

Seite 13

Grüne im Bayer. Landtag

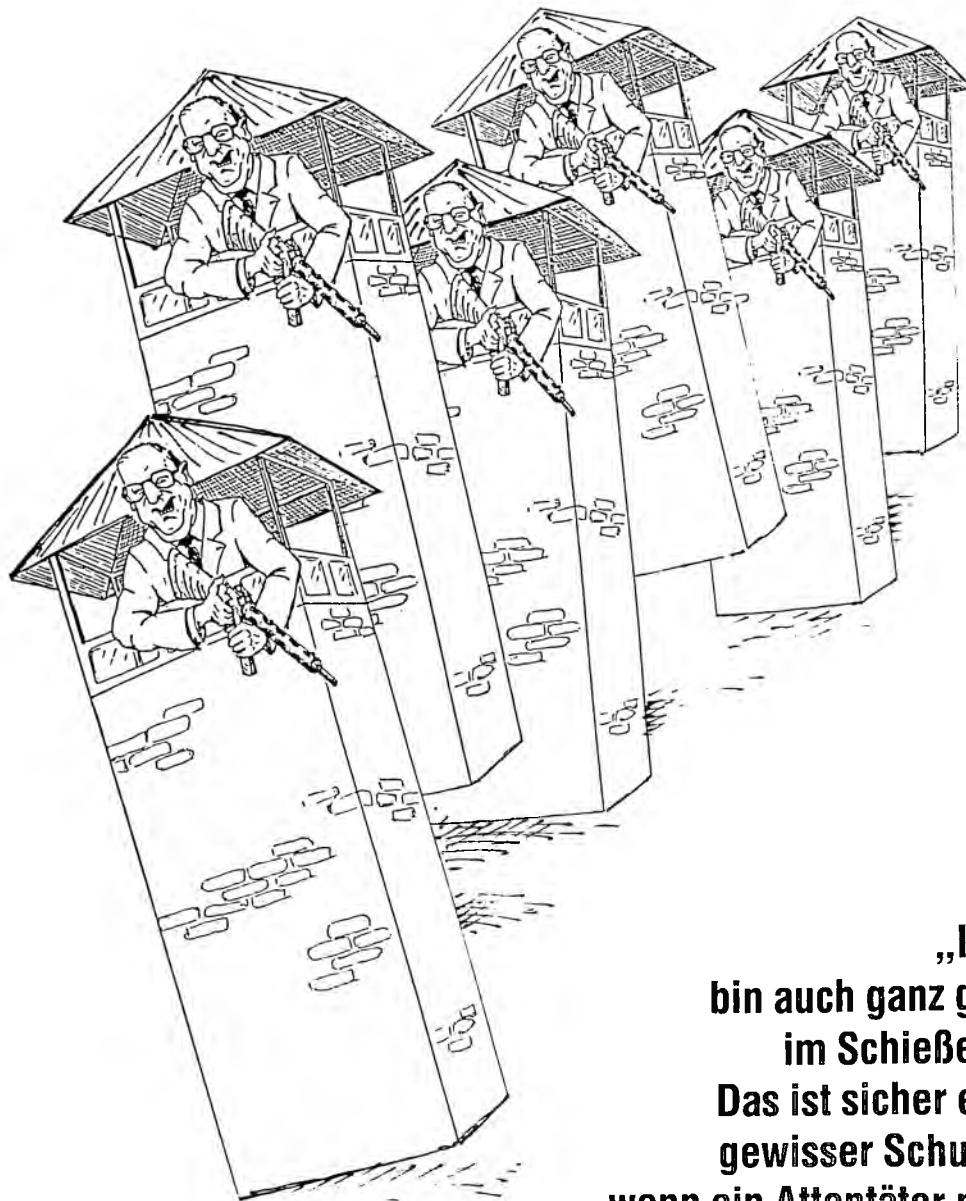
**Flüchtlinge sind rechtlos
und werden
menschenunwürdig
behandelt**

Seite 19

DGB-Aktionswoche

**Die Aktionswoche
des DGB
setzt die Regierung
unter Druck**

Seite 34



„Ich
bin auch ganz gut
im Schießen.
Das ist sicher ein
gewisser Schutz,
wenn ein Attentäter mit
einem Risiko für sich selbst rechnen muß.“

Innenminister Zimmermann in der Zeitschrift „Bunte“

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

Inhalt	21/88
Aktuelles aus Politik und Wirtschaft	
Aktuell in Bonn	4
IWF/Weltbank: Weltmarkt: Fessel für die Dritte Welt	5
West-Allierte: UdSSR weist Großberlin-Initiative ab	7
„ Pflegenotstand “: Pflegedienstleitung: Mehr Teilzeit	7
2. Schiffahrtsregister: Anhörung vor Verkehrsausschuß	7
Postreform: Im Bundestag ohne große Widersprüche	8
Auszüge aus der Bundestagsdebatte zur Postreform	9
Sicherheitsgesetze: Engelhard propagiert Willkür	10
Stellungnahmen gegen das Artikelgesetz: grundgesetzlich	11
Auslandsberichterstattung	
Türkei: Prozeß gegen Dev Yol in Ankara	12
Türkei-Kurdistan: Lage der geflüchteten Kurden	13
Kanada: Höhere Tarifabschlüsse, aber uneinheitlich	14
Südafrika-Angola: Niederlage erzwang Südafrikas Abzug	15
El Salvador: Krise der DC bereitet Arena-Wahlsieg vor	15
Internationale Meldungen	16
Aus Verbänden und Parteien	
Veröffentlichungen:	
Krupp-Rheinhausen aus der Sicht der MLPD	18
Untersuchung zur Arbeitszeitverkürzung	18
Gewerkschaftsjahrbuch: Deutliche Schwächen	18
Arbeit an der Kasse	19
Grüne im Bayerischen Landtag: Flüchtlinge sind rechtlos und werden menschenunwürdig behandelt	19
Reportagen und Berichte regional	
Regionale Nachrichten	21
Ausländerpolitik: Demonstration gegen Asylpolitik	22
Polygram/PDO: Entlassungen und Zeitverträge	22
Lehrerstreik: Vorbereitungen an den Schulen	23
Siemens AG: Fertigungsbereiche werden verlagert	23
IWF/Weltbanktagung: Senat und Kritiker zufrieden	24
Wahlen in Westberlin: AL mit Kompromißwahlprogramm	25
Opel Bochum: Mehr Nacht- und Wochenendarbeit	25
Sterbehilfe: „Mein Mann will aber nicht sterben“	26
Aussortieren nach „Patientenqualität“	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	28
Flüchtlinge: Über Abschiebungen und Leben im Lager	29
Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge	
Ausstellung: Frauen fotografieren Frauenarbeit	30
Münchener Abkommen 1938: Die Partner von heute: Kumpanen von gestern	31
Spezialberichte	
DGB: Aktionswoche setzt Regierung unter Druck	34
Mehr Betriebsgemeinschaft, weniger Gewerkschaft	34
Dokumentiert: Aus dem neuen Aktionsprogramm des DGB	35
Kapitalisten bekommen Widerstand gegen Gesundheitsreform kaum zu spüren	37
„Mehr Freiheit für den Handel“ und „Bedarf für einfache Arbeitsplätze“	38
Flexible Arbeitszeiten, Dienstleistungsabend — Pressestimmen	39

FDP: Marktwirtschaft auch für Südafrika

Der FDP-Parteitag hat außer den Wahlen von Parteivorstand, Präsidium und den Kandidaten für die Europa-Parlamentswahlen im nächsten Jahr zwei wichtige außenpolitische Beschlüsse gefaßt. Die vom neuen Parteivorsitzenden Graf Lambsdorff und der jetzigen Stellvertreterin Adam-Schwätzer gemeinsam ausgearbeitete „Wiesbadener Erklärung“, die auch Position zur Innen-, Rechts- und Sozialpolitik bezieht, wurde an Bundesvorstand und Bundestagsfraktion überwiesen. Beschlossen hat der Parteitag ein „Aktionsprogramm Südliches Afrika“ und einen Antrag zur Außenpolitik. Mit dem „Aktionsprogramm“ hat die FDP einen Kurs eingeschlagen, der sowohl die deutliche Unterstützung der südafrikanischen Rassisten erlaubt, für die Graf Lambsdorff bisher eingetreten ist, als auch die öffentliche Kritik, verbunden mit tatkräftiger nichtöffentlicher Unterstützung. Kein Delegierter erhob die Forderung nach allgemeinen und verbindlichen Sanktionen. Die FDP tritt laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 10.10. u.a. ein für „die Förderung der schwarzafrikanischen Frontstaaten, den Ausbau von Bildungseinrichtungen in Südafrika, den Verzicht auf Ausnutzung der

Anzeige

Erscheint
im
GNN-Verlag

AUSGEWÄHLTE DOKUMENTE DER ZEITGESCHICHTE

Volksrepublik China



Antiimperialismus

127 Seiten
Preis:
10,— DM

Sozialismus

Zu beziehen
über:

Kulturrevolution

GNN-Verlags-
gesellschaft
Postfach
260 226
Zülpicher
Straße 7

5000 Köln 1

© 1988, GNN-Verlagsgesellschaft, Postfach 260 226, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

Auf den plötzlichen und unerwarteten Todesfall Strauß' hin setzten sich aus der RSA sofort Premierminister Botha und Außenminister Botha in Marsch. Sie konnten nicht Zurückhaltung üben, denn Strauß war die außenpolitische Rolle zugeteilt, den Rassismuskritikern die hinter aller Apartheidkritik positive Grundhaltung der BRD zuzusichern. Nun mußte ausgemacht werden, wie das Doppelspiel weitergeht. Das pomphafte Leichenbegängnis bot dem Bundespräsidenten dazu Möglichkeiten, das eine Bild zeigt ihn, die beiden Bothas beruhigend, das andere eine Protestaktion von amnesty international.

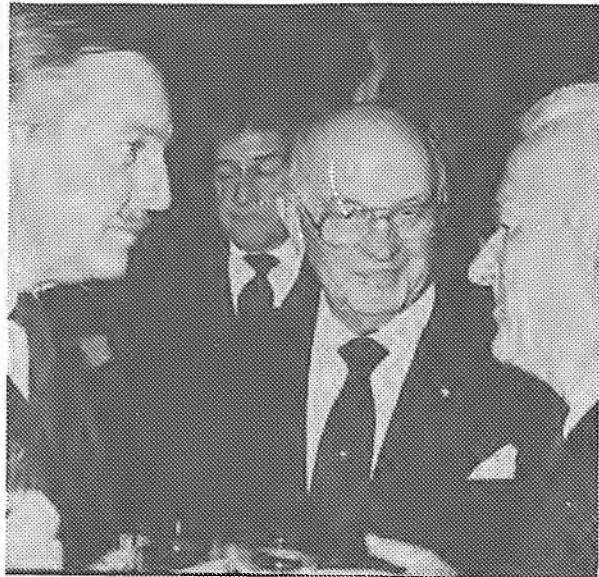
Für die Bevölkerung organisierten die Institutionen des Freistaates einen wahren Medienrausch. Aus dem Gesichtswinkel bayerischer Staatspolitik war der Zeitpunkt ja auch ideal. Die Normalisierung des bayerischen Wirtschaftswachstums verengt den Spielraum der CSU-typischen Politik der Be- und Vergünstigungen, durch die heterogene Interessen zum berühmten 60%-Block zusammengefügt wurden. Die Schwierigkeiten der CSU mit den Landwirten sind nur der Anfang. Mit Strauß zeigte sich die CSU als eine Partei, die den aufstrebenden Kleinbürger reich macht und die anderen leben läßt. Seine Werbewirkung ergab sich aus der Geruchsmischung von Schweiß, Macht und Geld. Hätte Strauß selbst die Interessen der ganz großen Haie kontrovers zu Interessen kleinerer Fische formulieren müssen, wäre seine Werbewirkung dahingegangen, und so sträubte er sich. Möglicherweise solche Probleme wären auf der gemeinsamen Hirschjagd von Fürst und Ministerpräsident zu bedenken gewesen, doch dann kam es anders, und, wie der Kardinal Wetter sagte, vielleicht war es so am besten. — (maf)

Demonstrationen gegen Evren-Besuch

Die Aktionseinheit, deren Aufruf wir in Nr. 20 veröffentlichten, ruft auf zu einer Demonstration am 15.10. in Bonn, 11.00 Uhr ab Kaiserstraße. Zur Demonstration rufen unter anderem auf: Dev Genc; ATIF; TKP-ML; TDKP-YDÖ; PPKK; TKB (B); TSK/DK; EKIM; KAWA; TKIH; Partei der Arbeit Irans; Demokratische Jugend Palästinas Köln; BWK; KPD; MLPD; Volksfront; VSP; Die Falken — Kreisverband Köln —; AStA Köln; Grüne Hessen; Grüne Karlsruhe; Grüne Mainz; Am 18.10. 10 Uhr ab Bonn, Münsterplatz, führt Feyka Kurdistan eine Demonstration gegen den Evren-Besuch durch. Diese Demonstration wird von BWK und Volksfront ebenfalls unterstützt. — (uld)

Protestaktion gegen § 129a-Verhaftung

Am 4. Oktober überfiel ein SEK-Kommando die besetzten Häuser in der Düsseldorfer Kiefernstraße und verhaftete eine Frau und einen Mann. Sie wurden brutal behandelt und ins Polizeipräsidium gebracht. Die Frau wurde später freigelassen. Der



Mann wurde zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe gebracht. Die Presse verbreitete den vollen Namen und gab bekannt, daß er angeblich an Anschlägen beteiligt gewesen sein soll und illegal in der Kiefernstraße gelebt haben soll. Das ist aber nicht wahr. Er lebte dort legal, erhielt Post unter seiner Anschrift, meldete mit diesem Wohnort Besuche bei der wegen RAF-Mitgliedschaft angeklagten Eva Haule an und schrieb ihr mit diesem Absender. In einem Flublatt von Leuten aus der Kiefernstraße heißt es zu den Vorwürfen: „Die Bundesanwaltschaft stützt momentan ihre gesamte Beweislage auf diese handschriftlichen Gutachten, was schon im Prozeß gegen Chris und Luiti angewandt wurde.“ Die Polizeiaktion richtet sich gegen die Unterstützung von RAF-Gefangenen und gegen die Hausbesetzer in der Kiefernstraße. Rolf H. ist inzwischen der fünfte, den die Bundesanwaltschaft aus der Kiefernstraße verhaftet ließ. Autonome und Antimperialisten rufen auf zu einer Demonstration am 13. Oktober nach Düsseldorf, 17 Uhr, Schadowplatz. Sie fordern u.a.:

„Gegen Kriminalisierung, Staatsschutzterror und Spaltung — Wir brauchen die Ein-

heit um Befreiung! Gegen Isolationfolter! Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand.“ Am selben Tag findet im NRW-Landtag eine aktuelle Stunde zu den Verhaftungen in der Kiefernstraße statt. — (jöd)

Gegen Zwangsverpflichtung

Die Jahreshauptversammlung der IG Druck und Papier, Ortsverwaltung Hannover, faßte folgenden Beschuß, der an die IG Druck und Papier-/Medien-Gewerkschaftstage und die DGB-Gremien weitergeleitet wird:

„Der DGB wird aufgefordert, seine 1984 gegebene Zustimmung zum Entwurf einer Verordnung des Bundesinnenministeriums über die Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften durch Kommissionen nach § 34 der Notstandsgesetze zurückzuziehen.“

Begründung: Im Falle der Anwendung der Notstandsgesetze werden eine Reihe demokratischer Rechte außer Kraft gesetzt. Unter anderem deshalb haben die Einzelgewerkschaften und der DGB die Notstandsgesetze stets abgelehnt. Die Zustimmung des DGB zu oben genannter Verordnung bedeutet eine aktive

Teilnahme des DGB in den Arbeitskräfteausschüssen zur Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften im Krisen- und Kriegsfall. In einem eventuell notwendigen Kampf gegen die konkrete Anwendung der Notstandsgesetze stünde der DGB schnell zwischen den Fronten und wäre handlungsunfähig bei der Vertretung der Interessen aller Gewerkschaftsmitglieder.“ — (AGMe, mal)

Anzeige

Politische Berichte
Sonderausgabe

Ergebnisse der Herbstkonferenz der 8. o. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK

September 1988

Preis: 3.— DM

Zu beziehen über:

GNN-Verlagsgesellschaft
Postfach 260 226
Zülpicher Str. 7

5000 Köln 1

Aktuell in Bonn

Gegen Arbeitslose

Die CDU-Mittelstandsvereinigung will mehr Zwangarbeit für Arbeitslose. Der sozialpolitische Sprecher der Vereinigung, Hans Kolb, verlangte am 4.10. u.a.: Wer drei Jahre arbeitslos sei, solle aus der amtlichen Arbeitslosenstatistik gestrichen werden und gezwungen werden können, „Aushilfstätigkeiten“ selbst zu geringsten Löhnen anzunehmen. Das Verdienst aus solchen „Aushilfstätigkeiten“ solle zur Hälfte auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden. Falls Arbeitslose solche „Aushilfsarbeiten“ verweigerten, solle ihnen das Arbeitslosengeld um den möglichen „Verdienst“ für solche Arbeiten gekürzt werden. Die geplante Einführung des Sozialversicherungsausweises werde ca. 400000 Arbeitslose um ihre Ansprüche bringen, weil ihre „Nebenjobs“ bekannt würden, hofft Kolb. Bei Umschulungen und Fortbildungen solle wieder mehr „Eigenbeteiligung“ des Umschülers verlangt werden. (Quelle: Handelsblatt, 5.10.)

Zimmermann zu Asyl

Aus Anlaß des Halbjahresberichts 1988 des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat Innenminister Zimmermann erklärt, daß bis Jahresende mit 100000 Asylgesuchen zu rechnen sei (1986: 99500, 1987:

58000). 90 Prozent der Asylbewerber würden die „Voraussetzungen für die Anerkennung nicht erfüllen“, kämen vorwiegend „aus wirtschaftlichen Gründen.“ Zimmermann warnte davor, das Asylrecht zum „Einwanderungsrecht umzufunktionieren.“

AIDS in Polizeidateien

Aufgrund einer Anfrage vom 28.9. teilte die Bundesregierung mit, daß der Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz der Länder am 6./7.9. mehrheitlich beschlossen hat: Die Speicherung von Hinweisen auf HIV-Infizierung steht im Ermessen des Bundes und jedes Landes. Dazu genügen auch ärztliche oder amtliche Hinweise. Die Speicherung erfolgt in Kriminalakten, Personenfahndung, Erkennungsdienst-Datei und der Datei Rauschgift.

Innenministerkonferenz

Am 6.10. tagte in Bonn die Innenministerkonferenz. Die Minister und Senatoren setzten eine Arbeitsgruppe ein, die bis zur nächsten Konferenz Anfang Dezember eine Entscheidung über die Aufnahme des „finalen Todesschusses“ in die Länderpolizeigesetze vorbereiten soll. Über ein Verbot der rechtsradikalen FAP habe man sich nicht einigen können, zitiert die „Welt“ den Vorsitzenden der Konferenz, Niedersachsens Innenminister Hasselmann. Hasselmann erklärte, damit könne die FAP „aufgewertet“ werden.

Immer mehr Hunger

In einem Bericht der Bundesregierung am 28.9. vor dem Unterausschuß für Welternährung, Weltlandwirtschaft und Weltforstwirtschaft wird eingestanden, daß die Zahl hungernder und erheblich unterernährter Menschen weltweit weiter zunimmt. 517 Millionen Menschen sind heute davon betroffen. Zugleich hat die Getreideproduktion 1987 und 1988 weiter abgenommen und die Nahrungsmittelhilfe den niedrigsten Stand seit 1982 erreicht. Die Lagerbestände betragen nur noch 14 Prozent (FAO-Empfehlung: 18 Prozent) der Jahresweltproduktion. 75 Prozent aller Menschen leben inzwischen in sogenannten „Entwicklungs ländern.“

Sozialversicherungsausweis

„Alle Arbeitnehmer“ sollen nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drucksache 11/2807) einen „Sozialversicherungsausweis“ erhalten. Dies soll dem Kampf „gegen Schwarzarbeit“ und gegen „mißbräuchliche Inanspruchnahme von Leistungen“ dienen. Der Bundesrat hat das Vorhaben „grundsätzlich begrüßt“ und fordert zusätzlich Lichtbilder. Jetzt beraten die Ausschüsse darüber.

BRD/Südafrika/Chile

Den Antrag der SPD, den Luftverkehr mit Südafrika einzustellen, lehnte der Verkehrsrausschuß am 28.9. ab. Begründung eines Abgeordneten der CDU/CSU: Die Brücken zu Südafrika abbrechen, behindere den dortigen Demokratisierungsprozeß. Im Plenum des Bundestags wurde am selben Tag ein Antrag von SPD und Grünen eingebracht, einer Petition stattzugeben, daß die BRD umgehend ihre Bereitschaft erklärt, 15 in Chile von der Todesstrafe bedrohte politische Gefangene aufzunehmen. Die Regierungsfraktionen hatten im Ausschuß von der Regierung die „Prüfung der Tatvorwürfe“ verlangt.

Was kommt demnächst?

Am 13.10. berät der Bundestag über die Ergebnisse der IWF/Weltbank-Tagung in Westberlin. Auf der Tagesordnung stehen weiter ein Antrag der Regierungsfraktion zur Änderung des Parteiengesetzes (Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Parteispenden auf 60000 DM statt bisher 100000 DM im Jahr) sowie ein Besoldungsgesetz eigens für Generalbundesanwalt Rebmann, das diesem kurz vor Pensionierung noch eine Anhebung der Pension um jährlich ca. 14500 DM garantiert. Am 14.10. berät der Bundesrat den Haushalt 1989, der Bundestag u.a. Anträge von Grünen und SPD gegen Tiefflüge und zum Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen. Am 15.10. beginnt die DGB-Aktionswoche. Am 24.10. reist Kohl nach Moskau. Am 18./19.11. wählt der CSU-Parteitag den neuen Parteivorsitzenden.



Vom 6.-27.9. führten über 100000 US-amerikanische, kanadische und westdeutsche Soldaten im Raum Aschaffenburg-Augsburg-Stuttgart das Manöver „Certain Challenge“ durch. Das Verteidigungsministerium erklärte am 28.9., über die Zahl der Toten und Verletzten und das Ausmaß der Flurschäden ließen sich noch keine genauen Angaben machen. Man sei aber „erschrocken“ über die „große Zahl von Unfällen, Verletzten und Toten“. Fest stehe, daß „die Hauptschuld bei den Alliierten und nicht bei den Bundeswehrstreitkräften“ liege.

IWF- und Weltbank-Gipfel in Westberlin

Weltmarkt, Welthandel: Imperialistische Fesseln für die Dritte Welt

Die IWF- und Weltbank-Tagung in Westberlin habe eine Annäherung zwischen den imperialistischen Mächten und den von ihnen unterdrückten und ausgenutzten Staaten der Dritten Welt erbracht, verbreitet die bürgerliche Presse. „Industriestaaten und Entwicklungsländer sind in den beiden Gremien wieder enger zusammengerückt“, urteilte beispielsweise die Süddeutsche Zeitung am 29.9. Bundeskanzler Kohl behauptete gar in seiner Abschlußerklärung, die Konferenz habe „breite Übereinstimmung darüber erbracht, daß“ zur „Überwindung von Hunger und Elend in der Welt“ ... „alle Staaten ihren Beitrag leisten und konstruktiv zusammenarbeiten müßten“.

Tatsächlich kann von einer „Annäherung“ zwischen Imperialisten und Dritter Welt keine Rede sein. Ein Vergleich des Kommuniques der (aus Regierungsvertretern der Dritten Welt zusammengesetzten) „Gruppe der 24“ auf der IWF/Weltbank-Tagung mit den Antworten der Imperialisten auf derselben Tagung verdeutlicht das. So verlangte die „Gruppe der 24“ u.a. die „sofortige Bereitstellung“ von „nicht weniger als 30 Mrd. SZR“ (Sonderziehungsrechte sind eine Form von IWF-Krediten, ein SZR entspricht 2,32 DM). Finanzminister Stoltenberg reagierte stellvertretend für alle Imperialisten schroff ablehnend: „Die globale Injizierung (Hinzuführung, d. Red.) von Liquidität durch zusätzliche Sonderziehungsrechte wäre kein effektives Mittel, um den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Länder nachzukommen. Zudem ist die Notwendigkeit von mehr globaler Liquidität überhaupt nicht bewiesen.“

Zahlreiche Staaten der Dritten Welt sind auch gegenüber dem IWF im Verzug mit der Rückzahlung von Krediten. Gegen Sambia, Liberia, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Guayana, Peru und Vietnam hat der IWF deshalb bereits Kreditsperren verhängt. Die „Gruppe der 24“ protestierte in ihrem Schlußkommuniqué auf der Westberliner Tagung gegen diese Sperren und verlangte, der IWF solle bei seinem Vorgehen auch „die Zahlungsfähigkeit seiner Mitglieder“ beachten. Demgegenüber bekräftigte die imperialistische „Zehnergruppe“ in Westberlin in ihrem Kommuniqué den Auftrag an den IWF, solche Zahlungsrückstände „rigoros“ einzutreiben.

Einige Ergebnisse der Tagung

Was sind entgegen solcher Falschmeldungen über „Annäherungen“ die wirk-

lichen Ergebnisse der Konferenz in Westberlin?

Erstens streben starke Kräfte unter den Imperialisten nach einer Neuverteilung des imperialistischen Einflusses in IWF und Weltbank. Gegenwärtig verfügen die USA über 19,9% der Stimmrechte im IWF, gefolgt von Großbritannien mit 6,9%, der BRD mit 6,0%, Frankreich mit 5,0% und Japan mit 4,7%. Der Direktor der Weltbank wird von den USA, der des IWF von einem westeuropä-

ischen an den internationalen Kreditmärkten.

Beides, die Erhöhung und die evtl. Neuverteilung der IWF-Quoten, soll nach den US-Präsidentschaftswahlen entschieden werden, vermutlich auf der nächsten IWF-Weltbank-Halbjahreskonferenz im April 1989 in den USA.

Bis dahin gilt eine der Hauptsorgen der US-Regierung der Stabilisierung des Dollarwerts. In der sogenannten „G-7-Gruppe“ der sieben größten imperialisti-



Die Demonstrationen gegen die Weltbank- und IWF-Tagung in Westberlin hätten die „wachsende weltweite Empörung darüber symbolisiert, wie Banken und Regierungen mit dem schwierigen Dilemma der Dritte-Welt-Schulden umgehen“, schrieb das US-Magazin „Time“.

ischen Staat, zur Zeit von Frankreich, gestellt. Sowohl die BRD als auch Japan drängen auf eine Erhöhung ihres Stimmrechts und damit ihres Einflusses in IWF und Weltbank. Laut „Wirtschaftswoche“ vom 30.9. strebt Japan dabei den zweiten Rang im IWF mit 8,1%, die BRD Platz 3 mit 7,0% der Stimmen an. Großbritannien fiele damit auf Platz vier.

Entschieden wird diese Auseinandersetzung vermutlich im Zuge einer allgemeinen Erhöhung der Quoten, die die Mitgliedsländer in den IWF einzahlen müssen. Diese Quoten belaufen sich zusammen zur Zeit auf 90 Mrd. SZR (ca. 209 Mrd. DM). In der Diskussion ist eine Erhöhung auf 150 Mrd. SZR (349 Mrd. DM – Position der BRD) oder sogar auf 180 Mrd. SZR (418 Mrd. DM – Position Frankreichs und Italiens). Die Quotenerhöhung soll dem IWF erlauben, mit noch mehr Krediten seinen Einfluß auf die Staaten der Dritten Welt weiter auszubauen. Die französischen und italienischen Bourgeoisie erhoffen sich von einer starken Erhöhung der IWF-Mittel zudem eine weitere Verdrängung des

schen Mächte setzte sie ein Kommuniqué durch, in dem es u.a. heißt: „Die Minister und Gouverneure haben ihr fortlaufendes Interesse an stabilen Wechselkursen zwischen ihren Währungen betont.“ Verschiedene westdeutsche Zeitungen nörbelten gleich, dies sei unnötige Wahlhilfe für US-Vizepräsident Bush und lasse „auf eine riskante Nachgiebigkeit schließen.“ (FAZ, 28.9.) Die „Börsenzeitung“ ergänzte: „In Schlüsselfragen der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik werden nach den Wahlen in den USA bei sehr problematischen Grundtendenzen die Karten neu gemischt“, und betonte, die USA müßten endlich ihr Haushaltsdefizit verringern.

Die Imperialisten sind fest entschlossen, dem Widerstand der Staaten der Dritten Welt gegen ihre Ausplünderung und Unterdrückung durch eine weitere Einbeziehung dieser Staaten in den imperialistischen Weltmarkt zu brechen. Die im nächsten Jahr absehbare Erhöhung der IWF-Quoten und damit auch der Kreditmittel des IWF ist eine der Waffen, die dazu auf imperialistischer Seite geschmiedet werden. Auch die



Widerstand gegen imperialistische Kapitalexporte, z.B. durch eine drastische Besteuerung von Auslandsvermögen der Kapitalisten, würde der Dritten Welt Entlastung verschaffen und zugleich die Lage zahlreicher westdeutscher Belegschaften gegenüber den Kapitalisten verbessern.

Weltbank soll ihre Anstrengungen in dieser Richtung steigern: Am 27. April dieses Jahres wurde eine Erhöhung des Grundkapitals der Weltbank von bisher rund 97 Mrd. US-Dollar auf künftig rund 171 Mrd. US-Dollar beschlossen. Diese Kapitalerhöhung soll der Weltbank erlauben, ihre jährlichen Kreditvergaben von 1988 brutto 14,8 Mrd. US-Dollar bis 1992/93 auf jährlich ca. 20 Mrd. US-Dollar zu steigern.

Weltbank- und IWF-Kapitalerhöhung weiten die Kreditmittel, die die Imperialisten über beide Institutionen an die Dritte Welt verleihen können, noch einmal beträchtlich aus. Auf die Staaten der Dritten Welt kommt damit eine weitere Überschwemmung mit imperialistischen Waren und imperialistischem Kapital zu. Die Kredite von IWF und Weltbank sollen dabei die Devisen bereitstellen, mit denen die Staaten der Dritten Welt den imperialistischen Warenplunder bezahlen sollen, um sich dann erneut Jahrzehntlang zu bemühen, auch die Zinsen für die aufgenommenen Kredite aufzubringen. Ziel dieser neuerlichen Waren- und Kapitalexportoffensive soll es sein, die Staaten der Dritten Welt noch enger an den imperialistischen Weltmarkt zu ketten, um sie auf diese Weise noch hemmungsloser ruinieren und ausplündern zu können.

Die besondere Aufmerksamkeit der Imperialisten gilt dabei im Augenblick den „Sub-Sahara-Staaten“ Schwarzafrikas. 100 Millionen Menschen würden dort nicht ausreichend ernährt, das reale Bruttonsozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung sei seit 1980 rückläufig, selbst der Bergbau verzeichnete Rückgänge, beschrieb Weltbank-Direktor Conable, erst vor kurzem von einer der größten US-Banken auf diesen Posten gewechselt, die Lage in diesen Staaten aus der Sicht der Imperialisten. Ein „Subsahara-Programm“ der Weltbank, bestehend aus

Krediten von ca. 6 Mrd. US-Dollar sowie Umschuldungen sollen den imperialistischen Einfluß in dieser Region ausdehnen. Geplant seien, so Conable in Westberlin, u.a. Kredite zur Mechanisierung der Landwirtschaft. Das zielt auf eine weitere Konzentration des Bodens in den Händen kapitalistisch wirtschaftender Großgrundbesitzer oder gleich bei imperialistischen Agrarmonopolen, auf die weitere Verwandlung von Millionen afrikanischer Bauern in besitzlose Tagelöhner auf solchen großen Farmen oder gleich auf ihre Vertreibung in die Städte. Die Abhängigkeit der afrikanischen Staaten von imperialistischen Nahrungsmittellieferungen wird am Ende noch höher sein als jetzt schon. Die Bundesregierung wirkt bei diesem Programm mit, indem sie einigen ihrer Schuldnerstaaten eine teilweise Schuldentziehung angeboten hat. Bedingung: Sie müssen mit Weltbank und IWF „kooperieren“. Dieses Angebot gilt für Burma und sieben afrikanische Staaten: Mauretanien, Sambia, Ghana, Senegal, Madagaskar, Mosambik, Zaire.

Die so angestrebte noch engere Anbindung dieser Staaten an den Weltmarkt wollen die Imperialisten nutzen, um die Preise, die sie diesen Staaten für ihre Rohstoffausfuhren zahlen, noch weiter zu senken. Zynisch bekräftigte das britische Wirtschaftsmagazin „Newsweek“, die Senkung der Rohstoffpreise sei eine der Hauptmethoden imperialistischer „Inflationsbekämpfung“ in den 80er Jahren gewesen. Vor dem „Interimsausschuß“ von IWF und Weltbank bekräftigte Finanzminister Stoltenberg diesen Kurs: „Der Fonds hat Recht, wenn er zur Wachsamkeit gegenüber erneut auftretendem inflationären Druck aufruft“, erklärte er, wohl wissend, daß der IWF diesen „inflationären Druck“ vor allem in den Staaten der Dritten Welt und dort

insbesondere bei deren Forderung nach Erhöhung der Rohstoffpreise ausgemacht hat. Zugleich unterstrich Stoltenberg die Absicht der Imperialisten, sich künftig noch mehr in innere Angelegenheiten der Staaten der Dritten Welt einzumischen. „Innere Reformen“ in diesen Staaten mit dem Ziel, die Sicherheit privater (imperialistischer) Kapitalanlagen zu erhöhen, seien „die Grundlage für Erfolg.“

„Alternativer IWF“ oder Kritik des Weltmarkts?

Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat aus Anlaß der Tagung von Weltbank und IWF starke Tendenzen in Richtung einer „alternativen IWF-Politik“ erkennen lassen. Sie veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt: „Die Schuldentziehung soll einem globalen Muster folgen, das allerdings länderspezifische Variationen zuläßt, die die Eigenschuld an der Misere wie Kapitalflucht, Rüstungsproduktion oder hemmungslose Bereicherung der Eliten miteinkalkuliert

... Die konkreten Bedingungen der Schuldentziehung sollen auf einer internationalen Schuldenkonferenz ausgehandelt werden, auf der die Industrieländer nicht die Stimmenmehrheit haben dürfen.“ Also keine umfassende, sondern nur eine teilweise, keine bedingungslose, sondern eine mit Bedingungen, sprich: Auflagen, verbundene Schuldentziehung? Das wäre dann eine „alternative IWF-Politik“ statt grundsätzlicher Ablehnung des imperialistischen Weltmarkts, Welthandels und Kapitalexports. Vielleicht hat die Fraktion der Grünen auch deshalb bis heute im Bundestag nicht den Antrag auf Austritt der BRD aus IWF und Weltbank gestellt, was sie ja leicht könnte.

Immerhin haben einzelne Sprecher der Grünen aber auch erklärt, ein kompletter Rückzug der Staaten der Dritten Welt vom imperialistischen Weltmarkt wäre im Grunde die beste und wirksamste Waffe gegen ihre weitere Ausplünderung. An dieser Erkenntnis ließe sich ansetzen. Eine Kritik des imperialistischen Welthandels und Weltmarktes in der BRD würde auch den Staaten der Dritten Welt nützen. Ansatzpunkte für eine solche antiimperialistische Kampagne gäbe es genug. Angefangen von den Ausfuhr- und Kreditbürgschaften im Bundeshaushalt über die Befreiung aller Warenexporte von der Mehrwertsteuer bis zu den zahlreichen Steuersenkungen für Kapitalanlagen im Ausland verfügen die Kapitalisten über zahllose staatliche Hilfen, die ihnen bei ihrer Weltmarktexpansion gegen die Staaten der Dritten Welt und bei deren weiterer Ausplünderung helfen und die zu beseitigen eine wichtige Aufgabe aller Antiimperialisten in der BRD ist.

Quellenhinweis: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 69 bis 72/88; Time, 3.10. und 10.10.; Newsweek, 1.10.88 — (rül)

West-Allierte

UdSSR weist Groß-berlin-Initiative ab

Am 25. September veröffentlichten die „Berliner Morgenpost“ und die „Bild am Sonntag“ exklusiv die inoffizielle Übersetzung der sowjetischen Ablehnung der sogenannten Berlin-Initiative der drei West-Alliierten. Die Vertreter der französischen, britischen und US-amerikanischen Schutzmächte Berlins hatten Ende Dezember 1987 eine Denkschrift an die Regierung der UdSSR gerichtet, in der u.a. die „Anpassung des Luftverkehrs an die gegenwärtigen und künftigen Anforderungen, d.h. um die Schaffung eines Luftkreuzes Berlin“, die „Intensivierung des Jugendtauschs innerhalb Berlins“ sowie die „Abhaltung von mehr internationalen Sportveranstaltungen und sogar von Olympischen Spielen in beiden Teilen Berlins“ gefordert wurde. (1) US-Präsident Reagan hatte bei seinem Auftritt in Westberlin am 12. Juni 1987 eindeutig erklärt, was die Alliierten mit der damals angekündigten Initiative beabsichtigten:

„Bringen wir die Ost- und Westteile der Stadt enger zusammen ... Öffnen wir Berlin dem gesamten Europa, Ost und West, gegenüber noch weiter. Durch eine Erweiterung des lebenswichtigen Zugangs zu dieser Stadt auf dem Luftweg finden wir Wege, den kommerziellen Luftverkehr nach Berlin bequemer, vorteilhafter und wirtschaftlicher zu machen. Wir sehen dem Tag entgegen, an dem West-Berlin eines der wichtigsten Zentren der Luftfahrt im gesamten Mitteleuropa werden kann.“ (2)

Die USA wollen die selbständige Existenz der DDR mit der Hauptstadt Berlin und die Rechtshoheit der DDR über ihr Staatsgebiet nicht anerkennen. Die Anfrage der Westalliierten zielt darauf ab, die Einbindung von ganz Berlin in den Einflußbereich der westlichen Imperialisten zu stärken und den Einfluß der Sowjetunion als vierter Kontrollmacht zu schwächen. Die UdSSR antwortete auf die Initiative:

„Es ist unmöglich, die Tatsache nicht zu bedauern, daß die Regierungen der drei Mächte in ihrem Dokument versuchen, die territorial-politischen Realitäten im Zentrum Europas zu ignorieren und mit Vorstellungen zu operieren, die nichts mit dem aktuellen Stand zu tun haben. Wie sehr wohl bekannt ist, hat ‚Berlin‘ schon lange nicht mehr so existiert, wie es im Verständnis der drei Mächte in ihrer Note beinhaltet ist. Während ihrer Zeit haben Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika selbst dafür gesorgt, daß West-Berlin von seiner natürlichen Umgebung abgetrennt wurde. Berlin ist jetzt die Hauptstadt der DDR und hat denselben Status wie jedes andere Territorium der Republik. Darüber hinaus gibt es

West-Berlin, eine politische Einheit mit einem besonderen Besetzungsstatus, nicht aber ‚Ost- und Westsektoren der Stadt‘, wie in der Note der drei Mächte behauptet wird.“ Zu den Flugrechten nach Westberlin verweist die Sowjetunion eindeutig auf die Souveränität der DDR: „Also kann die Frage doch nur sein, wie man die gegenwärtige anomale Situation in Einklang bringen kann mit den Erfordernissen des internationalen Rechts unter der notwendigen Berücksichtigung der Souveränität der DDR und ihrer Kompetenzen in bezug auf den Luftraum der Republik.“ (3)

Die USA haben inzwischen gegen diese Antwort protestiert und angekündigt, daß sie gemeinsam mit den anderen West-Alliierten eine erneute Initiative starten werden, um das Vorhaben durchzusetzen, ohne direkte Verhandlungen mit der DDR aufzunehmen. (4)

Quellen: (1) Archiv der Gegenwart v. 22.1.88, S. 31836; (2) Archiv der Gegenwart v. 15.6.87, S. 31136; (3) Berliner Morgenpost vom 25.9.88. (4) Die Welt v. 7.10.88 — (uld)

„Pflegenotstand“

Pflegedienstleitung: Teilzeit ausweiten

Nach einer Untersuchung für den Raum Hannover liegt die durchschnittliche Verweildauer des Krankenpflegepersonals bei derzeit 4,5 Jahren nach der Ausbildung. Die Wirtschaftsprüfgesellschaft



Hauptteilzeitbereich: Nachdienst

WRG erhielt daraufhin den Auftrag der Krankenhausdirektion (zuständig für sechs Häuser mit rd. 2200 Betten), die Arbeitsverteilung zwischen Pflege und anderen Berufsgruppen sowie die Dienstplangestaltung zu analysieren. Zentrale Punkte: Teilzeitformen, Schicht- und Wochenendarbeit, Betriebszeiten der Hilfseinrichtungen.

Während diese Untersuchung auf einer (!) Station durchgeführt wird, haben sich die hannoverschen Pflegedienstleistungen mit einem „Strategiepapier zur Begegnung der zu erwartenden Personalmisere im Pflegedienst“ zu Wort gemeldet:

Unter dem einleitenden Stichwort „Unzufriedenheit am Arbeitsplatz“ findet sich als einziger Punkt die Feststellung, daß es zwischen den Berufsvorstellungen/Ausbildungsinhalten und den tatsächlichen Bedingungen am Arbeitsplatz starke Differenzen gäbe. Als Lösung wird auf die WRG-Untersuchung hingewiesen sowie dazu aufgefordert, die Krankenpflegetheorie in der Schule der Praxis anzupassen.

Die kurze Verweildauer im Beruf wird als „Phänomen“ (lt. Duden: Naturscheinung, Wunderding) dargestellt. Gar nicht eingegangen wird auf die tatsächlich belastenden Faktoren wie schweres Heben und Tragen; hohes Infektionsrisiko; Konfrontation mit Leid und Tod; ungünstige Arbeitszeiten; Nacht- und Schichtdienst; Überstunden.

Den breitesten Raum nimmt die Darstellung der derzeit praktizierten Teilzeitarbeit ein. In einem der Krankenhäuser waren von 402 Pflegekräften 77 Teilzeitbeschäftigte (19,2%), mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20, 23, 25 oder 30 Stunden. Als „problemlos“ wird die Teilzeit im Nachdienst geschildert, die den Pflegekräften einen „Freiraum“ lasse, der ihren persönlichen Wünschen entgegenkomme.

Im Tagdienst wird Wert darauf gelegt, daß auch die Wochenenden anteilmäßig mitgearbeitet werden — allerdings nicht dienstplanmäßig festgelegt, sondern bei Engpässen „nach Absprache“.

In der gewerkschaftlichen Diskussion sind keine Haltepunkte gegen die Ausweitung von Teilzeit verankert. Ein Entschließungsantrag zum 11. ötv-Gewerkschaftstag, der Voraussetzungen für eine Zustimmung zu Teilzeit festlegte wie, daß diese nicht zu Leistungsverdichtung führen dürfe sowie jede Flexibilisierung der Arbeit durch Kapovaz, Arbeit auf Abruf oder Aushilfsarbeit verhindert werden müsse, fand keine Mehrheit und landete als Material beim Grundsatzbeschuß des Hauptvorstandes zur Tarifarbeits. — (frw)

2. Schifffahrtsregister

Anhörung vor dem Verkehrsausschuß

Seit dem 19.4.88 liegt der Gesetzentwurf der Regierungsparteien auf dem Tisch, der die Schaffung eines zweiten Schifffahrtsregisters für die BRD-Handelsflotte vorsieht. Dieser erlaubt für bundesdeutsche Schiffe in der internationalen Fahrt, ein eigenes Register einzurichten, indem ausländische Seeleute zu Heimatlohnheuern beschäftigt werden sollen. Damit soll der Niedergang der BRD-Handelsflotte gestoppt werden, eine einheitliche bundesdeutsche Handelsflotte unter Schwarz-Rot-Gold erhalten bleiben. Ursprünglich war geplant, den vor

gelegten Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause schnell und schmerzlos zu verabschieden. Daraus ist nichts geworden. Am 21.9.88 fand in Bonn die öffentliche Anhörung der Sachverständigen, Behörden und Verbände vor dem Verkehrsausschuß des Bundestages statt. Hierzu lag ein 36-Fragen-Katalog vor, der sich mit den rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aspekten und Konsequenzen dieser Gesetzesvorlage beschäftigt. Dabei kamen die geladenen Experten und Sachverständigen natürlich zu unterschiedlichen Einschätzungen in der Beantwortung dieser Fragen, je nachdem, von welcher parlamentarischen Fraktion sie eingeladen wurden oder für welchen Verband sie Stellung nahmen. In der fünfstündigen Debatte jedenfalls, ihrer parlamentarischen Mehrheit gewiß, zeigten sich die zuständigen Abgeordneten der Regierung schlechter informiert und vorbereitet wie die der SPD und Grünen. Die FDP war kaum in der Lage, eine inhaltliche Debatte über Sinn und Unsinn der Gesetzesvorlage zu führen, und richtete ledig-

lich eine Frage an die Sachverständigen. Inwieweit nun das zweite Schiffahrtsregister mit dem Grundgesetz übereinstimmt, es dazu dient, bereits ausgeflaggte Schiffe wieder zurückzuführen oder die angeschlagene BRD-Restflotte wieder flottmacht, darüber geben die Experten unterschiedliche Auskunft. Kein Wunder, daß die norddeutsche Fachpresse und Fachmedien inzwischen auf leichte Distanz zu dieser Art Reederhilfe aus Bonn gehen, zumal sich auch herausgestellt hat, daß auch eine solche konkurrenzfähige nationale Handelsflotte nicht ohne weitere Schiffbausubventionen und Finanzhilfen auskommen wird. Sicher ist lediglich, daß die noch rund 17000 Seeleute, die zu bundesdeutschen Tarifen und Sozialbedingungen beschäftigt sind, dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren, ersetzt durch rechtlöse und billigere Kollegen aus den ärmsten Ländern dieser Welt. Diese einzige Begründung kann man allerdings so offen noch nicht in einem Gesetzesantrag formulieren. Doch dagegen und gegen die Konsequenzen für die übrigen Beschäf-

tigten in der BRD richtet sich der Protest der bundesdeutschen und ausländischen Seeleute und ihrer Gewerkschaften, gegen die Einführung von Rassentarifen und Apartheid. (1) Nach der Anhörung wandert der Gesetzesantrag erst mal wieder in die Ausschüsse. Wann und in welcher Form er letztlich zur Abstimmung im Bundestag vorliegen wird, ist noch ungewiß. Nicht ungewiß ist, daß er auch schon so die Beschäftigten in der gesamten maritimen Wirtschaft unter Druck setzt, wie in den kommenden Tarifverhandlungen in der Seeschiffahrt. Die letzte Runde war ein Lohnverzicht der Seeleute zugunsten der Reeder. Diese haben nach dem letzten erkämpften Abschluß diesen durch Massenaustritt aus der Tarifgemeinschaft erfolgreich unterlaufen. (2)

Quellenhinweis: (1) siehe Politische Berichte 20/88; (2) Seeleutestreik 1986; weitere Quellen: Zusammenfassung der Stellungnahmen der Sachverständigen/Behörden/Verbände für das Öffentliche Anhörungsverfahren des Ausschusses für Verkehr des Deutschen Bundestages am 21.9.88 — (gel)

Postreform

Gesetzesberatung im Bundes- tag ohne große Widersprüche

Am 22. September fand im Bundestag die erste Lesung des Gesetzes zur „Neustrukturierung des Post- und Fernmeldebewesens und der Deutschen Bundespost“ statt. Damit ist eines der vier wichtigsten Reformvorhaben der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode — neben der Steuerreform, der Gesundheitsreform und der Rentenreform — in der parlamentarischen Beratung. Das Ziel ist die Verabschiedung des Gesetzes bis zum Frühjahr 1989.

Zur Erinnerung: Ausgehend von den Empfehlungen der Regierungskommission Fernmeldewesen hatte die Bundesregierung folgendes Konzept entwickelt:

— Die Deutsche Bundespost soll in drei selbständige Unternehmen, Postdienst, Postbank und Telekom aufgeteilt werden.

— Die neu gebildeten Unternehmen sol-

len durch Vorstände und Aufsichtsräte nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden und im Fernmeldebereich soll Telekom zu privaten Anbietern in Konkurrenz treten.

— Telekom soll das Monopol an der Verlegung und Betreibung der Datenübertragungsnetze sowie an dem Telefon-dienst behalten. In anderen Diensten auf den Datennetzen sowie in den Endgeräten, die an diese Datennetze angeschlossen werden, soll freier Wettbewerb eingeführt werden. Wobei die Telekom in den freien Diensten zu bestimmten Diensten und Angeboten verpflichtet werden soll.

— Durch genaue Rechnungslegung sollen der Monopolbereich, der Pflicht- und der freie Bereich der Telekom voneinander getrennt werden. Es soll verhindert werden, daß mit Gewinnen aus dem Mo-

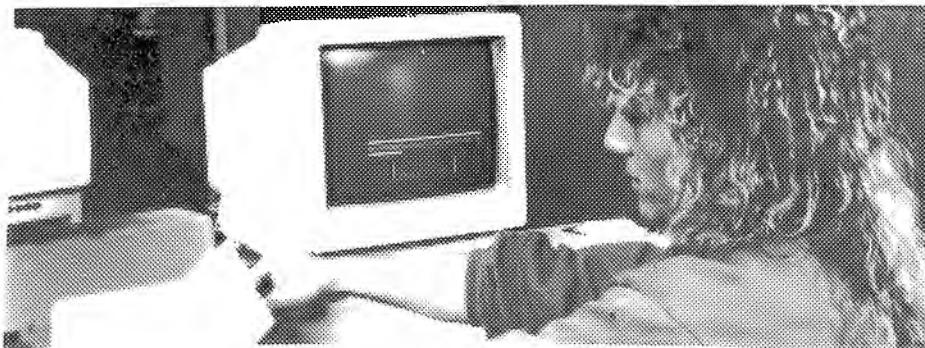
nopolbereich Konkurrenten im freien Bereich ausgestochen werden. Andererseits soll Kunden nur der Preis berechnet werden, der durch ihre Nachfrage entstanden ist.

— Zur Verschärfung der Rationalisierung und der Arbeitsetze soll das öffentliche Dienstrecht für die Beschäftigten der Telekom gelockert und durch bewährte, die Konkurrenz unter den Angestellten fördernde Elemente aus der freien Wirtschaft bereichert werden.

Gegen diese Pläne gab es zunächst von zwei Seiten Widerstand bzw. Einwände. Von der Deutschen Postgewerkschaft und den Postbeschäftigte, die sich gegen die Zerschlagung des einheitlichen Ganzen Deutsche Bundespost und den Abbau von arbeitsmäßigen Schutzrechten wandten. Andererseits von Seiten der Bundesländer, da das vorgelegte Konzept die ersatzlose Streichung der Einflußmöglichkeiten der Bundesländer auf die Planungen der Post vorsah.

Bisher gibt es den Postverwaltungsrat, in dem auch Vertreter der Bundesländer sitzen und der bestimmenden Einfluß auf die Vorhaben der Post ausübt. Die neu zu bildende Telekom wäre demgegenüber mit einem Vorstand und Aufsichtsrat ausgestattet, der weitgehend frei von politischen Vorgaben handeln könnte. Je näher die Beratung im Bundesrat rückte, desto markiger wurde der Protest hiergegen, vor allem aus Baden-Württemberg und Bayern.

Hintergründe dieses Streites im Unionslager dürfte sein, daß vor allem im Süden große Konzerne sitzen, die entweder als Lieferanten für die Telekom (Siemens, Bosch) bzw. als Nutznießer der Telekommunikation (Daimler-Benz) über ihre Landesregierungen weiterhin Einfluß auf die Planungen der Telekom



Wegen der ständig steigenden Arbeitsbelastung steigt auch der Krankenstand im Postgirodienst rapide.

Auszüge aus der Bundestagsdebatte zur Postreform

Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU): „Die Grundlagen, auf denen dieser Entwurf beruht, sind ... die Wünsche und Anforderungen unserer Kunden und zwar der Privatkunden in gleicher Weise wie der geschäftlichen Kunden, die im Zuge der technischen Entwicklung Vielfalt und Modernisierung der Dienstleistungen auf dem Gebiet der Telekommunikation auch in der BRD erwarten; die Bedürfnisse unserer Mitarbeiter und der Deutschen Bundespost im Hinblick auf Modernisierung, damit mehr Wettbewerbsfähigkeit im Gemeinsamen Markt erreicht wird ...“

Es ist kein Wunder, daß sich bei uns entsprechende Innovationsentwicklungen nicht in diesem Tempo abspielen können, wie das in denjenigen Ländern der Fall ist, wo die Schnittstelle zwischen Wettbewerb und Monopol auf den neuen Zustand der Technik hin klar definiert, für jeden berechenbar und damit auch für die Investoren klar definierbar sind ...

Wir haben weiterhin die Trennung von den hoheitlich-politischen Aufgaben und den betrieblich-unternehmerischen Aufgaben vorgenommen. In dem Bereich der betrieblich-unternehmerischen Aufgaben ist es allerdings auch Ziel dieser Bundesregierung, politische Einflüsse zugunsten der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Deutschen Bundespost zurückzudrängen ...

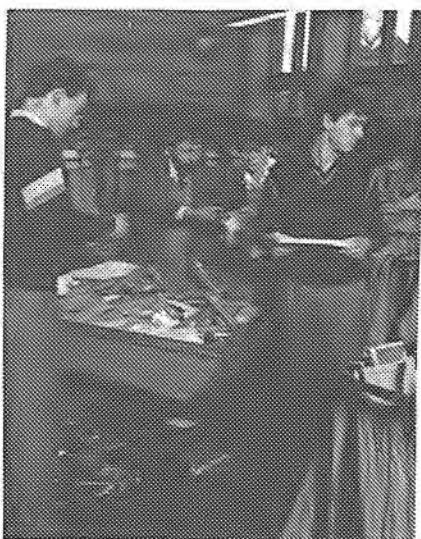
Ich sage weiterhin, daß wir Richtlinien zur Gewährung von Belohnungen für besondere Leistungen und Erfolge sowie von widerruflichen Vergütungen für Tätigkeiten auf besonders schwierigen Arbeitsplätzen erlassen können und daß wir auf diese Weise ein neues Kapitel aufgeschlagen haben ...

Wir haben auch dafür gesorgt, daß das, was der Bundesrat angemahnt hat, gesetzlich festgelegt wird. Wir haben den Ländern eingeräumt, bei der Verabschiedung von Pflichtleistungen über den Bundesrat beteiligt zu sein, so daß die Infrastrukturaufgaben den Ländern direkt im Gesetzgebungsverfahren geöffnet sind.“

Börnsen (SPD): „Herr Minister, Sie wissen, daß die SPD einer objektiv notwendigen Neustrukturierung der Bundespost nicht ablehnend gegenübersteht. Aber hinsichtlich der einzuschlagenden Wege, hinsichtlich der Umsetzung im Detail und hinsichtlich der unabhängig vom Gesetzgebungsverfahren durchzuführenden Aktivitäten bestehen zwischen Ihrer politischen Vorgehensweise und den Positionen der SPD erhebliche, teilweise auch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ...“

In ideologischer Verengung wird der Wettbewerbsbegriff als Modell unterlegt. Damit werden die besonderen Aufgaben der Bundespost, wie Daseinsvorsorge, Versorgung in der Fläche und Infrastrukturauftrag, zu sekundären Größen. Die Privatisierungsideologie ist erkennbar in dem Bestreben, privaten Anbietern neue Felder zu eröffnen, die Bundespost jedoch auf das unabdingbar notwendige zu reduzieren. Damit gefährden Sie die Finanzkraft der Post und vernachlässigen die Aufgabe, der Post selbst eine starke Wettbewerbsposition zu verschaffen.“

Funke (FDP): „Ich will nicht leugnen, daß gegenüber dem derzeitigen Zustand flexiblere Besoldungsrechtliche Regelungen vorgesehen sind. Für ein Wirtschaftsunternehmen reichen sie dennoch nicht ... Hier sollten wir im Interesse der Mitarbeiter der Unternehmen, aber auch im Interesse der Kunden der Post ... Verbesserungen vornehmen ... Wir halten daher die Bildung eines Infra-



Schwere, schlecht bezahlte Arbeit

strukturates, wie er jetzt hier vorgesehen ist, für überflüssig.“

Briefs (Grüne): „Auch bei der Bundespost sollen Menschen von heute auf morgen auf die Straße gesetzt werden können. Auch bei der Bundespost soll der Druck, der Verschleiß an den Arbeitsplätzen, noch größer werden, als er jetzt schon ist. Auch bei der Bundespost soll der gnadenlose Wettbewerb um Arbeitsplätze, Aufstieg und Einkommen — auch und gerade zu Lasten der Frauen — stattfinden ...“

Dies alles sollen auch noch die Bürger und Bürgerinnen und die Beschäftigten bezahlen: Die Bürger und Bürgerinnen mit höheren Postgebühren und Dienstleistungsverschlechterungen, die Beschäftigten mit mehr Disziplin, mehr Leistungsdruck, mehr Malocherei, mit Einkommensschmälerungen usw. . .“

(Aus: Stenographischer Bericht der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages, Plenarprotokoll 11/94)

ausüben wollen. Dieser Streit drängte in der Vorbereitung der gesetzlichen Beratungen den Protest der Gewerkschaft in den Hintergrund.

Im Bundesrat einigten sich alle Länder auf die Forderung nach einem Mitspracherecht bei der Telekom. Ein Antrag der SPD-regierten Länder auf Ablehnung des gesamten Gesetzentwurfes wurde von Bayern unterstützt, jedoch von den CDU-regierten Ländern mit den Stimmen des sozial-liberal regierten Hamburg abgelehnt.

In Vorbereitung der Bundestagsdebatte nahm die Bundesregierung die Forderung der Länder in den § 4 des Poststrukturgesetzes auf. Dieser beinhaltet die Leitungsgrundsätze der Telekom und schreibt neben der Verpflichtung auf betriebswirtschaftliche Erfordernisse nunmehr auch die Anpassung der Dienste an „die notwendige Infrastruktur im Sinne der öffentlichen Aufgabenstellung. ins-

besondere der Daseinsvorsorge“ vor. Damit war aus dem Streit in der Union die Luft heraus, die erhoffte breite Front gegen die Zerschlagung der Bundespost kam nicht zustande.

In der Bundestagsdebatte spielte der vorangegangene Streit mit den Bundesländern praktisch keine Rolle mehr. Die Bundesregierung und die Redner der Regierungsparteien propagierten die Stärkung der Wirtschafts- und Innovationskraft des deutschen Imperialismus und die Neuordnung der Telekommunikation als ein wichtiges Mittel hierzu. Die SPD wußte sich leider in dem Ziel der Stärkung der westdeutschen Wirtschaft mit der Reaktion einig, monierte lediglich, daß das vorgeschlagene Konzept eher eine Schwächung, denn eine Stärkung bedeuten würde.

Einzig die Grünen griffen die Argumentation der Postgewerkschaft gegen die geplante Flexibilisierung und Ratio-

nalisierung auf. Ihr Redner bezeichnete die geplante Reform als eine Methode, den zukunftsträchtigen Telekommunikationsmarkt den Profitinteressen der Elektronikkonzerne zu öffnen, wobei die grundlegende Basis von den kleinen Telefonkunden und den Beschäftigten gezahlt werden soll. Was zu erheblicher Unruhe und Zwischenrufen seitens CDU und FDP führte.

Der Gesetzentwurf ist nunmehr in die Ausschüsse verwiesen worden. Die Postgewerkschaft plant nun nach der erfolgreichen Durchführung ihrer Abstimmung gegen die Zerschlagung der Post dezentrale Aktionen vor Ort, und will vor allem auch die anderen Gewerkschaften mit einbeziehen. Dies ist dringend nötig, damit auch die SPD zu einer entschiedeneren Opposition gedrängt werden kann.

Quelle: Drucksachen und Protokolle zur Gesetzesberatung im Bundestag (thh)

Sicherheitsgesetze

Engelhard propagiert Willkür Grüne für Rechtsstaatlichkeit

Der Deutsche Bundestag hat am 23. September den Gesetzentwurf zur Verschärfung des Demonstrationsrechts, die Einführung des Kronzeugen und der damit verbundenen Änderung des Strafgesetzbuches (StGB) und der Strafprozeßordnung (StPO) in erster Beratung an den Rechtsausschuß überwiesen. Justizminister Engelhard machte in seinem Redebeitrag deutlich, daß die Koalition dieses Artikelgesetz durchbringen will und politische Bedenken im Bundestag niedergemacht werden. Leute, die sich vermummen, z.B. einen Schal oder Bauhelm tragen, sind für die Bundesregierung auf keinen Fall Leute, die sich vor Polizeischikanen und Schnüffeleien schützen wollen, sondern auf jeden Fall Gewalttäter: „Zwischen dem Auftreten Vermummter und dem Ausbruch von Gewalttätigkeiten besteht heute ein deutlicher Zusammenhang. Das Erscheinen von Vermummten indiziert Gewaltbereitschaft und erhöht die Risikobereitschaft bei der Begehung von Straftaten.“ Der Abgeordnete Stark (CDU) ging sogar so weit, einen Vermummten mit einem betrunkenen Autofahrer zu vergleichen und somit das Versammlungs- und Demonstrationsrecht in die Kategorie der Straßenverkehrsordnung einzugliedern, um dann zu erklären, daß man den betrunkenen Autofahrer auch sofort festnehmen würde, auch wenn nichts passiert sei.

Die Koalition propagierte in der Debatte die Willkür. Engelhard: „Der harte Kern der Terroristen wird von einem größeren Kreis von Sympathisanten abgeschottet und massiv unterstützt. Angeichts dieser Tatsache müssen neue Wege gegangen und ungewöhnliche, unkonventionelle, uns möglicherweise bisher nicht so vertraute Maßnahmen ergriffen werden.“ (1)

Engelhard will also *unkonventionell* vorgehen, d.h. er will rechtliche Vereinbarungen und Übereinkünfte in der Gesellschaft — gesetzliche Bestimmungen — ganz offen umgehen. Das ist Willkür und die Ankündigung, mit noch ganz anderen Mitteln, als sie in dem Gesetzentwurf stehen, gegen die politische Opposition vorgehen zu wollen. Engelhard hat auch den Begriff des Sympathisanten neu umschrieben. Er ist nicht mehr der laute Befürworter oder stille Dulder, sondern er ist auf alle Fälle Täter: Er „schottet ab“ bzw. versteckt den harten Kern der RAF. Das ist nicht nur eine offene Drohung, sondern dazu eine juristische Konstruktion, an der das Justizministerium strickt. Welche politischen Kräfte zu diesen Tätern gehören, erklärt

te der CDU-Abgeordnete Stark aus Baden-Württemberg den anwesenden Fraktionsmitgliedern der Grünen: „— Ja, das hören sich nicht gerne; das ist mir schon klar. Bei ihnen steht ja das, was wir strafen wollen, im Parteiprogramm, Frau Nickels. Ich habe das genau studiert.“ (2)

Im Lager der Koalitionsparteien gibt es auch Kritik. Fünf FDP-Abgeordnete erheben Bedenken gegen das Artikelgesetz. Der Abgeordnete Hirsch kritisierte in deren Namen den Gesetzentwurf, machte aber deutlich, daß sie sich „bei den anstehenden Beratungen um Lösungen bemühen werden“. Sie treten für exakte Regelungen bei „Bild und Tonaufnahmen von Versammlungen“ ein, halten den § 130b, Befürwortung von Straftaten, für überflüssig und lehnen die „Ausdehnung der Vorbeugehaft“ ab. Im

konnte man oft erleben.

Die Koalitionsparteien sind mit ihren Attacken bereits weit gekommen. Die Spaltung der politischen Opposition in angebliche Gewalttäter, Befürworter, Dulder usw. und grundgesetzhörige, geläuterte Leute ist weit gediehen. In dieser Situation traten die Grünen in der Bundestagsdebatte für den „Rechtsstaat“ auf. Frau Vollmer machte sich Gedanken darüber, wie man erreichen könne, daß Politiker nicht mehr unter Polizeischutz stehen müßten, und verwies auf ihre Aktivitäten, mit politischen Gefangenen in einen Dialog zu kommen. Sie kritisierte die Kronzeugenregelung und bewarb sich für politische Sozialarbeit, denn Rebmanns Politik würde das Gegenteil bewirken: „Die Gruppe (RAF, d. Red.) wird sich noch mehr isolieren und noch militanter, noch radikaler, noch unberechenbarer sein.“ (3)

Die Grünen bereiten für Dezember einen Kongreß zu den Sicherheitsgesetzen vor. In dem nebenstehenden Aufruf erklären sie, daß die Bürger die ihre Grundrechte aktiv wahrnehmen, die besten „Verfassungsschützer“ seien. Muß aber nicht die Frage umgekehrt aufge-



Zimmermann im Kreise von „aus Gründen persönlicher Sicherheit“ vermummten GSG-9-Beamten

Bundesrat war die Einführung des § 130b ins Strafgesetzbuch ebenfalls abgelehnt worden. Der Bundesrat befürchtet spektakuläre Beschlagnahmungen.

Der Gesetzentwurf ist jetzt an den Rechtsausschuß überwiesen worden. Dort sollen die Bedenken geprüft werden. Allem Anschein nach werden die fünf FDPler das Gesetzeswerk keinesfalls scheitern lassen, sondern an seiner Verfeinerung mitwirken und zusätzlich die Fraktionen der SPD und Grünen verwirren. Denn deren Widerstandslinie ist schwach, verbunden mit der irrealen Vorstellung, aus dem Kreis der Liberalen Unterstützung zu finden. Auffällig ist bei den Redebeiträgen von Grünen und SPD der Hinweis, daß die Gesetzesänderungen verfassungswidrig seien. Vielleicht werden sie nach deren Verabschiedung das Bundesverfassungsgericht anrufen. Daß diese Widerstandsform auch das Gegenteil bewirkt, nämlich die Bestätigung der Regierungspolitik,

worfen werden: Sind in der Verfassung nicht die Rechte für Versammlungs- und Demonstrationsrecht so unzureichend geregelt, daß die Regierung jetzt eine direkte Änderung der Gesetze und „unkonventionelle“ Maßnahmen durchsetzen wird? In der Bundestagsdebatte haben die Grünen die zahlreichen Verhaftungen im letzten Jahr aufgrund des § 129a nicht angegriffen. Inwieweit diese Entwicklung auf dem Kongreß der Grünen diskutiert werden soll, ist dem Aufruf nicht zu entnehmen. Eines scheint aber festzustehen, daß eine Befassung mit der Verfolgung und Unterdrückung der Ausländer und deren Organisationen nicht geplant ist. Ohne dazu tätig zu werden, ist die Errichtung einer Front gegen die Verschärfung des Versammlungs- und Demonstrationsrecht nicht möglich.

Quellenhinweis: (1) Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht vom 23.9.88, S. 6517; (2) ebenda S. 6521; (3) ebenda S. 6523. — (jöd, uld)

Stellungnahmen gegen das Artikelgesetz: grundgesetzlich

Grüne: Rechtsstaatliche Kritik am Rechtsstaat

Manifest '88 der bundesdeutschen Bürger/-innen-Rechtsbewegung — Freiheit stirbt mit „Sicherheit“

Immer mehr werden zentrale demokratische Grundrechte einer freiheitsfeindlichen „Staatsicherheit“ und obrigkeitssstaatlichen Werten untergeordnet. Wirksamer Opposition wird vorgebeugt, indem Bürgerinnen und Bürger zu „gläsernen Menschen“ gemacht werden, die politischer und wirtschaftlicher Macht ausgeliefert sind.

Eine neue Stufe dieser Entwicklung sind die von der Bundesregierung geplanten neuen Sicherheitsgesetze.

Im Interesse von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fordern wir die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, die Gesetzentwürfe zurückzuweisen und die Aufhebung der sog. „Anti-Terror“-Gesetze der 70er und der sog. „Sicherheits“-Gesetze der 80er Jahre zu beschließen.

Wir brauchen keine allwissenden und unkontrollierbaren „Sicherheits“-behörden, die mit zwielichtigen Geheimdienstmethoden Bürgerinnen und Bürger oder soziale Bewegungen ausspionieren. Wir brauchen auch kein politisches Strafrecht, das Diskussionen reglementiert, Meinungen verbietet und Widerspruch kriminalisiert.

Bürgerinnen und Bürger, die ihre Grundrechte aktiv wahrnehmen, für sie streiten und um deren Entwicklung mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit kämpfen, sind die besten „Verfassungsschützer“.

Dieser Aufruf wird von den Grünen im Bundestag, der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht der Grünen u.a. unterstützt. Er dient unter anderem zur Vorbereitung eines Kongresses, der vom 9.—11.12. im Raum Köln/Bonn stattfinden soll.

Geplant sind folgende Arbeitsgruppen: 1. Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit; 2. Gesinnungsstrafrecht, Denkverbote, politische Justiz; 3. Neue Taktiken der Polizei; 4. Geheimdienste und Polizei im Zwielicht; 5. Zivil-militärische Zusammenarbeit; 6. Soziale Erfassung; 7. Verkabelung der Sinne — Zugriff aufs Denken; 8. Gen- und Reprotechniken — Neue Technik mit neuen Formen der Herrschaft; 9. Repression und Selektion in der Arbeitswelt; 10. Politik der „Inneren Sicherheit“ und Patriarchat. Unterstützt wird der Kongreß bisher von: Bundestagsfraktion der Grünen, BAG Demokratie und Recht der Grünen, Die Friedensliste, Deutsche Jungdemokraten, Humanistische Union, Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DvD), Liberale Demokraten, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Vereinigung demokratischer Juristen. (1)

VdJ: Soziale Integration statt Strafrechtsverschärfung

Aus einer Rede des Bundesvorsitzenden der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen (VdJ)

Beschäftigt man sich mit der Geschichte des bundesdeutschen politischen Strafrechts, so stellt man fest, daß es stets drei Bedingungen erfüllt:

1. Es wird überstürzt verabschiedet, eine gründliche Debatte über seine Notwendigkeit und seine Konsequenzen findet nicht statt und ist auch nicht erwünscht.
2. Bei seiner Verabschiedung werden kurzfristige Stimmungen ausgenutzt, die nicht einmal im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Gesetzesvorhaben stehen müssen, die aber den Blick für die Folgen verstellen, Nachdenken verhindern und zur Behandlung „con ira et studio“ (mit Zorn und Eifer, d. Red.) führen, und
3. Es ist verlogen, verbirgt oder leugnet seine eigentliche

Motivation und wird mit Scheinargumenten begründet.

Frühestes Exempel dieser Methode war das Erste Strafrechtsänderungsgesetz vom 30.8.1951, welches die nach 1945 durch Kontrollratsgesetz Nr. 11 aufgehobenen Strafvorschriften gegen Hoch- und Landesverrat wieder einführt, diese zum Teil erheblich erweiterte und den neuen Tatbestand der Staatsgefährdung schuf ...

Kaum ein ernstzunehmender Politikwissenschaftler oder Historiker bestreitet heute, ... daß u.a. auch die rigorose strafrechtliche Verfolgung zehntausender Kommunisten und anderer Linker, die zum Teil schon im Dritten Reich verfolgt waren, eine wichtige Rolle bei der Entstehung der politischen Bewegung Ende der 60er Jahre gespielt hat, von denen sich die verschwindend kleine, aber „entartete“ Gruppe anarchistischer Gewalttäter abspaltete.

Auf deren Taten gestützte sog. „Anti-Terror“-Gesetzgebung und die Terroristenbekämpfung der 70er Jahre ist das weitere Exempel für das Vorgehen nach der skizzierten Methode ... Wenn es sein mußte, wurde ein Gesetz — wie z.B. das Kontaktsperrgesetz —, man könnte fast sagen, innerhalb von Stunden durchgepeitscht ...

Wir brauchen politische und gesellschaftliche Lösungen.

Jeder weiß, daß die sog. schwarzen Blöcke insbesondere aus meist arbeitslosen, mindestens aber perspektivlosen Jugendlichen bestehen. Hier hat die Schule vielleicht versagt, vielleicht die Sozialarbeit, auf jeden Fall die Arbeitsmarktpolitik, aber nicht das Strafrecht ... Nicht Ausgrenzung, sondern nur die politische und ehrliche Auseinandersetzung und die Bereitschaft, andere Wege zu gehen, kann helfen.

Joachim Schwammborn auf der Veranstaltung am 19.3.88 in Bonn gegen das Artikelgesetz. (2)

Pressemitteilung

Juristen fordern sofortigen Gesetzgebungsstopp im Bereich der sogenannten Inneren Sicherheit

Mit der Forderung nach Rücknahme des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Einführung u.a. eines schärferen Vermummungsverbots bei Demonstrationen, einer Kronzeugenregelung und der Vorbeugehaft für Demonstranten endete am 19.3.1988 in Bonn das FORUM GEGEN DIE VERSCHÄRFUNG DES POLITISCHEN STRAFRECHTS.

Prof. Dencker (Universität Hannover) kritisierte den Entwurf als Schritt zum rechtsstaatwidrigen Feindstrafrecht. Prof. Küchenhoff als Vertreter der ASJ verurteilte die Kriminalisierung immer weiterer gesellschaftlicher Kreise und warnte vor der Illusion, mehr Strafrecht löse politische Konflikte.

Die 130 Teilnehmer, die auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen, der Humanistischen Union, des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins, der Strafverteidigervereinigungen und der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen zusammengekommen waren, lehnten die neuen Gesetzesvorhaben als weiteren Raubbau an den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates entschieden ab. Neben einem Gesetzgebungsstopp im Bereich der sog. Inneren Sicherheit forderten sie die „Öffnung ministerieller Schubladen“ und die Preisgabe aller bisher geheimen Gesetzespläne. Sie wandten sich gegen jede Bekämpfung politischer Bewegungen mit den Mitteln des Strafrechts und insbesondere gegen die Kriminalisierung von Sitzdemonstranten durch die von Justizminister Engelhardt vorgeschlagene Änderung des Nötigungsparagraphen.

Die Veranstalter wurden einmütig aufgefordert, gemeinsam mit anderen Organisationen weitere Aktionen gegen den fortschreitenden Ausbau des Überwachungsstaates und gegen den Abbau liberaler Freiheitsrechte durchzuführen. (2)

Quellen: (1) Mitteilung der Grünen, Vorläufiger Kongressablauf. (2) Schriftenreihe der Strafverteidigervereinigungen, Artikelgesetz, zu beziehen über: Organisationsbüro, c/o Anwaltsbüro Lunnebach, Lütkes, Hess, Brocker, Siemensstraße 15, 5000 Köln 30

Türkei

Prozeß gegen Dev Yol in Ankara

Die Türkei sei zur Demokratie übergegangen, so tönte es allerorts aus der bürgerlichen Presse mit dem Ziel, die Öffentlichkeit zu täuschen. Es wird verschwiegen, daß mit Unterstützung der BRD und der USA das jetzige Regime in der Türkei die Ziele der ehemaligen Putschgeneräle weiterverfolgt, nämlich die totale Vernichtung der politischen Opposition und die systematische Ausrottung und Vertreibung des kurdischen Volkes in der Türkei. Das folgende Interview mit einem Mitglied einer Beobachtergruppe, die an einem der Massenprozesse teilgenommen hat, die zur Zeit in der Türkei stattfinden, wirft einige Schlaglichter auf die Verhältnisse.

— (wjh, VSP)

Welchen Charakter hatte eure Gruppe?

Wir waren eine Gruppe von zehn Personen, Mitglieder der Türkeisolidaritätsbewegung aus verschiedenen Großstädten der BRD, also keine Delegation prominenter Persönlichkeiten oder von Rechtsanwälten. Dies war so beabsichtigt, ohne den Wert anderer Beobachtergruppen schmälen zu wollen.

Warum habt ihr die Fahrt in die Türkei gemacht?

Wir wollten damit unsere Solidarität mit den Tausenden politischen Gefangenen, den bereits zu Unrecht verurteilten, ihren Angehörigen und ihren Genossen vor Ort, bei einem der zahlreichen Massenprozesse bekunden. Wir wollten Druck auf die Militärgerichte ausüben, indem wir versuchten, Öffentlichkeit herzustellen und Material und Eindrücke für unsere Solidaritätsarbeit hier in der BRD zu sammeln.

Bei welchem Prozeß seid ihr gewesen?

Wir besuchten den zentralen Massenprozeß gegen die unabhängige revolutionäre Befreiungsbewegung „Devrimci Yol“ (Revolutionärer Weg) in Ankara, in dem die 723 Angeklagten nach acht Jahren schwerster Haft das erste Mal die Möglichkeit hatten, sich zu verteidigen. Wo die Ankläger, der türkische Staat, neben vielen langen und lebenslänglichen Haftstrafen 74 Anträge auf Todesstrafe gestellt haben.

Wer ist „Dev Yol“?

„Dev Yol“ war die wohl größte unabhängige revolutionäre Befreiungsbewegung vor dem Putsch am 12. September 1980 in der Türkei und in Türkei-Kurdistan, deren Mitglieder für die Befreiung der Türkei von der Unterdrückung und Ausbeutung durch die imperialistischen Mächte und deren Komplizen im eigenen Lande kämpften; deren Mitglieder sozialistische Ziele propagierten und teilweise, wie in der 23 000 Einwohner zählenden Kleinstadt Fatsa, bis zum Putsch der Generäle zu praktizieren versuchten.

Wieviele Massenprozesse hat es bisher in

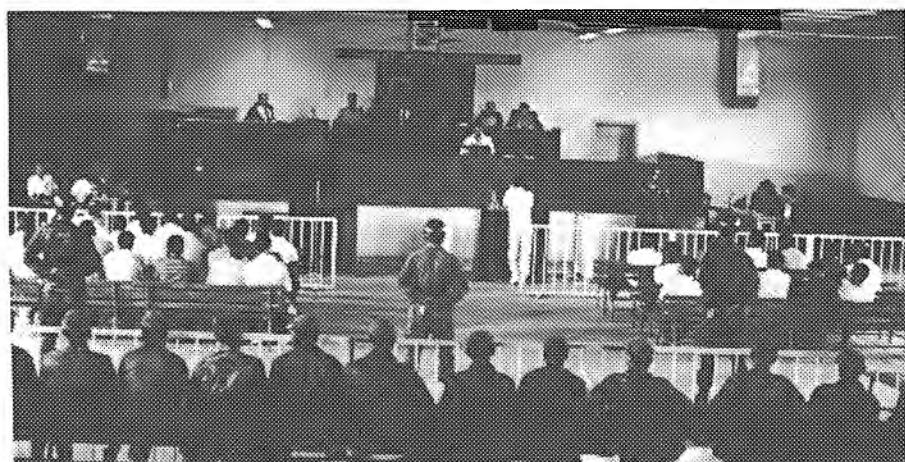
der Türkei gegeben und welche finden zur Zeit statt?

Die Gesamtzahl der politischen Prozesse in der Türkei ist fast nicht übersehbar. Allein gegen die Mitglieder von „Dev Yol“ wurde und wird in insgesamt 23 Massenprozessen in der Türkei „verhandelt“. Viele der Massenprozesse gegen die Organisationen PKK, Dev Sol, DDKD, Kurtulus, TDKP, Rizgari, MLSPB sind bereits mit hohen Verurteilungen und vielen Todesstrafen beendet worden. Darüberhinaus gab und gibt es noch viele kleinere Prozesse in der gesamten Türkei, in denen Hunderte angeklagt wurden und werden. Zum Zeitpunkt unseres Aufenthalts in Ankara wurden neben dem zentralen Dev Yol Prozeß auf dem Militärgelände von Mamak der Prozeß gegen die Generalsekretäre von TKP/TIP „verhandelt“. Nach meiner Abreise fuhren sieben Mitglieder unserer Gruppe zum Fatsa-Prozeß nach Erzincan,

haft gefangen gehalten wurden. Ihnen wurde praktisch die ganze Zeit über nur die nötigste medizinische Versorgung gewährt, die sie gerade noch am Leben erhielt. Viele sind in den Folterkellern der Polizei und der Militärs ermordet worden. Allein bei den „Ermittlungen“ zu dem gerade beendeten Fatsa-Prozeß starben 16 Menschen in den Gefängnissen, unter ihnen der gewählte Bürgermeister dieser Stadt, Fikri Sönmez, durch Folter oder an ihren Folgen. Es ist nicht wahr, daß die Türkei auf dem Weg zur bürgerlichen Demokratie ist. Die Vernichtung der breiten Opposition im Lande wird von der scheinparlamentarischen Regierung in Zusammenarbeit mit den Militärs weiter fortgesetzt. Die neu eingerichteten Staatssicherheitsgerichte arbeiten mit den gleichen Methoden und Zielen wie die Militärgerichte, die trotz Aufhebung des Kriegsrechts weiter bestehen.

Wie können sich die Angeklagten verteidigen? Werden die Rechte der Verteidiger beschränkt? Welche Rechte haben sie überhaupt?

Verteidiger haben im allgemeinen so gut wie keine Möglichkeiten ihre Mandanten wirksam zu unterstützen. Sie werden nach wie vor willkürlich von Prozessen ausgeschlossen oder ihnen wird der Kontakt mit



Massenprozeß gegen Devrimci Yol. Ort: Militäreigene Sicherheits-Betonhalle in Ankara.

in dem gerade acht weitere Todesurteile ausgesprochen wurden, vierzehn Angeklagte zu lebenslänglicher und 307 Angeklagte zu Haftstrafen zwischen einem und zwanzig Jahren verurteilt wurden. Der neu gegründete Menschenrechtsverein in der Türkei schätzt die Zahl der politischen Gefangenen auf derzeit 18 000 ein. Nach Zahlen des türkischen Justizministeriums vom 6.4.88 wurden zwischen September 78 und April 88 61 220 Menschen von Militärgerichten verurteilt.

Was kannst Du über die Haftbedingungen in den türkischen Gefängnissen sagen?

Schlimmer kann man sie sich fast nicht mehr vorstellen. Entgegen allen Verlautbarungen von offizieller Seite wird in den Gefängnissen weiter gefoltert. Ehemalige Gefangene berichteten uns, daß sie bis zuletzt immer wieder gefoltert, geschlagen und teilweise bis zu sechs Jahren in Isolations-

ihren Mandanten, der ohnehin nur telefonisch möglich ist, verboten. Viele von ihnen wurden und werden nach dem Versuch, ihre Mandanten zu verteidigen, selbst angeklagt. Anders ist es bei den Prozessen, die eine internationale Öffentlichkeit erreicht haben oder wo diese „Gefahr“ besteht. Es ist daher dringend notwendig, derartige Prozesse zu besuchen.

Wie wirkte sich euer Besuch auf das Gericht aus?

Das Regime in der Türkei fürchtet die Öffentlichkeit. Obwohl wir keine prominenten Beobachter waren, so berichteten uns hinterher Angehörige und Genossen der Gefangenen, war unsere Anwesenheit zur Eröffnung der Verteidigungsphase dieses Prozesses dringend erwartet worden. Allein unsere Anwesenheit gab den türkischen Journalisten größere Möglichkeiten, über diesen Massenprozeß zu berichten.

Alle wußten, daß die Militärs alles versuchen würden, um die gemeinsame politische Verteidigungsrede der Angeklagten zu verhindern. So war es auch. Nachdem nach zweimaliger Leibesvisitation die aus allen Landesteilen angereisten Angehörigen, eine Delegation aus der Schweiz und wir, zusammen etwa 400 Personen, in der turnhallengroßen Betonhalle auf dem Militärgelände von Mamak Platz genommen hatten, verstand niemand im Saal etwas. Die Mikrophone waren abgeschaltet. Dann wurden sie auf „Pfeifton“ eingestellt. So verging etwa eine halbe Stunde. Wir alle saßen gelähmt und ohnmächtig da. Nachdem einige Proteste der Angeklagten mit der Androhung von „Spezialbehandlung“ vom Militärstaatsanwalt zurückgewiesen wurden, bat ein Verteidiger mit lauter Stimme um die Reparatur der Mikrophone. Dies war der Zeitpunkt, wo der Knoten, den wir im Halse hatten, platzte. Wir, und mit uns alle 400 Besucher, sprangen auf, klatschten erst zur Unterstützung des Antrags des Verteidigers und dann zu und mit den Angeklagten, die ebenfalls wie erlöst aufsprangen. Nach minutenlangem nichtendenwollendem Beifall für die Angeklagten beschloß das total irritierte Gericht, den Saal durch die anwesenden bewaffneten Militärs räumen zu lassen. Am Nachmittag waren dann alle Mikrophone in Ordnung. Jeder konnte die Verteidigungsrede hören, selbst in den Zeitungen durfte sie in den nächsten Tagen teilweise veröffentlicht werden.

Seid ihr schikaniert worden?

Ja, man versuchte uns, nach dem für die Militärs unerwartet verlaufenen ersten Verhandlungstag, einzuschüchtern, indem sie uns ständig von türkischen Zivilpolizisten verfolgen und beobachten ließen. Sie durchsuchten die Hotelzimmer der Schweizer Delegation und verhafteten deren türkische Dolmetscherin für 24 Stunden. Als sie wieder frei war, trafen wir uns abends und sie erzählte uns, daß uns die Militärs zusammenschlagen würden, wenn wir noch einmal im Gericht die Angeklagten und ihre Verteidiger mit Beifall unterstützen würden. Das hatten ihr die Vernehmer für uns mit auf den Weg gegeben, in der Hoffnung, uns einschüchtern zu können. Obwohl wir diesen „Rat“ nicht befolgten, geschah nichts dergleichen, weil die Angst dieser Massenmörder und ihrer Politiker vor der Öffentlichkeit, die automatisch entstanden wäre, zu groß war.

Ihr habt also noch andere Aktionen im Gerichtssaal gemacht?

Ja, wir, aber auch die anderen Besucher, haben am Beginn und in den Pausen der Verhandlungen den Angeklagten zugeklatscht, sind aufgestanden und haben durch Zwischenrufe die Freiheit für alle politischen Gefangenen gefordert. An unserem letzten Besuchstag warfen wir unsere mitgebrachten roten Nelken den Angeklagten zu, was durch die Militärs in der entstandenen Situation nicht mehr verhindert werden konnte. Behindert wurden wir auch durch die Angehörigen der Botschaft der Bundesrepublik in Ankara. Die Bot-

schaft sollte uns die Erlaubnis für Tonbandaufnahmen und zum Fotografieren im Gerichtssaal verschaffen. Sie taten dies aber absichtlich nicht. Erst als die Presse-sprecherin der Landtagsfraktion der Grünen unerwartet am 2. Gerichtstag erschien und für uns bei der Botschaft intervenierte, bekamen wir blitzschnell die Erlaubnis.

Die türkische Regierung hat Anfang des Jahres die europäische Anti-Folter-Konvention und die der UN unterschrieben und ratifiziert. Wie sieht die Praxis aus?

Diese Unterschriften sind ein reiner Hohn. Überall in den Gefängnissen und Polizeistationen wird nach wie vor gefoltert. In sämtlichen politischen Prozessen werden erfolgte „Beweismittel“ gegen die Angeklagten verwendet, ja die Anklagen beruhen auf diesen „Beweismitteln“, was diese Konventionen strikt verbieten. Der Hinweis eines Verteidigers, in dem von uns besuchten Prozess, auf diese bereits ratifizierten Konventionen, wurde mit der Bemerkung, sie seien noch nicht vollständig in der Türkei veröffentlicht worden, kurz und schroff zurückgewiesen.

Warum finden diese Massenprozesse vor Militärgerichten statt?

Nach Aufhebung des Kriegsrechts in der Türkei im Sommer 1987 sind derartige Gerichte eigentlich nicht mehr zulässig, denn nach Artikel 145 der Verfassung von 1982 sind Militärgerichte nur in Kriegszeiten berechtigt, über zivile Angeklagte zu richten. Die Militärs haben aber gleich nach dem Putsch 1980 einen dem widersprechenden Paragraphen mit in die Verfassung aufgenommen. Weder die Regierung noch die Militärs sind derzeit interessiert, diese Lage zu ändern, denn die politische Opposition im Lande ist noch nicht zerschlagen, ja sie wächst. Außerdem sind Militärgerichte in der Lage, doppelt so hohe Strafen zu verhängen wie Zivilgerichte.

Wie organisiert sich die politische Opposition in der Türkei?

Z.B. in Vereinen wie dem Menschenrechtsverein, dem Lehrerverein, dem Studentenverein u.s.w. Diese Vereine arbeiten aber immer noch illegal, da sie von der Regierung nicht offiziell zugelassen werden. Der Menschenrechtsverein gründete sich z.B. 1986, um die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei zu fordern und zu kontrollieren. Der Verein besteht heute bereits aus 15 regionalen Gruppen. Weitere Regionalgruppen in 10 Provinzen sind im Entstehen. Die Arbeit wird bestimmt von Menschen verschiedener politischer Richtungen. Sie organisieren Kampagnen für eine Generalamnestie aller politisch Verfolgten und Gefangenen, gegen die Folter, gegen die Todesstrafe, für die Abschaffung der Militärgerichte und nicht zuletzt unterstützen sie die Gefangenen und deren Angehörige in allen Bereichen. Alle diese Forderungen werden auch von der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik unterstützt. Wenn

uns dieser Besuch eines gezeigt hat, dann, daß hier bei uns die Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei und ganz allgemein die Solidarität mit dem Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen in der Türkei, die Solidarität mit dem kurdischen Volk unbedingt weiterentwickelt werden muß. Ich glaube, daß insbesondere die westdeutsche Arbeiterklasse, die sich ja aus Angehörigen verschiedener Nationalitäten zusammensetzt, daß die Gewerkschaften aufgerufen sind, in dieser Hinsicht größere Anstrengungen als bisher zu unternehmen. Wer sich näher informieren will oder in der Solidaritätsbewegung aktiv werden will, z.B. sich an weiteren Fahrten in die Türkei beteiligen will, kann sich an das Türkei Informationsbüro Hannover, Postfach 910843 (Tel. 0511/2102007) wenden.

Türkei-Kurdistan

Lage der geflüchteten Kurden

Die Kurden, die aus Süd-Kurdistan vor den Angriffen des faschistischen Saddam-Regimes nach Nord-West-Kurdistan geflüchtet sind, werden Anlaß für Diskussionen und Entscheidungen von Institutionen auf internationaler Ebene. Zuletzt wurde im Europäischen Parlament diese Problematik zu einem Diskussionsthema. Obwohl irakisches Kreise erklärten, daß die Auseinandersetzungen in den nördlichen Gebieten Iraks (Süd-Kurdistan) beendet seien, dauern die mit Hilfe von Giftgasbomben geführten Angriffe auf die kurdische Zivilbevölkerung an. Diese Tatsache kann man aus der sich ständig steigernden Zahl der nach Nord-West-Kurdistan (türkisch besetzter Teil) flüchtenden Kurden sehr deutlich entnehmen. Inzwischen befinden sich über 120000 kurdische Flüchtlinge in Nord-West-Kurdistan. Wie bekannt ist, wurden sie von der kolonial-faschistischen türkischen Regierung aus „humanitären“ Gründen aufgenommen, „ gepflegt“ und „versorgt“. Daß diese „positive Haltung“ der türkischen Regierung nicht auf ihr Wohlwollen zurückzuführen ist, sondern andere, tiefe-hendere Gründe dahinter stecken, haben zahlreiche bürgerliche Presseorgane in Europa und anderswo in Zeitungsartikeln zum Ausdruck gebracht. Zeitungen wie „Le Figaro“ kommentierten diese Haltung als ein Manöver Özals, um in der Auseinandersetzung zwischen beiden Kräften (nämlich der irakischen Regierung und den kurdischen Organisationen) die türkischen Interessen — Mossul und Kirkuk vor Augen — durch eine „neutrale“ Haltung auf jeden Fall, welche der beiden Kräfte auch siegreich hervorgehen sollte, zu gewährleisten.

Doch ist dieses Manöver eine Taktik, die die zuvor eingeschlagene Wende in

der Politik der türkischen Regierung gegenüber dem Kurdistan-Problem vertieft hat. Auch wenn bei dieser Haltung das Referendum vom 25. September eine Rolle gespielt hat, nämlich dahingehend, daß die Regierung Özal versuchte, durch diese „humanitäre“ Haltung gegenüber den Kurden auch die Stimmen der kurdischen Bevölkerung in Nord-West-Kurdistan zu erhalten, so sitzen die wahren Hintergründe doch tiefer. Auch die eventuellen Reaktionen im Falle der Nichtaufnahme der flüchtenden Kurden hatten die türkische Regierung zu dieser Haltung getrieben. Doch sind alle diese Faktoren äußerliche und nur beeinflussende Faktoren. Der eigentliche Faktor liegt darin, den in Süd-Kurdistan lebenden Teil unseres Volkes gegen den anderen Teil in Nord-West-Kurdistan auszuspielen, dem bewaffneten Widerstand in Nord-West-Kurdistan unter der Avantgarde der PKK durch die Beeinflussung des kurdischen Volkes in Süd-Kurdistan den Boden zu entreißen. Dem kurdischen Volk in Süd-Kurdistan sollte gesagt werden: „Seht her, die Türkische Republik ist bereit, die Kurden anzuerkennen und ihnen vielleicht sogar einige Rechte zuzuerkennen, doch die PKK will Blut vergießen“. Das kurdische Volk im südlichen Teil soll auf diese Weise gegen das kurdische Volk im nord-westlichen Teil ausgespielt und aufgehetzt werden.

Hierbei spielt natürlich die Haltung der kurdischen Organisationen wie KDP (Demokratische Partei Kurdistans) eine große Rolle. Obwohl im nord-westlichen Teil Kurdistans die PKK einen Kampf gegen den türkischen Staat führt, nehmen diese Kreise eine positive Haltung gegenüber der Türkischen Republik ein und verurteilen damit den Widerstandskampf in diesem Teil. Die Türkische Republik hat diese Haltung benutzt, um das kurdische Volk im südlichen Teil gegen die PKK und ihren Widerstandskampf aufzuwiegeln und so dessen zum größten Teil vorhandene Sympathien für die PKK herabzusetzen.

Daß die Türkische Republik eine derartige Haltung gegenüber den flüchtenden Kurden eingenommen hat, ist nicht freiwillig geschehen. Diese Haltung wurde ihr vielmehr durch imperialistische Kreise, allen voran die USA, aufgezwungen. Diese Haltung soll die autonomistischen kurdischen Organisationen, die durch ihre reformistische Haltung der Politik der Imperialisten zustimmen, gegenüber der PKK bestärken. Es ist eine Realität, daß mit der Entwicklung des Unabhängigkeitskampfes in Nord-West-Kurdistan insbesondere diese kurdischen Kreise immer mehr an Einfluß verloren. Demzufolge können wir eigentlich sagen, daß diese Haltung der Türkischen Republik eine Taktik der imperialistischen Befriedungspolitik ist, um die Linie des Kampfes für Unabhängigkeit zum Scheitern zu bringen.

Die Erklärungen der Vertreter des türkischen Staates, vor allem von Minister-

präsident Özal, wie: „Diejenigen Kreise in Europa, die die PKK unterstützen, sollen aus unserer Haltung gegenüber den irakischen Kurden Lehren ziehen“ oder: „Dieses Problem ist das wichtigste Problem. Wir glauben, daß man dieses Problem nicht mit Gewalt lösen kann. Unserer Meinung nach darf man dieses Problem nicht mit Gewalt, sondern politisch lösen“, zeigen das Ziel der Türkischen Republik sehr deutlich.

Was wird die Türkische Republik tun, was hat sie mit dieser Taktik erreicht, was kann sie erreichen?

Sie versucht heute, die geflüchteten Kurden loszuwerden an europäische Staaten und den Iran. Noch vor dem Referendum wurden sie von Vertretern der Türkischen Republik als eine „Plage“ und als „potentielle Gefahr für die Sicherheit der Türkischen Republik“ bezeichnet, man versuchte, durch Stacheldraht und Ausgangssperren den Kontakt mit der örtlichen kurdischen Bevölkerung zu verbieten, um gegenseitige Beeinflussung zu verhindern. Die Flüchtlinge wurden ständig durchsucht, weil man PKK-Guerillas unter ihnen vermutete. Es kam deswegen zu Auseinandersetzungen zwischen den Peshmergas und der türkischen Armee.

All diese Ereignisse zeigen eigentlich, daß diese Taktik der Türkischen Republik ihr Ziel nicht erreicht hat. Der Kampf der PKK geht weiter, und zwar verstärkt, die kurdische Bevölkerung hat zusätzliche Sympathie für die PKK entwickelt. Eine der wichtigsten Erkenntnisse des Volkes in diesem Teil Kurdistans ist es, daß es seit Jahrzehnten gekämpft und viele Opfer gebracht hat und doch nicht die Entwicklung erreicht hat, die heute sich in Nord-West-Kurdistan durch den Kampf der PKK abzeichnet. Es erkennt den Unterschied zwischen der autonomistischen Linie und der Linie des Kampfes um Unabhängigkeit sehr deutlich und bezieht Stellung. Welche Haltung es einnimmt und auch in der Zukunft einnehmen wird, ist ihm überlassen. Die Weltöffentlichkeit wird diese Haltung beobachten können. — (Kurdistan-Komitee Köln)

Kanada: Tarifverträge Höhere Abschlüsse, aber uneinheitlich

Das kanadische Arbeitsministerium gibt monatlich die Zeitschrift „Collective Bargaining Review“ heraus, die, wenn auch mit gewisser zeitlicher Verzögerung, einen Überblick über die Entwicklung der Tarifverhandlungen und der Lohnauseinandersetzungen in Kanada ermöglicht.

Jährlich werden etwa 500 Tarifverträge ausgehandelt, von denen etwa eine Million Beschäftigte erfaßt sind, d.h. etwa 2 000 Beschäftigte je Tarifvertrag

(jedoch erfaßt die Zeitschrift nur Verträge mit Geltung für mindestens 500 Beschäftigte). Nach Branchen sind Unterschiede festzustellen, so kommt im Bergbau ein Vertrag auf etwa 1 000 Beschäftigte, im öffentlichen Dienst auf 3 000. In der Industrie gilt ein Vertrag für durchschnittlich etwa 1 300 Beschäftigte.

Die durchschnittliche Laufzeit der im 4. Quartal 1987 abgeschlossenen Tarifverträge betrug knapp zweieinhalb Jahre (28,9 Monate), wobei die kürzesten im Öffentlichen Dienst lagen (18,4 Monate), die längsten in der Industrie (34,9 Monate). Die Tendenz geht zu längeren Verträgen; noch 1983 hatten nur 40% der Verträge eine Laufzeit von zwei Jahren oder mehr, 1987 waren es bereits 80%.

Bei der Höhe der Abschlüsse gibt es erhebliche Unterschiede nach Branchen und auch nach Regionen. Vor allem im Westen gibt es immer noch Abschlüsse ohne Lohnerhöhung, seit 1984, wo dies ein Viertel aller Tarifverträge ausmachte, ist die Zahl aber jetzt auf 8% gesunken. Im Durchschnitt bringen die 1987 getätigten Abschlüsse 4,0% Lohnerhöhung. Die Tendenz der Abschlüsse steigt seit Mitte 1987, was aber die großen Verluste keinesfalls wettmachen kann. Von 1978 bis 1982 stiegen die Abschlüsse jedes Jahr von 7 bis auf 13%, dann stürzten sie 1983 katastrophal auf 4%, dann 3% ab, und sie kommen erst jetzt wieder langsam etwas hoch.

In Ontario und Québec, dem Hauptindustriegebiet, sind die Abschlüsse höher als im Osten und Westen. In der Industrie von Ontario wurden Verträge für 111 000 Beschäftigte abgeschlossen mit einem Durchschnitt von 4,2%. Dabei gibt es gravierende Unterschiede von Fabrik zu Fabrik; das Stahlwerk Algoma Steel setzte einen Lohnstillstand durch, während die Arbeiter und Angestellten des Zeitungshauses Toronto Star 7,8% rausholten. In den Automobilwerken von GM, Ford und Chrysler (zusammen 64 000 Beschäftigte) wird im Durchschnitt 4,9% mehr gezahlt. In den westlichen Provinzen dagegen und im Handel sind die Abschlüsse weit niedriger; die Supermarktkette Canada Safeway (13 900 Beschäftigte) zahlt zwischen 1,1 und 1,4% mehr.

Die Streikstatistik weist aus, daß in den letzten sieben Jahren jährlich zwischen 56 und 100 Streiks stattfanden, getragen von zwischen 100 000 und 530 000 Arbeitern und Angestellten. Dabei lag das Jahr 1985 besonders niedrig; dem entsprechen auch niedrige Lohnabschlüsse. 1986 und 1987 traten sehr viele Arbeiter und Angestellte in den Ausstand, wobei sich die durchschnittliche Streikdauer gegenüber früheren Jahren stark verkürzt hat. Betrachtet man den Verlauf des Jahres 1987, so begannen jeden Monat zwischen zwei und neun Arbeitskämpfen, getragen von meist 10 000 bis 60 000, im Juni kurz-

zeitig 300 000 Beschäftigten.

Eine Aufschlüsselung einerseits nach Branchen, andererseits nach Regionen liegt für Februar 1988 vor. Da fanden vier Streiks in der Industrie statt, einer im Transportbereich, zwei im Dienstleistungsbereich und einer im öffentlichen Dienst. Nach Regionen aufgeschlüsselt, fanden zwei dieser Arbeitskämpfe in Ontario statt, je einer in Nova Scotia, Québec, Alberta und überregional sowie zwei gegenüber Bundeseinrichtungen.
(Quelle: Collective Bargaining Review, April und Mai 1988 — mfr)

Südafrika—Angola

Niederlage erzwang Südafrikas Abzug

Südafrikas Soldaten sind, wie in dem Abkommen zwischen Angola, Cuba und Südafrika unter Vermittlung der USA vereinbart, aus Angola abgezogen. Damit ist jedoch noch längst kein Ende der zahlreichen Aggressionen der Siedlerre-



Der dauernde Krieg hat die Landwirtschaft Angolas zerstört.

publik gegen die Nachbarstaaten in Sicht. Die USA drängten darauf, noch vor den Präsidentschaftswahlen in den USA einen „Fortschritt“ im südlichen Afrika präsentieren zu können. Südafrika selbst sah zudem einer schweren militärischen Niederlage in Angola entgegen: 3000 südafrikanische Soldaten waren seit Anfang 1988 bei Cuito Cavaleiro eingekesselt, ohne den ausgehandelten Abzug hätten sie Angola nur mit großen Verlusten verlassen können. Der bis Ende 1987 von Namibia eingeflogene Nachschub für die Rassentruppen konnte von den angolanischen und cubanischen Soldaten abgeschnitten werden. Südafrika hat im Augenblick seine Luftüberlegenheit verloren und schwere Flugzeugverluste hinnehmen müssen. (1) Südafrika mobilisierte 3000 Reservisten, um die Streitkräfte in Namibia aufzustocken. Die Tatsache, daß der Widerstand gegen die südafrikanischen Aggressoren in Namibia und in Angola immer wieder auch Opfer von den Rassentruppen fordert, trägt mit dazu bei,

die Zersetzung unter den weißen Wehrpflichtigen in Südafrika voranzutreiben. (2) Vieles spricht dafür, daß Südafrika vor allem einen Weg suchte, um seine Truppen aus Angola abziehen zu können. Ein Abzug aus Namibia hingegen ist noch nicht in Sicht, die SWAPO berichtet im Gegenteil über verstärkte Truppenkonzentrationen an der Grenze zu Angola. (3)

Die Frontstaaten Südafrikas haben in einer gemeinsamen Erklärung insbesondere die Initiative Angolas begrüßt, die Verhandlungen über eine friedliche Lösung der Probleme im südlichen Afrika voranzutreiben (4), rechnen aber nicht mit baldigen Erfolgen. Die Regierung von Mosambik forderte die internationale Öffentlichkeit auf, sich von den Friedensbeschwörungen Südafrikas nicht einlullen zu lassen, sondern auf strikten internationalen Kontrollen zu bestehen. Sie wissen, daß das rassistische Südafrika in keiner friedlichen Koexistenz neben den unabhängigen afrikanischen Staaten bestehen kann. Robert Mugabe, Ministerpräsident von Zimbabwe, erklärte Ende August auf einer internationalen Konferenz über die Probleme der Flüchtlinge und vertriebenen Leute im Südlichen Afrika:

„Es kann keinen Zweifel geben, daß das südliche Afrika die gequälteste Region Afrikas ist. Seine Qualen sind verursacht durch das rassistische Südafrika, dessen Politik der Apartheid und Destabilisierung Krieg, Unstabilität und Unsicherheit in der Region entfesselt haben . . . Die blutigen Massaker durch Banditen und die Angriffe auf unsere Hauptverkehrsroute sind Teil von Südafrikas Gesamtstrategie, die darauf abzielt, die Staaten des südlichen Afrika wirtschaftlich abhängig und auf diesem Weg politisch unterwürfig zu machen . . . die Blockfreien-Bewegung und die OAU haben beharrlich die Errichtung umfassender und verbindlicher Sanktionen gegen das Regime in Pretoria verlangt. Zu behaupten, die Sanktionen würden den Schwarzen in Südafrika und der Wirtschaft der SADC und Frontstaaten mehr schaden als Südafrika selbst, ist nicht nur arroganter Paternalismus, sondern auch eine versteckte und unehrliche Anstrengung, die Zusammenarbeit mit der Apartheid fortzusetzen.“ (5)

Quellen: (1) Independant v. 31.8.88; (2) New African, August 88; (3) issa, Nr. 4/88; (4) Facts and reports, Press cuttings on Southern Africa, Nr. QR/91; (5) Rede von R. Mugabe, gehalten am 22. August in Oslo — (uld)

El Salvador

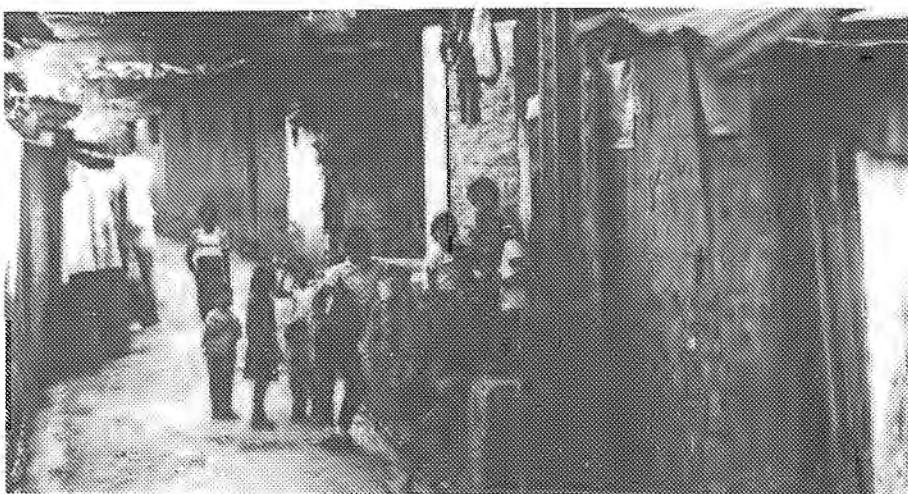
Krise der Christdemokratie bereitet Wahlsieg der Arena-Partei vor

Der Wahlsieg Napoleón Duartes 1984 bedeutete für viele Salvadorianer eine Hoffnung auf mehr Demokratie, wurde er doch 1972 selber gefoltert und mußte ins Exil. Doch die Christdemokratie ist in jeder Beziehung gescheitert. Angeblieche Erfolge wie Agrarreform, Rückkehr von 4500 Flüchtlingen aus Honduras und die Amnestie für 400 Häftlinge im Rahmen von Esquipulas 2 erwiesen sich praktisch als Farce. Von der großen

Agrarreform wurden lediglich 18% der Landbevölkerung betroffen; allein im reformierten Agrarsektor lag die Arbeitslosenrate bei über 60%.

Die Rückkehr der Flüchtlinge aus dem Lager Mesa Grande in Honduras (November 1987) gelang gegen den Willen von Regierung und Militär lediglich aufgrund der Unterstützung der Kirchen und internationaler Hilfsorganisationen.

Die Amnestie für politische Gefangene



Elendsviertel in El Salvador



Eine Vertreterin der azanischen Handelsgewerkschaft CCAWUSA (Commercial, Catering and Allied Workers Union of South Africa) befindet sich zur Zeit auf einer Rundreise durch die BRD und die Schweiz. Vorgesehen sind u.a. Vorträge in folgenden westdeutschen Städten: 16./17.10. Mannheim (AK Südafrika), 18./19.10. Frankfurt (Pro Azania und GEW), 20./21.10. Düsseldorf (Südafrika-Initiative), 22.10. Ober-eifenberg (Frankfurt, HBV), 23.10. Karlsruhe (Azania-Komitee, HBV), 24.10. Hannover (Afrika-Initiative). — (rub, AGD)

Jugoslawien: Großserbische Demonstrationen

Großserbische nationalistische Kräfte gewinnen anscheinend in Jugoslawien weiter an Einfluß. In der vergangenen Woche nutzten diese Kräfte eine ursprünglich von 1000 Bauarbeitern begonnene Demonstration für Lohnerhöhungen und funktionierten diese in eine Demonstration für die serbische Parteiführung und gegen die Parteiführung Montenegros um. Die serbische KP verlangt Verfassungsänderungen, die die Stellung Serbiens im Jugoslawischen Bund zulasten Montenegros sowie zulasten autonomer Gebiete wie des albanischen Kosovo stärken sollen. Zugleich kritisiert sie die Abkommen Jugoslawiens mit dem IWF. Der jugoslawische

Staatspräsident drohte, bei anhaltenden Unruhen den Ausnahmezustand zu verhängen. — (rül)

Peru: Überfälle auf Revolutionäre Linke

Am 17. September überfiel peruanische Polizei das Zentralbüro der UNIR (Union der Revolutionären Linken) in Lima, zerstörte Einrichtungen und verhaftete sieben UNIR-Mitglieder. Die UNIR ist eine Vereinigung verschiedener Parteien und Organisationen, die zum Jahreswechsel 1979/80 gegründet worden war. Ihr gehören u.a. die Partido Comunista del Peru — Patria Roja an. Unter den Verhafteten sind Julio Cespedes, Vorsitzender der Bauerngewerkschaft CCP. (Rote Fahne 39/88 — rül)

bedeutete zuallererst einmal Amnestie für Mitglieder der Todesschwadronen, die dann in Freiheit auf die anderen Gefangenen warteten, zwecks „Verschwindenlassen“.

Spätestens der Umgang mit internationalen Spenden für die Opfer des Erdbebens vom 10.10.1986 hat den korrupten Charakter des Duarte-Regimes bewiesen. Second-hand-Läden verkauften gespendete Kleider, Reis mit der Aufschrift „Spende der VR China“ wurde auf dem Markt verkauft.

Bei den Wahlen am 20.3.1988 verlor Duartes PDC ihre Mehrheiten an Abgeordneten und Bürgermeisterposten. In einer Situation von 30 Abgeordneten PDC/PCN gegen 30 Arena-Abgeordnete im Parlament kamen Putschgerüchte auf; stattdessen wählte die faschistische Arena-Partei jedoch die Form des „Einkaufs“ von PCN-Abgeordneten, so daß heute in El Salvador keine Entscheidung des (noch) amtierenden Präsidenten Du-

arte gegen den Willen Arenas durchgesetzt werden kann.

Innerlich zerstritten, hat die PDV kaum noch eine Chance, die Macht zu erhalten. Nachdem Duarte-Sohn Alejandro aufgrund seiner Korruption bei der Wahl des Bürgermeisters von San Salvador eine entscheidende Schlappe erlitt, fiel er aus. Morales Ehrlich verzichtete. Nunmehr stehen Rey Prendes und Chavez Mena im Kampf um die Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 1989. Die USA übten öffentlichen Druck für die Nominierung von Mena aus, dagegen klagte Prendes, der von 17 der 23 PDC-Abgeordneten unterstützt wird, beim Obersten Gerichtshof. Duarte selber schlug als Kompromißkandidaten Abraham Rodriguez vor, ohne daß dieser Vorschlag diskutiert wurde.

Derzeit versucht die Arena-Partei, sich einen Schafspelz umzuhängen, um für die USA akzeptabel zu sein. So wurde der Unternehmer Cristiani als Präsi-

Algerien: Schwere Unruhen

Fast 200 Menschen sind bei den anhaltenden Unruhen in Algerien in den letzten Tagen bereits umgekommen, die meisten davon durch brutales Vorgehen der Militärs. Die Regierung hat über die Hauptstadt Algier den Belagerungszustand verhängt. Allein in der Stadt Oran, der zweitgrößten Stadt des Landes, sollen 60 Menschen durch Maschinengewehrsalven der Armee auf Demonstranten umgekommen sein. Mehrere hundert Demonstranten wurden verletzt, tausende festgenommen. Innenminister Khediri hat angekündigt, die Armee werde die Ruhe „mit allen Mitteln wiederherstellen“. Die Unruhen entstanden offenbar aus Protest gegen den ständig sinkenden Lebensstandard. Algerien ist hoch verschuldet, die Deviseneinnahmen sinken wegen rückläufiger Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport drastisch. Um die Auslandsschulden zu bezahlen und zugleich die wichtigsten Industrialisierungsvorhaben fortsetzen zu können, hat die Regierung schwere Kürzungen im Staatshaushalt verfügt. Islamische Fundamentalisten versuchen, die Unruhen zum Sturz der Regierung der FLN zu nutzen und fordern die Errichtung einer „Islamischen Republik“. Die imperialistische Presse berichtet, vor allem Jugendliche, darunter viele Studenten, hätten sowohl Luxushotels wie auch das Büro der Befreiungsfront für die Westsahara, der FPolisario, gestürmt und verwüstet. Wirtschaftszeitungen wie das „Handelsblatt“ spekulieren derweil, nachdem sich die algerische Regierung bislang immer geweigert habe, mit dem IWF über eine Umschuldung seiner auf 23 Mrd. Dollar gestiegenen Auslandschulden zu verhandeln, könne dies bald unvermeidlich werden. — (rül)

dentschaftskandidat nominiert, faktisch eine Marionette des Parteivorsitzenden Major d'Abuisson, Organisator der Todesschwadronen. Obert Ochoa mußte seinen Hut nehmen, nachdem er zum Putsch aufrief, sein Amt als Arena-Sprecher niederlegen und seine Hoffnungen auf die Präsidentschaftskandidatur begraben.

Der Verteidigungsminister Vides Casanova bestätigte, daß „wir eben zur Verhinderung eines Staatsstreiches Veränderungen vornehmen müssen, der jüngeren Generation (der Offiziere) Zugang gewähren müssen“. Wenige Stunden nach einem Gespräch zwischen US-Außenminister Shultz und General Blandon wurden 27 Oberste ausgewechselt, die Kommandeure von fünf Brigaden und zwei Eliteeinheiten sowie die Vizeminister für Verteidigung und für öffentliche Sicherheit.

Diese „neuen Kräfte“ der Armee sind der Jahrgang, der 1966 die Militärakade-

Niederlande: Protest gegen Regierungspolitik

Etwa 100000 Lohnabhängige demonstrierten am 8. Oktober in Amsterdam gegen die Regierungspolitik des christdemokratisch-liberalen Kabinetts unter Ministerpräsident Lubbers. Der Gewerkschaftsbund FNV hatte aufgerufen, „für eine andere Politik“, für Arbeit und Einkommen, Unterricht, Umweltschutz und soziale Sicherheit zu demonstrieren. Der FNV hatte die Aktion auf seinem letzten Kongreß im April dieses Jahres beschlossen. Die Lohnabhängigen protestierten u.a. gegen eine geplante Krankenversicherungsreform, die vor allem den Versicherungsschutz von Lohnabhängigen mit niedrigen Einkommen drastisch verschlechtert. — (rül)

Norwegen: Neue Anti-EG-Front entsteht

Die Durchsetzung des „Inneren EG-Marktes“ 1992 wird auch die europäischen Länder, die nicht Mitglied der EG sind, wie Norwegen, Schweden, Österreich unter Druck setzen. In Norwegen wurde im September 1972 bei einer Volksabstimmung mehrheitlich der EG-Beitritt abgelehnt. Vorher hatte sich mehrere Jahre lang eine breite Widerstandsbewegung gegen die damalige EWG entwickelt. Inzwischen gibt es Diskussionen über eine neue „Nein-Front gegen die EG“. Ein Anfang wurde jetzt in der westnorwegischen Stadt Stavanger gemacht, wo am 25.9.1988 zur Gründung eines örtlichen Komitees aufgerufen wurde, das die Aufgabe haben soll, die Bevölkerung über den Charakter und die Tätigkeit der EG zu informieren, um später zusammen mit anderen Initiativen wieder eine breite Bewegung im ganzen Land gegen einen EG-Beitritt organisieren zu können. Es beteiligten

sich an den Gründungsvorbereitungen die Gewerkschaftsbewegung, Bauernorganisationen und Teile des Kulturlebens in Stavanger. Es sind auch Mitglieder des früheren EG-Widerstandes aufgetreten. Von den Organisatoren werden die Chancen für eine breite Bewegung positiv eingeschätzt, weil sich die Ziele und Absichten der EG heute viel klarer darlegen lassen als noch vor 20 Jahren. Einer der früheren Leiter des Komitees gegen den EG-Beitritt sagte in einem Interview: „Der Ausgangspunkt für alle internationalen Handlungen muß die Freiheit und Selbständigkeit des Volkes sein.“

Und für uns in der Arbeiterbewegung ist es wichtig zu sehen, daß die EG einzig und allein Werkzeug der Kapitalkräfte ist. Die EG wird von deutschem, französischem, italienischem oder englischem Großkapital geführt, und die können niemals Arbeitsplätze schaffen. Dagegen schaffen sie jetzt einen ökonomischen Block, der sich zu einer politischen Union entwickeln soll. Und ich glaube, daß die norwegische Bevölkerung mehrheitlich die Blockpolitik ablehnen wird, weil sie auch eine Gefahr für den Frieden ist.“ (Quelle: Klassekampen, 24.9.1988 — chs. AGK)



54,7% der Stimmberchtigten haben sich bei der von der chilenischen Militärjunta angesetzten Volksabstimmung über eine weitere Präsidentschaft von Putschistenchef Pinochet gegen das Regime ausgesprochen. Als noch in der Nacht zum Samstag 350000 Regimegegner öffentlich die Niederlage Pinochets feierten, griff die Polizei mit großer Härte an und verletzte mindestens 19 Demonstranten durch Schüsse. Der Vorsitzende der Christdemokratischen Partei, Patricio Alwyn, kündigte für die nächsten Tage ein Programm seiner Partei für Verhandlungen mit dem Militär an und verlangte die Freilassung aller politischen Gefangenen. Sprecher der US-Regierung, der EG, der italienischen, der spanischen und der Bundesregierung forderten das Regime auf, wie angekündigt im Dezember 1989 neue Parlaments- und Präsidentschaftswahlen anzusetzen und im März 1990 endgültig zurückzutreten. — (rül)

mie verlassen hat, u.a. eben auch Major d'Abuisson und andere Arena nahestehende Offiziere. Diese haben der derzeitigen Militärführung häufig vorgeworfen, den Krieg gegen die FRN/FMLN durch ihre militärische Unfähigkeit künstlich zu verlängern.

Tatsächlich unterscheidet sich das Konzept der „Kriegsführung niederer Intensität“ der salvadorianischen Christdemokratie vom „totalen Krieg gegen die Subversion“, wie er der Arenaorschwebt. „Kriegsführung niederer Intensität“ ist ein Zuckerbrot-und-Peitsche-Konzept zur Untergrabung der Unterstützung von Befreiungsbewegungen durch die Bevölkerung mittels einiger Zugeständnisse, eingebettet in lang andauernde militärische Konflikte unterhalb der Schwelle des Einsatzes regulärer US-Truppen und unterhalb der Reizschwelle westlicher Medien. Der totale Krieg im Sinne der Arena hingegen bedeutet die Rückkehr zur Massenmordpo-

litik im Stil der Militärdiktatur El Salvadors. Dies bedeutet eine stärkere Einbeziehung gerade auch der Landbevölkerung in den „schmutzigen Krieg“ der Militärs, durch politische Morde erzwungenes Aufgeben erkämpfter Bereiche von legaler politischer Arbeit zugunsten einer stärker verdeckten Betätigung. Eine zunehmende Polarisierung führt dazu, daß der FMLN eine noch größere Rolle im Widerstand zukommt als bisher.

Überraschend ist die Beteiligung von Teilen der FDR an den Präsidentschaftswahlen. Die FDR-Vertreter Ungo und Zamora, deren politische Parteien seit 1981 eine Allianz mit der FMLN eingegangen, sind aus dem Exil ins Land zurückgekehrt. Ungo tritt als Kandidat der Koalition Convergencia Democrática an, der die von ihm geleitete MNR (National-Revolutionäre Bewegung) angehört, die von Zamora geführte MPSC (Sozialchristliche Volksbewegung) und die seit

1985 legale PSD (Sozialdemokratie). Mit der Teilnahme erhofft man sich keine wirkliche Umwälzung, sondern lediglich die Aktivierung neuer Sektoren der Mittelschichten. Der Commandante der FMLN Leonel Gonzales kündigte am 6. September in einer Erklärung an Radio Venceremos an, daß die FMLN politische und militärische Aktionen während der Wahl durchführen wird. Er betonte, daß es sich um eine autonome Entscheidung von Teilen der FDR handele, sich an den Wahlen zu beteiligen. Dr. Hector Oqueli, Funktionär der FDR, erklärte, die Teilnahme an den Wahlen an die Bedingung zu binden, daß die Versammlungs- und Bewegungsfreiheit garantiert sei. Nach einem Wahlsieg der Arena-Partei steht allerdings zu befürchten, daß die FDR-Wahlkampfaktivisten neue schwarze Listen der Todesschwadronen füllen werden.

Quellenhinweis: El Salvador-Report Nr. 20 bis 22, ILA-Info 114 und 118 -- (zkw)

Veröffentlichungen

Krupp-Rheinhausen aus der Sicht der MLPD

„Rheinhausen: Beginn eines neuen Aufschwungs der Arbeiterbewegung?“, lautet der Titel eines Buches von Mitgliedern der MLPD-Betriebsgruppe von Krupp Rheinhausen, das bereits im Mai erschien. Eine klare Antwort auf die Frage vermeiden die Autoren, für sie war der Kampf der Belegschaft von Krupp Rheinhausen gegen die Werksstilllegung und insbesondere der siebenstündige Streik Anfang April 1988 jedoch „der bedeutendste Kampf seit den selbständigen Streiks der 160000 Ruhrarbeiter von 1969“. Eben um diese „Selbständigkeit“ des Kampfes geht es den Autoren. Mit den Absichten, die der Krupp-Konzern mit der Stilllegung des Werkes verfolgt, befassen sie sich nicht, ebensowenig mit den Interessen der Belegschaft, die der verzweifelten Auseinandersetzung zugrunde lagen. Stattdessen berichten sie über die Wut, die Krupp-Vorstandschef Cromme entgegenschlug, über die Organisation von Streikposten und die von der MLPD angezettelte Auseinandersetzung um eine „selbständige Streikleitung“. Mit Meinungen einzelner Beschäftigter sollen Stimmungen wiedergegeben und erzeugt werden, inwieweit sie repräsentativ waren, kann der Leser nicht beurteilen. Auch die Tatsache, daß die Stilllegung nicht verhindert werden konnte, ist den Autoren kein Anlaß, die Ziele des Kampfes zu überprüfen. Stattdessen kommen sie zu der langweiligen Schlußfolgerung, daß Verrat der SPD, der IG Metall und der Betriebsratsmehrheit den Erfolg verhinderten, und — die MLPD gestärkt werden muß.

Wolfgang Kinzel, „Rheinhausen: Beginn eines neuen Aufschwungs der Arbeiterbewegung?“, Verlag Neuer Weg, Düsseldorf. — (wof)

Untersuchung zur Arbeitszeitverkürzung

Wissenschaftliche Mitarbeiter des DGB (WSI und Forschungsinstitut für Arbeiterbildung Recklinghausen) untersuchten die Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche in der Metall-, Druck- und Holzindustrie sowie im Einzelhandel. Die Autoren dokumentieren ausführlich die Ergebnisse und Konsequenzen der Arbeitszeitabschlüsse für die betrieblich unterschiedlich abgeschlossenen Vereinbarungen in einem Taschenbuch „Arbeitszeitverkürzung im Betrieb“. Die nützliche Untersuchung schlußfolgert u.a.: Entlang der Arbeitszeitachse könnten nunmehr neue Segmentations- und Spaltungslinien in die Belegschaften hineingetragen werden, die in Verbindung mit der Lohnkomponente differenzierter Arbeitszeiten eine weitere Hierarchisierung

der Belegschaftsstrukturen bewirken würde.“ (S. 231) Verschiedene Beschreibungen des Ist-Zustandes — ermittelt durch Gespräche mit Betriebs- und Personalräten — in den untersuchten Branchen stützen die statistischen Daten. Ein Ergebnis der Untersuchung: Die Kapitalisten erzielen Erfolge in der Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit. Groß- und Konzernbetriebe dehnen die Betriebszeiten bei gleichzeitig intensiver Arbeit aus. Die Verfasser weisen die Ausdehnung der Nacht- und Wochenendarbeit, zumindest in der Metall- und Druckindustrie, nach und kritisieren dabei die Tarifabschlüsse, die es den Betriebsräten aufzwingen, eigene Betriebsvereinbarungen abzuschließen. Dabei gingen fast alle Verfahren vor den Einnigungsstellen mit Rücksicht auf die „betrieblichen Belange“ für die Belegschaften verloren; die Betriebsräte unterlagen.

Die Autoren belegen mit vielen Tabellen und Fakten, wie die Arbeitszeitabschlüsse auf die internationale Konkurrenz wirken, bzw. wie sich der bisherige



Entkopplte Arbeits- und Betriebszeiten: Schichtarbeit nimmt zu.

Vorsprung in der Auspressung von Lohnarbeit darstellt. Eine der Tabellen weist die Führung westdeutscher Konzerne gegenüber ihren Konkurrenten auf dem Gebiet der Betriebsnutzungszeiten nach: 18 Prozent der westdeutschen Beschäftigten arbeiten in Schicht, gegenüber 8 Prozent der französischen Belegschaften. 12 Prozent müssen Nachtarbeit verrichten, in Frankreich sind davon 5 Prozent betroffen. Sonn- und Feiertagsarbeit wird in der BRD von 16 Prozent abgefordert, in Frankreich sind es 10 Prozent der Beschäftigten.

Die Untersuchung liefert insgesamt — vor dem oben angesprochenen Hintergrund der Segmentierung und Differenzierung der Lohnabhängigen — gute Argumentationshilfen, um „Arbeitszeitautonomie“-Argumenten, sogenannten „selbstbestimmten Arbeitszeiten“, fundiert gegenüberzutreten zu können.

G. Bosch, N. Engelhard u.a., „Arbeitszeitverkürzung im Betrieb“, Bund-Verlag, Köln 1988. — (mal)

Gewerkschaftsjahrbuch Deutliche Schwächen

Bemerkenswert an diesem Jahrbuch ist, daß die Forderung nach Anhebung der

unteren Lohngruppen fallengelassen worden ist. Noch im Jahrbuch 1986 hatte die Verfasserin des Abschnittes „Tarifpolitik und Arbeitskämpfe“, Ingrid Kurz-Scherf, die Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen in den Mittelpunkt gestellt (s. Pol. Ber. 14/86): „Eine Enthierarchisierung der Verdienststrukturen liegt durchaus im Interesse der Arbeitnehmer und würde dem Postulat der Lohn- und Leistungsgerechtigkeit nicht etwa wider-, sondern entsprechen.“ Die unteren Lohngruppen würden nicht leistungsgerecht bezahlt. Die Folge müßte sein: „Reform der Eingruppierungs- und Bewertungskriterien mit der Folge einer relativen Anhebung der unteren Tarifsätze.“

Die Kapitalverbände betreiben eine Kampagne für die Lohndifferenzierung. I. Kurz-Scherf benennt deren Ziel: „eine mindestens relative, wenn nicht auch absolute Absenkung des Tarifniveaus in den unteren Lohngruppen sowie in Krisenbranchen und -regionen“. Und sie erkennt auch richtig das Gesamtziel: „Im Grundsatz ist sich das konservative Lager einig in der Forderung nach einer Absenkung des durchschnittlichen Lohnniveaus durch stärkere Lohndifferenzierung nach unten.“ Statt aber die Forderung nach Enthierarchisierung der Löhne und Anhebung der unteren Löhne weiter zu begründen, beklagt die DGB-Referentin „die Tatsache, daß ein ungelerner Arbeiter im Baugewerbe 100 DM mehr verdient als ein hochqualifizierter Facharbeiter in der Textilindustrie“. Daß die ungelerten Akkordarbeiter mehr verdienen würden als die Facharbeiter im Zeitlohn, wurde schon früher in der Gewerkschaft vorgebracht, um eine Festgeldforderung zurückzuweisen. Das war schon damals falsch, weil ohne Anhebung der unteren Löhne das Gesamtniveau des Lohns und der Stand der Facharbeiterlöhne nicht gesichert werden können. Jetzt, wo die Kapitalisten die unteren Löhne soweit gedrückt haben, daß sie darüber den Angriff auf die Facharbeiterlöhne und für branchenspezifische Differenzierung wirksam fahren können, werden im DGB-Jahrbuch die Forderungen gegen die Verschärfung der Lohnhierarchie und gegen die unteren Elendlöhne ohne Begründung fallengelassen. Als Ersatz fordert I. Kurz-Scherf die „stärkere Angleichung der Lohn- und Gehaltssätze bei gleichem Qualifikationsniveau“: Facharbeiterlöhne und Angestelltentgehälter sollen in den verschiedenen Branchen und Regionen nicht soweit, wie es der Fall ist, auseinanderklaffen. Dieser Ruf nach „Leistungsgerechtigkeit“ für Facharbeiterlöhne wird wirkungslos verhallen, da der tatsächliche Zusammenhang mit der Anhebung der unteren Löhne fallengelassen wurde.

(M. Kittner, Hrsg., Gewerkschaftsjahrbuch 1988, Bandvlg. 24.80 DM — gba)

Arbeit an der Kasse

Vom HBV-Projekt „Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Groß- und Einzelhandel“ (GES) sind die ersten neun Hefte erschienen: Belastungsschwerpunkte im Handel; Arbeit an der Kasse; Stehen; Luft und Klima; Einführung; schlechte Luft und Luftfeuchte; Wärme, Kälte, Zugluft; Klimaanlagen; Lärm sowie Licht. Weitere zwölf Hefte zu Belastungen und Unfallgefahren sowie zur Arbeit in den verschiedenen Bereichen des Handels sollen folgen. Die Hefte enthalten nützliche Informationen, sind klar gegliedert und für die Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit unbedingt zu empfehlen. Als Beispiel hier das Heft „Arbeit an der Kasse“.

„Kassenarbeitsplätze gehören durchweg zu den anstrengendsten und stressigsten Arbeitsplätzen im Handel ... Die Spannweite reicht von Stehkassen in Kaufhäusern über Kassenboxen in Supermärkten bis hin zu den Kassenständen in Lebensmittel-Großhandlungen oder SB-Möbelhäusern. Die Tätigkeit ist jedoch immer die gleiche: Kassieren, kassieren, kassieren. Mehrere Untersuchungen haben gezeigt, daß Kassiererinnen rund 80 bis 95 % ihrer Arbeitszeit an den Kassen verbringen. So ist es nicht verwunderlich, daß an Kassenarbeitsplätzen häufig Teilzeitkräfte beschäftigt werden, weil die körperlichen Belastungen und der Stress nicht einen ganzen Arbeitstag durchgehalten werden können ...“

Gegliedert ist das Heft in: Welchen Belastungen sind Kassiererinnen ausgesetzt? Welche Auswirkungen haben diese Belastungen? Was kann dagegen tun? Welche rechtlichen Grundlagen gibt es? Wie kann man vorgehen? Wo kann man nach- und weiterlesen?

Beschrieben wird die einseitige linksarmige Muskelarbeit der Kassiertätigkeit mit ständig 90 bis 120 Kilogramm und normaler Spitzenbelastung bis 250 kg, Extremwerten bis 500 kg in einer halben Stunde. Die Auswirkungen der Zwangshaltung Stehen oder Sitzen mit einseitiger Kraftarbeit, in Zugluft, Kälte und Lärm bis 90 dB(A) sind Gesundheitsschäden im linken Hand-Arm-Schulterbereich und Nacken, Beinbeschwerden, Rücken- und Kopfschmerzen, Erkältungskrankheiten, allgemeine Müdigkeit und Schlafstörungen.

Für die Betriebsräte sind die Verordnungen und Gesetzesstellen sowie konkrete Vorschläge zur Arbeitsplatzgestaltung und -besetzung zusammengestellt. Diese können anhand einer Checkliste durchgegangen werden. Zudem sind Bestelladressen und Preise der Untersuchungen, Verordnungen usw. beigelegt.

Hearing der Grünen im Bayer. Landtag

Flüchtlinge sind rechtlos, werden menschenunwürdig behandelt

Die Landtagsfraktion der Grünen in Bayern lud am 29.9. zu einem Hearing „Flüchtlinge aus der 3. Welt in Bayern“ ein. Ca. 180 Leute, vorwiegend von Flüchtlings-Hilfsorganisationen, waren gekommen. Als Referenten hatten die Grünen Herrn Professor Dr. Nuscheler aus Duisburg, Herrn Wolfgang von Noistizt, Abgeordneter der Grünen im Europaparlament, Herrn Dr. von Pechmann aus München, Herrn Rechtsanwalt Hubert Heinhold aus München und Vertreter des Bayerischen Flüchtlingsrats gewonnen.

Frau Romberg, Abgeordnete für die GRÜNEN im Landtag, führte zu Beginn u.a. aus:

„Kriege, Hungersnöte, Katastrophen, zunehmende Verelendung armer Länder und Diktaturen zwingen Menschen, ihre Heimat zu verlassen, um überleben zu können. Insofern kann die Flüchtlings situation nicht isoliert, sie muß im Zusammenhang der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Welt betrachtet werden.“

Bayern, als Bundesland eines der reichsten Länder der Erde, hat durch die Förderung einer aggressiven Wirtschaftspolitik und explizit durch Rüstungslieferungen in Krisengebiete ... mittelbar und/oder unmittelbar zu dieser Situation beigetragen ...“ (1)

Weltweite Flüchtlingsströme

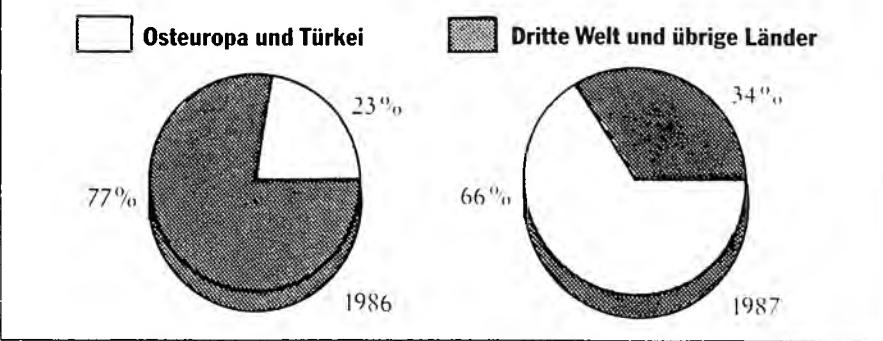
Daß schwierige politische Fragen ungeöst bzw. daß unterschiedliche Auffassungen vorhanden sind in der Opposition gegen die staatliche Asylpolitik, kam vor allem im Referat von Herrn Professor

Nuscheler zum Ausdruck. Er führte in seinem Beitrag aus, daß der Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention wie auch des Grundgesetzes für die Mehrheit der weltweit ca. 15 Millionen Flüchtlinge nicht mehr zutreffend sei, da z.B. Hunger oder Bürgerkrieg dort kein Fluchtgrund sind und daher keinen Anspruch auf Asyl gewährleisten. Er zeigte auch auf, daß ein verschwindend geringer Teil dieser Flüchtlinge überhaupt Europa oder die BRD erreicht. Seine Schlußfolgerungen allerdings sind problematisch: Er hielt es für unumgänglich nötig, etwas zur Begrenzung der „Flüchtlingsströme“ in die BRD zu tun. Er sagte sinngemäß, daß ein ungehemmtes Einströmen die Bevölkerung derart erregen würde, daß ihm graue. Er warnte vor naiver Gesinnungsethik, man möge an die Folgen denken. Besser sei es, Nachbarländern der von Flüchtlingsnot betroffenen Weltgegenden etwas zu zahlen, so daß diese die Aufgabe der Beherbergung wahrnehmen könnten. Dieser Plan wurde von anwesenden Flüchtlingen und Vertretern von Flüchtlingsorganisationen kritisiert. Da die Wirtschaft und die Politik der BRD Flüchtlingsnot in aller Welt produziere, sei jeder Versuch falsch, der der BRD-Politik die Konfrontation mit dem von ihr produzierten Elend erspare.

Asylrecht: Instrument konservativer Politik

Als nächster Redner sprach Dr. v. Pechmann eindringlich über die Revision der Verfassungsgrundsätze, die mit dem Angriff auf das Asylrecht verbunden sei. In einer kurzen Zusammenfassung seines

Nationale Zusammensetzung der Asylsuchenden



Das Schaubild (Pro Asyl) zeigt: Vor allem gegenüber Flüchtlingen aus der „3. Welt“ werden die Grenzen geschlossen. In Bayern stammten 1987 nur noch 27% der ankommenden Flüchtlinge aus diesen Ländern.

Vortrages heißt es: „Seit einigen Jahren stehen wir vor der Situation, daß betont nationalistische Kreise unter den Konservativen fordern, das Grundrecht auf Asyl nicht nur zu beschränken, sondern zu beseitigen, und damit eine Revision der Verfassungsgrundsätze anstreben: Der oberste Wert des staatlichen Handelns soll nicht mehr der Schutz der Menschenwürde — und daraus folgend der Schutz politisch Verfolgter — sein, sondern der Schutz und die Bewahrung des ‚deutschen Volkes‘ ...“ (1) Eine Kritik der Verfassungsinhalte, die der völkischen Propaganda Halt geben, versuchte Herr v. Pechmann allerdings nicht.

Die rechtliche Situation der Flüchtlinge

Herr Wolfgang v. Nostitz, Europaparlamentsabgeordneter der Grünen, machte die Versammlung aufmerksam auf die Herausbildung völlig unkontrollierter Exekutivorgane im europäischen Maßstab. „Die europäische Gemeinschaft hat keine Kompetenzen auf dem Gebiet des Flüchtlingsrechts. Versuche des Europäischen Parlamentes und der EG-Kommission eine solche Zuständigkeit aus der Grundrechtsbezogenheit der EG oder im Hinblick auf den Binnenmarkt 1992 abzuleiten, werden von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten vereitelt. Die Regierungsvertreter der Mitgliedstaaten behandeln die Frage der Harmonisierung des Asylrechts außerhalb der EG in der sogenannten Trevi-Runde ... Das EP hat wiederholt an der mangelnden parlamentarischen Kontrolle dieser Verhandlungen Anstoß genommen.“ (1)

Im folgenden ging Rechtsanwalt Heinhold auf die *rechtliche Situation der Flüchtlinge in Bayern* ein. Sein Fazit: „Rechtlosigkeit, Unsicherheit und Verletzung der Menschenwürde bestimmen die rechtliche Situation der Asylbewerber in Bayern.“ (1) Im einzelnen: „Das Asylrecht nach Art. 16 GG ist Bundesrecht ... Es ... scheinen sich daher meine Darlegungen darauf beschränken zu müssen, die bayerischen Ausführungsregelungen zu den Bundesgesetzen darzustellen. Und hier beginnt die erste Besonderheit: Es gibt keine gesetzlich normierten Ausführungsbestimmungen ... Der gesamte Umgang aller staatlichen Stellen mit den Asylbewerbern wird ausschließlich vom freien Ermessen, manchmal auch der Willkür der Behörden bestimmt, das freilich durch monatliche Besprechungen auf Regierungsebene mit einem Vertreter des Innenministeriums ... eine gewisse Vereinheitlichung erfährt. Diese Untätigkeit des Gesetz- und Verordnungsgebers ist kein Zufall, sondern Ausdruck der generellen Haltung der bayerischen Staatsregierung zu den Asylbewerbern. Denn jede gesetzliche Regelung — auch die repressivste — beinhaltet ein Stück Recht, das als Minimum eingeklagt werden kann.“ (1)



Abschiebung eines Flüchtlings aus Sri Lanka. Tamilen werden in Bayern zur „freiwilligen“ Rückkehr gezwungen.

Zur Unsicherheit der Asylbewerber: „Gemeint ist die Unsicherheit, die durch eine Verwaltungspraxis geschürt wird, die sich an nicht erkennbaren Kriterien orientiert, die durch Verlängerungen der jeweiligen Ausweispapiere produziert wird, die durch die erzwungene Sprachlosigkeit durch die Verweigerung von Deutschkursen gefördert wird und durch Gerüchte vielfache Nahrung erhält. Gemeint ist die Unsicherheit, die durch den oftmals rüden Ton der notorisch überlasteten Sachbearbeiter entsteht, aber auch von gezielten Drohungen von manchmal fast strafrechtlicher Relevanz erzeugt wird.“ (1)

„Als drittes tragendes Element der bayerischen Asylpolitik möchte ich die Mißachtung der Menschen und ihrer Würde nennen.“ (1) Dafür nannte er als Beispiele u.a. die erkennungsdienstliche Behandlung, die lange Wartezeit auf das Asylverfahren. „Stundenlange — gelegentlich tagelange — Wartezeiten auf den Ausländerbehörden zur Verlängerung von Aufenthaltsbestimmungen sind dann nicht blosse Schikane, wenn für diese Verlängerungen alle zwei Wochen oder auch nur jeden Monat angestanden werden muß.“ (1) Auch die grundsätzliche Lagerunterbringung verstößt gegen die Menschenwürde, ebenso wie die Sammelverpflegung etc. Herr Heinhold weitete das Thema auf die Lage der Geduldeten aus. So gibt es z.B. für Menschen aus dem Iran oder aus Sri Lanka in Bayern keine verbindliche Regelung. Iraner können abgeschoben werden, dies wird aber so nicht gehandhabt. Tamilen werden meist nicht anerkannt, bislang nicht abgeschoben, sind aber jetzt dadurch besonders verunsichert, daß Landratsämter (wie in Hof geschehen) ihnen antragen, die BRD doch „freiwillig“ zu verlassen, andernfalls sie mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen rechnen müßten.

Flüchtlinge und ihre Freunde klagen an

In diesem Teil klagten Vertreter von Initiativen im Bayerischen Flüchtlingsrat die Staatsregierung an, eine menschenverachtende, zynische und rassistische Asylpolitik zu betreiben. Eine Sprecherin des Bayerischen Flüchtlingsrates zitierte u.a. zum Beleg aus einer offiziellen Broschüre. (2) Darin wird die nachweislich widerrechtliche generelle Kürzung des Sozialhilfesatzes für Asylbewerber in Bayern um 15% offen rassistisch begründet: „Einschränkungen der Hilfe zum Lebensunterhalt sind vertretbar, soweit sie einen bestimmten, bei deutschen Hilfeempfängern ohne weiteres zu bejahenden Bedarf betreffen, den Asylbewerber und ihnen gleichgestellte Ausländer, die aus einem fremden Land oder Kulturkreis kommen, aber nicht haben.“ (2) Ähnliche Begründungen finden sich dort zur Lagerunterbringung usw. Berichte aus Weiden und München veranschaulichen mit vielen Beispielen die unerträgliche Lage des Flüchtlings in den Sammellagern und die vollkommene Rechtlosigkeit der Geduldeten. Maßnahmen zur „freiwilligen“ Rückkehr in Länder wie Libanon und Sri Lanka zeigen, daß in Bayern einiges getan wird, um die Zahl der Abschiebungen von Geduldeten — oft in den sicheren Tod — zu erhöhen.

Fazit: Daß die Grünen dieses Hearing durchführten, ist zu begrüßen. Wie allerdings im Angriff auf die Bayerische Staatsregierung weiterzukommen ist, die bislang jede Opposition zu ihrer Asylpolitik ignorieren kann, bleibt schwierig. Vielleicht wäre es sinnvoll, eine Klage gegen ihr verfassungswidriges Vorgehen gegenüber Flüchtlingen anzustrengen. Quellenhinweis: (1) Pressemappe zum Hearing; (2) „Aufnahme und Unterbringung der Asylbewerber in Bayern — Januar 1988“. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. — (lsc.maf)

Herbstaktionstage gegen die WAA

Wackersdorf. Im dritten Jahr werden die Herbstaktionstage gegen die WAA durchgeführt, heute in breiterer Aktions-einheit (BIs gegen Atomanlagen, Gruppen der Friedensbewegung, Grüne, SPD, DGB). Für den 15.10.88 ist ein Demonstrationszug, Kundgebung in Wackersdorf und ein Kulturfest geplant.

In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Keine militärische Nutzung der Atomenergie! Keine bundesdeutsche Atombombe! ... Der Wunsch nach einer deutschen Atombombe (war) die entscheidende Triebfeder des BRD-Atomprogramms. Zivile Nutzung war immer schon ein Deckmantel für militärische Zwecke. Die eingestrichenen Milliardenprofite sind eine willkommene Zugabe. Nicht zufällig ist die Auslaufzeit des Atomwaffensperrvertrags 1995 identisch mit dem vorgesehenen Betriebsbeginn der WAA. Die geplante deutsch-französische Atompartenerschaft ist Teil der politischen Rahmenbedingungen für eine öffentliche Hinnahme bundesdeutscher Kernwaffen. Wir unterstützen deshalb die Bestrebungen für eine Aufnahme des Atomwaffenverzichts in das Grundgesetz.“ — (uth)

Gemeinsame Aktionen gegen NPD

Frankfurt. Gegen die Kundgebungen und die Demonstration zum Auftakt der Kommunalwahlen der NPD am 15.10. haben mehrere Organisationen einen Aufruf verabschiedet. Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen hatte sich schon vor Bekanntwerden der geplanten NPD-Aktionen ein „Antifaschistischer Ratschlag“ unter Beteiligung von VVN, den GRÜNEN im Römer, DKP, Volksfront, einzelnen DGB-Vertretern, Schülervertretern und einzelnen Initiativen gebildet. Am 6.10.88 wurde ein „Aufruf zu Aktionen gegen das bundesweite Treffen der NPD am 15.10.1988“ verabschiedet, unter dem jetzt auch noch die Autonomen und die Vereinigung der ehemaligen Widerstandskämpfer des Nazi-Regimes stehen: „Der geplante Auftritt der Neofaschisten ist gerade in einer Stadt unerträglich, in der jeder 4. Bürger/in Ausländer ist. Es kann den deutschen und besonders den ausländischen Bürgern nicht zugemutet werden, sich mit rassistischen und Ausländer-raus-Patronen konfrontiert zu sehen ... Es ist auch unerträglich, daß der Magistrat offensichtlich das Treiben der Neonazis nicht unterbinden will. Wir erinnern daran, daß eine ähnliche Provokation der NPD vor 3 Jahren zu dem Tod von Günter Sare geführt hat ...“ Ungünstig ist, daß bislang versucht wurde, auf den Magistrat einzuwirken, daß das öffentliche Auftreten der Faschisten verhindert wird, obwohl Ansätze, wie ein Ortsbeiratsbeschuß, bestehen. — (rst)



Etwa 4000 Menschen aus dem süddeutschen Raum und aus Frankreich demonstrierten am 1. Oktober in Böblingen gegen die Militärkooperation BRD-Frankreich. An diesem Wochenende zog der Vorbereitungsstab der westdeutsch-französischen Brigade in die Böblinger Wildermuth-Kaserne ein. Die Brigade soll 4200 Mann umfassen, bis zum Herbst 1989 werden 1200 davon in Böblingen stationiert sein. — (evc)

Verfassungsschutz ist unkontrollierbar

Westberlin. Weil die Regierungsparteien CDU und FDP die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Tätigkeit des Verfassungsschutzes verzögern, zogen AL und SPD unter Protest aus dem Rechtsausschuß aus. Es geht um den letzten Verfassungsschutzbericht und die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker. Die Behörde hatte die Herausgabe von Akten verweigert und die Gerichte bemühen sich seit Jahren, die Tat I. Schipper anzuhängen. Die Regierungsparteien forderten am 29.9. ein Gutachten des wissenschaftlichen Parlamentsdienstes darüber an, ob der Ausschuß überhaupt zulässig sei. Während SPD und AL die Verfassung verletzt seien wegen der Verletzung der Oppositionsrechte, meinte die CDU-Abgeordnete Saß-Viehweger, die Arbeit des Verfassungsschutzes sei nicht geeignet, in der Öffentlichkeit erörtert zu werden. — (chk)

ÖTV ruft auf zur Demonstration

München. Die Kreisverwaltung München der Gewerkschaft ÖTV veranstaltet am 5. November 1988 Aktionen gegen den Pflegenotstand. Der Demonstrationszug führt von der Theresienwiese zur Abschlußkundgebung auf dem Marienplatz. Sprechen werden Ulrike Pernetzki-Leid vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV, Ralf Brunhöber, Vorsitzender des Bezirks Bayern, sowie betroffene Kolleginnen und Kollegen. Anlässlich dieses nun schon länger andauernden Kampfes um die Verbesserung der Arbeitssituation in den Krankenhäusern und Altenpflegeheimen hat sich in München ein ÖTV-Fachausschuß

Pflege gebildet. Zur Vorbereitung der Aktionen am 5. November 1988 hat dieser Fachausschuß verschiedene Infos herausgebracht, u.a. zu den Themen „Pflege heute — Beruf oder Skandal?“, „Stellenpläne“, „Fluktuation“. — (rul)

Veranstaltung „Das neue Ausländerrecht“

Bielefeld. Antifa-Koordination, Internationales Begegnungszentrum und die Grünen führten am 7.10. eine Informationsveranstaltung durch. Referenten waren der Vorsitzende des Ausländerbeirats, ein Mitglied der Grünen/Ratsfraktion sowie eine Vertreterin der SPD. Im Beitrag der Grünen wurden die Bestimmungen des Entwurfs erläutert. Als wesentlicher Inhalt wurde eine weitere Differenzierung der Ausländer genannt. Die Möglichkeiten der Abschiebung bei politischer Tätigkeit würden verbessert. Der Ausländerbeirat rief zur Teilnahme an einer Demonstration der IG Metall gegen die Verschärfung der Ausländergesetze am 5.11. in Dortmund auf. Weiterhin wies er auf die geplanten neuen Gebühren hin: Für Paßverlängerung 100 DM, für Aufenthaltserlaubnis 150 DM. Die Vertreterin der SPD nannte den Zimmermann-Entwurf „frauenfeindlich“ und drückte ihre Hoffnung aus, daß sich „die politischen Mehrheiten ändern“.

Unter den 40 Veranstaltungsteilnehmern waren Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder von sozialistischen westdeutschen und türkischen Organisationen und von Ausländerinitiativen, die sich informieren wollten. Ansatzweise wurde über gemeinsame Tätigkeiten gegen den Zimmermann-Entwurf diskutiert. Das soll noch vertieft werden. — (stb)

Ausländerpolitik

Demonstration gegen reaktionäre Asylpolitik

Freiburg. Im Sommer 1988 verfaßte die Politik- und Kulturgruppe Waldkirch (PuK) einen „Aufruf zur Unterstützung einer regionalen Demonstration am 29. Oktober 1988 in Waldkirch“ gegen die staatliche Asylpolitik, den sie an Organisationen, Initiativen, Parteien und Einzelpersonen sandte. Diesem Aufruf gehen zahlreiche Bemühungen verschiedenster örtlicher Kräfte in Waldkirch voraus, die Lage der dort lebenden ca. 80 Asylsuchenden zu verbessern, insbesondere bezüglich deren Unterbringung und Versorgung. Die PuK will mit dem Aufruf dazu beitragen, die regionale Zusammenarbeit gegen die Ausländer- und Asylpolitik zu verbessern.

In dem Aufruf heißt es u.a.: „Wir rufen alle im Raum Südbaden auf, den Aufruf mit den Forderungen zu unterzeichnen, aktiv zu unterstützen und für deren Verwirklichung zu kämpfen. Wir richten den Appell an alle fortschrittlichen und antifaschistischen Kräfte im Raum Südbaden, an der Entwicklung einer politischen Kampagne gegen die herrschende Ausländer- und Asylpolitik teilzunehmen. Wir rufen alle auf, in Schule, Betrieb, Gewerkschaft und anderen Bereichen tätig zu werden. Wir rufen alle auf, Initiativen in Städten zu bilden, um sich den Bemühungen, ein politisches Bündnis in Südbaden zu schaffen, anzuschließen. Setzen wir der ausländerfeindlichen, rassistischen Politik eine solidarische Politik mit den hier lebenden Ausländern und Asylsuchenden gegenüber.“

Im Aufruf werden Forderungen gegen die reaktionäre Asylpolitik von Seiten der Bundes- und Landesregierung erhoben: „Einhaltung des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte! Arbeitserlaubnis für alle Asylbewerber!“ Asylbewerber sollen das Recht auf freie, tarifvertragliche Arbeit erhalten. Die Zwangsarbeits soll weg, Sammellager und Residenzpflicht sollen beseitigt werden, ebenso die Zwangsverteilung auf Gemeinden. Weiterhin richtet sich der Aufruf gegen die Abschiebungspolitik und die Einschränkungen des Rechtswegs für Asylsuchende und fordert das Recht auf freie politische Betätigung für Asylbewerber.

Inzwischen haben zwei Treffen stattgefunden zur inhaltlichen Diskussion des Aufrufs und zur Vorbereitung der Demonstration. Auf dem ersten Treffen waren ca. 40 Einzelpersonen und Vertreter von Organisationen anwesend (u.a. Flüchtlingsrat Freiburg, Chile-Komitee Freiburg, AK 3 Welt Elztal, DKP Of-

fenburg, GEW Freiburg, AG Asyl Lörrach), die aus zahlreichen Orten in ganz Südbaden kamen. Der Aufruf wird bisher unterstützt von etlichen Zusammenschlüssen von Flüchtlingen aus verschiedenen Orten in Südbaden, von einigen Ortsverbänden der Grünen, ADW Freiburg, ADW Elztal, Aktion Jugendzentrum Waldkirch, Die offene Liste Waldkirch, Stadtzeitung Freiburg, Flüchtlingsrat Freiburg, AS Asyl Lörrach, amnesty international Waldkirch, MC Kuhle Wampe Emmendingen, Feyka Kurdistan Stuttgart, GEW Freiburg, DKP Freiburg, Chile-Komitee Freiburg, Die Grünen Freiburg, DKP Offenburg und etlichen anderen Initiativen aus dem Raum Südbaden. Die örtliche SPD unterstützt nach Angaben der PuK zwar die Intentionen des Aufrufs, will aber nicht unterschreiben.

die Flüchtlinge kommen, einzugehen. Ein Mangel des Aufrufs ist, daß er nur zu Fragen der Asylpolitik Stellung bezieht, nicht aber zur Politik der Reaktion gegen die lohnabhängigen ausländischen Beschäftigten, insbesondere zu den geplanten Gesetzen der Bundesregierung (Ausländeraufenthaltsgesetz, Ausländerintegrationsgesetz). In Waldkirch leben nach Angaben der PuK ca. 1400 ausländische Lohnabhängige, in Freiburg knapp 7000 aus den „Anwerbeländern“, die vorwiegend — selbst nach Aussagen des Freiburger Amts für Statistik — in Branchen mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen arbeiten. (In einer Waldkircher Textilfabrik arbeiten ausländische Beschäftigte z.B. vorwiegend in der Nachschicht.) Allerdings bestehen nach Auskunft der PuK Vorstellungen dahingehend, im Anschluß an die Demonstration örtliche Kongresse zu veranstalten, auf denen jeweils bestimmte Probleme im Kampf gegen die reaktionäre Ausländerpolitik behandelt werden sollen. Eine Abfolge von solchen Kongressen könnte nützlich sein u.a. auch für die Kritik der geplanten Änderungen des Ausländerrechts. — (ulb)



Die vielfältigen örtlichen Bemühungen im Kampf gegen die staatliche Unterdrückung von Flüchtlingen sollen im Raum Südbaden zusammengefaßt werden. Die Flüchtlinge selbst sind in diese Arbeit inzwischen stark eingebunden.

In der Diskussion wurde kritisiert, daß sich der Aufruf nur auf die Fragen des Aufenthalts und der Rechte der Flüchtlinge in der BRD beziehe, nicht aber zu den Fluchtgründen Stellung bezogen werde. Des weiteren wurde bemängelt, daß die Gesichtspunkte des Rassismus und der staatlichen Spaltungspolitik keinen Eingang gefunden hätten. Es wurde u.a. beschlossen, in gesonderten Flugblättern auf die Fluchtgründe und die Politik der BRD in den Ländern, aus denen

Polygram/PDO

Entlassungen und Zeitverträge

Hannover. Nach Beendigung der Wochenendschicht in der Compact Disc-Fertigung bei Philips du Pont Optical (PDO) zum 30.6.87 hatten wir geschrieben: „Der ‚bundesweit beachtete Modellversuch‘ endet mit Entlassungen auf Raten.“ Inzwischen ist die Zahl der Beschäftigten bei PDO kräftig reduziert worden: von 2 034 Ende März 87 über 1 953 Ende Juni, 1 777 Ende September und 1 745 Ende Dezember auf 1 650 Ende Juni 88. Da Ende 1989 die LP-Produktion in Hannover beendet werden soll, sind weitere Entlassungen zu erwarten. „Über auslaufende Befristungen hinaus“ kündigt der Bericht der Geschäftsleitung vom 22.7.88 die nächste Kündigung von 30 Festangestellten an. (PDO-intern, verschiedene Ausgaben)

Soweit Einstellungen vorgenommen werden, hauptsächlich befristet oder in Teilzeit. So standen bei PolyGram von April bis Oktober 87 63 Austritten (davon 18 befristete) 51 Einstellungen gegenüber (davon 49 befristete). Hinzu kommt die Vereinbarung von besonderen Flexibilisierungsmaßnahmen. So wurde für das Zentrallager ein Arbeitszeitmodell mit „Jahresfreizeitausgleich“ vereinbart. Das Modell sieht stärkere Belastung in der Saison (September bis Dezember) gegenüber den übrigen Monaten vor. Ende Mai lag der Stundenüberschuß jedoch bereits bei über 6000, so daß jetzt weitere Mehrarbeit verlangt

wird und z.T. durch Saisonarbeitskräfte aufgefangen wird. Auslaufende Befristungen werden durch neue ersetzt. Feststellungen sind nicht geplant.

Die Geschäftsleitung begründet diese Personalpolitik mit der verschärften Wettbewerbssituation und dem Preisverfall bei CDs. Gleichzeitig werden große Investitionen vorgenommen: PolyGram investiert 1988 50 Mio. DM in den Ausbau des POP-Repertoires, PDO baut seine Fabrikkapazität von 60 Mio. CDs 1988 auf 80 Mio. in den nächsten Jahren aus. Grundlage dafür sind aufgehäufte Höchstprofite aus den Jahren 83-86, an die PolyGram als „größtes Musikunternehmen in Deutschland“ und PDO als „weltweit größte CD-Fabrik“ anknüpfen wollen. (PolyGram-Info 2/88)

Bei erneutem Boom — so rechnet das Management — würde das niedersächsische Sozialministerium schon eine Neuauflage der Wochenendschicht o.ä. genehmigen. Und die neuesten PolyGram-Informationen berichten, daß in der PDO-Fabrik in den USA an sieben Tagen rund um die Uhr mit 12-Stunden-Schichten gearbeitet wird (mit anschließendem Freizeitblock von sieben Tagen). — Wenn das kein Zukunftsmodell ist! — (tri)

Lehrerstreik

Vorbereitungen an den Schulen

Hamburg. Die Vollversammlung (VV) der GEW-Vertrauensleute beschloß eine Urabstimmung für einen ganztägigen Streik am 26.10.1988, um eine Übertragung der erreichten Arbeitszeitverkürzung (1989/1990) im Öffentlichen Dienst auf die Lehrer und Lehrerinnen zu erreichen. Am 26.10. treffen sich die Ministerpräsidenten der Länder, um über die Arbeitszeitverkürzung bei Lehrern zu entscheiden. Die VV traf den Beschuß mit 90% aller Stimmen und war die bestbesuchte der letzten Jahre. Die Begründung für den Streik formuliert die GEW in einem Informationsblatt an die Eltern, indem sie sie als Arbeitnehmer anspricht:

„1912, als die allgemeine Arbeitszeit 60 Stunden pro Woche betrug, (hatte) ein Hauptschullehrer 28 Wochenstunden Unterricht zu erteilen ... 1988, da die allgemeine Arbeitszeit in vielen Bereichen schon weniger als 40 Stunden pro Woche beträgt, ... immer noch 28 Wochenstunden.“ „Wer weiß schon, daß mehr als die Hälfte der Lehrer wegen Berufsunfähigkeit vor Erreichen der Pensionsgrenze aus dem Dienst scheidet? Wer weiß schon, daß eine ständig wachsende Zahl von Lehrerinnen und Lehrern teilzeitbeschäftigt ist (an den Grundschulen schon fast die Hälfte), weil sie sich nicht mehr in der Lage sehen, die hohen Belastungen zu ertragen?“

gen?“

In Hamburg hat der Senat keine müde Mark für Arbeitszeitverkürzung bei Lehrern für den Haushalt 1989 eingeplant. Es gibt im Gegensatz zu Westberlin oder Schleswig-Holstein keine Zusage auf wöchentliche Arbeitszeitverkürzung für alle Lehrer. Die GEW fordert für Hamburg neben der Arbeitszeitverkürzung, 400 arbeitslose Kollegen auf neue Planstellen einzustellen, um eine Intensivierung der Arbeit durch Klassenzusammenlegung u.a. zu verhindern. Die Referendare unterstützen den GEW-Streik, zu dem sie selbst nicht aufgerufen sind, indem sie sich am Streiktag um acht Uhr im Studienseminar treffen und Streikbrecherarbeit (Vertretungsunterricht) ablehnen wollen.

Der Deutsche Lehrerverband teilt inhaltlich die Forderungen nach einer Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden für Lehrer mit jetzt 28 Wochenstunden Unterricht und eine Stunden für Lehrer mit 23 Wochenstunden plus Neueinstellungen; er ist aber nicht bereit, an Streikmaßnahmen teilzunehmen, sondern beugt sich dem Beamtenrecht nach klassischer Interpretation.

Die Schulbehörde droht mit dem Verbot der Urabstimmung. Die GEW-Vorsitzende dazu: „Statt ernstzunehmende Angebote zu machen, wird die Disziplinarkeule geschwungen.“ Um so wichtiger sei es, den Streik durchzuziehen. Als die Schulsenatorin Raab anlässlich des zweistündigen Warnstreiks im Frühjahr 1988 die Rechtswidrigkeit des Beamtenstreiks herausstellte, hatte die GEW auf ihre langjährige Forderung nach einem einheitlichen Dienstrecht im Öffentlichen Dienst verwiesen.

Die Presse, inclusive Springers Abendblatt auf der Titelseite, berichtete eher sachlich, zurückhaltend. Trotzdem fühlen sich einige Lehrer in der Öffentlichkeit isoliert. Umso erfreulicher ist, daß auf der VV bekannt wurde, daß einige Eltern-/räte an Grund- und Gesamtschulen die Ziele und Aktionen der Lehrer unterstützen, indem sie entsprechende Beschlüsse fassen und vor dem Streiktag Flugblätter herausgeben.

— (asd)

Siemens AG

Fertigungsbereiche werden verlagert

München. Die IG Metall München und die Siemens-Betriebsräte haben in der letzten Woche erklärt, daß die Siemens AG an verschiedenen Münchner Standorten in der nächsten Zeit mindestens 4000 Arbeitsplätze abbauen möchte. Davon betroffen seien vor allem die Siemens-Betriebe in der Hofmann-, Martin- und Balanstraße sowie am Frankfurter Ring. Dieser Personalabbau habe allerdings noch nichts mit den Umstrukturie-

rungsplänen bei Siemens zu tun. Bei der geplanten Änderung der Organisationsstruktur, die mehr „Markt- und Kunden Nähe sowie Flexibilität“ bringen soll, wird schon jetzt von der Notwendigkeit von „Mitarbeiter-Verlagerungen“ gesprochen.

Nach Informationen der IG Metall müssen besonders Hilfskräfte und weniger spezialisierte Fachleute um ihren Arbeitsplatz fürchten. Ganze Fertigungsbereiche würden verlagert werden und in München die Forschung und Zentralverwaltung zentralisiert. Im Siemens-Werk Sankt-Martin-Straße wurde für 200 Mio. DM eine neue Technologiehalle für die Chip-Fertigung erbaut, die nun leerstehe. Der Gesamtbetriebsrats-



Siemens-Beschäftigte demonstrieren gegen Wochenendarbeit.

vorsitzende Rudi Mooshammer sieht die Ursache hierfür in einer Fehlplanung. Es sei am Markt vorbei entwickelt worden. 150 Angestellte und 250 gewerbliche Arbeiter sollen im Münchener Werk Frankfurter Ring ihren Arbeitsplatz verlieren, weil zukünftig die Fertigung von Mikroprozessoren nach Villach/Österreich verlegt wird. Die Kosten sollen damit gesenkt werden und Wettbewerbsvorteile erzielt werden. Der Siemens-Konzern gestaltet so den europäischen Binnenmarkt. Die Fertigungsstätten werden in Niedriglohnzonen verlegt und in den Metropolen wird die Forschung und Führung zentralisiert. Für Niedriglöhner also kein Platz mehr. Das Haus Siemens will diesen geplanten Entlassungen etwas den bitteren Nachgeschmack nehmen und mit Abfindungen und Vorruhestand mit 55 Jahren die älteren Beschäftigten hinausboxen. Dies ist allerdings eine wesentliche Methode zur Rationalisierung und Automatisierung. Das Arbeitstempo kann dann besser gesteigert werden. Dagegen wenden sich auch IG Metall und Betriebsräte, wenn sie fordern, daß Überstunden abgebaut. Leiharbeitskräfte verringert und die Arbeitsvergabe an Fremdfirmen reduziert werden. Bei flüssigen Mitteln des Konzerns von 23 Mrd. DM erwarte man mehr soziale Verantwortung.

Quellen: SZ, 7.10.88, Bay Staatszeitung, 7.10.88 — (dl)

IWF-/Weltbanktagung

Senat und Kritiker zufrieden Wirklich ein Erfolg für alle?

Westberlin. 12000 Teilnehmer an der IWF-/Weltbanktagung, darunter etwa 1200 Journalisten, 10000 Polizisten eine Woche lang rund um die Uhr im Einsatz, darunter 2500 aus dem Bundesgebiet herbeigezogene, 80000 Teilnehmer an der Demonstration am 25.9., 6000 Teilnehmer an der abschließenden Demonstration am 29.9., mehrere Tausend Teilnehmer an verschiedenen Gegenkongressen und mehrere Tausend Teilnehmer an den vielfältigen Aktionen der IWF-/Weltbankgegner. Alle sind zufrieden?!

Der Senat ist zufrieden

Wer hätte anderes erwartet als eine positive Bilanz von Seiten des Senats: Der

deshalb nicht beliebig wiederholbar, weil sich der Senat nicht leisten kann, die Stadt nochmals unter ausnahmezustandsähnliche Verhältnisse zu stellen, zumal sie beim nächsten Mal noch verstärkt werden müßten.

Zwar funktionierten die Straßenabsperrungen, die Umleitung von Bussen klappte, die U-Bahn ließ sich „in den Dienst der Polizei stellen“, es gab so gut wie keine Störungen des Kongreßablaufs und nur unwesentliche des begleitenden Kulturprogramms. Trotzdem kann solch ein Aufwand nicht einfach wiederholt werden, weder finanziell, erst recht nicht politisch. Zum Beispiel hat der DGB-Vorsitzende Pagels die Zustände bereits am 19.9., also noch bevor die

Gegner verstanden.

Hätte es nur diese Kräfte gegeben, so wäre sie vom Senat politisch vereinnahmt worden. Entschiedene Gegnerschaft zeigten und letztendlich auch die politisch treibende Kraft der Gegenaktivitäten waren die Autonomen. Auch sie werten die Gegenbewegung als Erfolg. Dem ist insofern auch zuzustimmen, als es dem Senat nicht gelungen ist, die von ihm gewünschte Spaltung in die IWF-/Weltbank-Gegner zu tragen. Bei der vorher öffentlich betriebenen Hetze wurde dies auch von den Autonomen als durchaus im Bereich des Möglichen betrachtet. Zuzustimmen ist der positiven Beurteilung auch insofern, als die verschiedensten Aktionen und Diskussionen die Kritik an der Politik von IWF/Weltbank in weite Teile der Bevölkerung trug und Unterstützung fand.

Dazu beigetragen haben vor allem die von den Autonomen initiierten, von anderen Kräften mitunterstützten Aktionsstage während des IWF-/Weltbankkongresses. Dabei wurden ganz konkret Nutznießer und Verantwortliche der von IWF/Weltbank betriebenen Ausbeutung der Länder der Dritten Welt benannt, besucht und Informationen an Belegschaften, Kunden und Passanten verteilt. Betroffen waren davon der Siemens-Konzern, Schering, Adler-Textilien, die Allianz-Versicherung (für Hermes-Kredite), DER-Reisebüros. Daß diese Aktionen besonders den Nerv von Kapitalisten und Senat traf, bewies sich schon dadurch, daß einige der Aktionen im Vorfeld verboten, von den Veranstaltern im wesentlichen aber trotzdem durchgeführt wurden. Im ganzen als brauchbar und nützlich erwies sich auch die von verschiedenen Kräften herausgegebene Zeitung „Zahltag“, die in einer Auflage von 50000 an sechs Tagen erschien.

Kritisches

Will man die politischen Ergebnisse der Gegenkampagne beurteilen, so sollte man nicht die „Verluste“ bagatellisieren. Gerade in der Zeitung „Zahltag“, also im wesentlichen von autonomer Seite her, wurde sich oft über das Vorgehen und Verhalten der Polizei lustig gemacht. Sie wurden als kopflos, unorganisiert, chaotisch usw. bezeichnet. Dies ist so bestimmt nicht richtig. Fast 1000 Festnahmen, davon allein etwa 300 bei der „Autonomendemo“ am 29.9. (bei 6000 Teilnehmern), vermutlich in die Zehntausende gehende Personalien-Kontrollen im weiten Umfeld von Aktionen (z. B. in vielen U-Bahnhöfen), die mehrfach praktizierte Einkesselung von Demonstranten und sehr sehr viele Verletzte sind ein sehr hoher Preis, den viele nicht zu bezahlen bereit sind. Man darf sich mit dieser massiven Einschüchterung nicht abfinden! Begegnen kann man dem aber nur, wenn es gelingt, weitere Kräfte — Kräfte vor allem aus Betrieben und Gewerkschaften — zu gewinnen. — (har)



Kongreß der „Superlative“ habe der Stadt Anerkennung gebracht, diese größte Tagung sei sowohl politisch wie auch finanziell ein Gewinn für Berlin. 40 Millionen Mark haben die „Gäste“ in der Stadt gelassen, von den offiziellen 30 Millionen Mark Veranstaltungskosten bleiben zwei Drittel ebenfalls in Berlin. Eine recht armseelige Bilanz, mißt man diese „Ergebnisse“ an der Absicht, den Anspruch Berlins als Metropole und Hauptstadt „der Deutschen“ zu bestärken, Berlin zu *der* Kongreßstadt für internationale Tagungen zu machen.

Herausgestellt hat sich, daß Tagungen solchen Charakters und mit solchen Teilnehmern in Westberlin *nicht* ungestört durchführbar sind, daß sie auf ein breites Bündnis an Ablehnung stoßen. Dies obwohl sich SPD und Alternative Liste nicht grundsätzlich gegen, sondern grundsätzlich für internationale Tagungen in Westberlin aussprechen. Sie sind

Maßnahmen richtig gegriffen hatten, mit polizeistaatähnlichen verglichen.

Die IWF-/Weltbankgegner sind zufrieden

„Diepgen wertete die „umfassenden Debatten im Vorfeld der Tagung“ als hilfreich. Sie hätten das Bewußtsein für die Bedeutung der Entwicklungspolitik und die Kenntnisse darüber vertieft.“ „Insgesamt seien die Gegenkongresse durchaus eine Bereicherung für Berlin.“ (Volksblatt Berlin, 1.10.88) Das mag in den Ohren der IWF-Gegner als Hohn klingen. Ein Großteil der Veranstaltungen und der Gegenkongresse, auch der überwiegende Teil der 80000 Demonstrationsteilnehmer am 25.9. können in ihrer politischen Stoßrichtung vom Senat durchaus als im Rahmen der „Weltoffenheit Berlins“ toleriert werden, und zum Teil haben sie sich auch bewußt als Alternative und nicht als grundsätzliche

Wahlen Westberlin

AL mit Kompromiß-wahlprogramm

Westberlin. Nach dem Desaster auf der vorangegangenen Mitgliederversammlung mit nur 120 Anwesenden hat sich die AL Anfang Oktober grad noch zum Wahlkampfbeginn auf ein Wahlprogramm geeinigt. Offensichtlich ermutigt durch die erfolgreichen IWF-Aktionen waren ca. 300 Mitglieder erschienen, um einen inzwischen von Vertretern der verschiedenen Programmrichtungen ausgehandelten Kompromißvorschlag zu verabschieden und die Kandidatenliste zu den Abgeordnetenhauswahlen am 29.1.89 aufzustellen. Das Wahlprogramm wurde nahezu ohne Diskussion angenommen. Kritik kam von Bernd Köpl, Mitautor des Kompromisses und Anhänger von Parlamentarismus und Realpolitik: Man habe nur Formeln hineingeschrieben, die jeder Richtung die Fortsetzung ihrer Politik erlaube, die Mitgliedschaft sei entmündigt worden. Eine Stärke des verabschiedeten Programms und ein Punkt, über den die Richtungen nicht stritten, ist die Parteinahe gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, die Solidarität mit Asylsuchenden. Materielle Versorgung, Arbeitserlaubnis, Gleichberechtigung und speziell Wahlrecht werden gefordert. Was sind nun die Differenzen?

Die Anhänger einer revolutionären Realpolitik hatten vorgeschlagen: „Deshalb zielen die Forderungen der AL in ihrer Summe auf die Aufhebung des kapitalistischen und patriarchalen Systems und des bürgerlichen Staates. Die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ist zu beseitigen und durch eine demokratische Wirtschaftsplanung nach ökologischen und sozialen Interessen zu ersetzen. Daß diese Ziele auf gewaltfreiem Weg erreicht werden können, muß nach aller geschichtlichen Erfahrung — leider — ausgeschlossen werden ... Die AL strebt aufgrund oben beschriebener Beschränktheit parlamentarisch-gewaltfreier Strategien eine Einheit von militärem und gewaltfreiem Widerstand an.“ Damit konnten sie sich nicht durchsetzen. Auch die andere Richtung konnte ihr Konzept eines wirtschaftlichen und ökologischen Programms aus durchsetzbaren Forderungen, gewaltfreier Taktik und Parlamentarismus nicht festschreiben. Zwischen Erörterungen über die Beachtung der „Unversehrtheit des menschlichen Lebens“, auch das des politischen Gegners, und Überlegungen, daß man die Autonomen zwar kritisieren, sich aber nicht von ihnen distanzieren will, findet sich jetzt die Einsicht: „Eine von Zeit und Ort unabhängige Bewertung von Gewalt und Gewaltfreiheit verbietet sich aber allein schon im Blick auf die Geschichte. Auch die Liberalen bauten

1848 Barrikaden und es schossen Männer wie Frauen.“ Daß man kein besseres Beispiel gefunden hat, ist wohl auch kein Zufall. Zum Parlamentarismus findet man die bekannten Formeln vom Zusammenwirken der inner- und außerparlamentarischen Opposition, keine Stellvertreterpolitik, die Betroffenen selber ... „Langfristig wird nur die Überwindung dieses patriarchalisch-kapitalistischen Industriesystems eine menschenwürdige Lebens- und ökologische sinnvolle Produktionsweise ermöglichen ... Umweltzerstörung und Erwerbslosigkeit sind beide Ausdruck einer falschen Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensweise.“ Das Privateigentum anzutasten scheint demnach nicht mehr unbedingt nötig, daß das Konsumverhalten verändert werden muß, darüber bestand bei allen Entwürfen eh Einigkeit. Den Bemühungen der revolutionär-realpolitischen Richtung ist es zu danken, daß für die Arbeiter und Lohnabhängigen aufgestellte Forderungen (30-Stundenwoche, Fest- und Sockelbeträge bei Tariferhöhungen, steuerliche Entlastung niedriger Einkommen, Verbot von Leiharbeit und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen) ergänzt worden sind durch gegen die Flexibilisierung gerichtete Festlegungen: Tägliche Verkürzung, Arbeitszeit verteilt auf Montag bis Freitag. Der einzige Kandidat, der von sich sagte, er stehe für die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und der Arbeiterbewegung, landete allerdings auf Platz 15 der Liste. — (chk)

Opel Bochum

Mehr Nacht- und Wochenendarbeit

Bochum. Vor einiger Zeit hat der Opel-Vorstand angedroht, einige Tabus der bisherigen Arbeitszeitregelungen zu beseitigen. Dies ist ihm jetzt ein Stück weit gelungen: Am 16.9. hat der Betriebsrat mit 24 zu 12 Stimmen einer Betriebsvereinbarung zugestimmt, durch die der Opel-Konzern zu einem Vorreiter in punkto Flexibilisierung der Arbeitszeit wird.

Was wurde vereinbart?

1. In den Bereichen Motoren und Getriebe wird die gesundheits-zerstörende Dauernachtschicht erheblich ausgeweitet.

2. Die Band-Kurzpausen und die gesetzliche halbstündige Mittagspause werden durch Springer überbrückt bzw. gleitend genommen, die Arbeit ruht in dieser Zeit nicht mehr wie bisher für alle. Dadurch wird die Betriebsnutzungszeit auf 24 Stunden täglich ausgedehnt, die Möglichkeiten zur Erholung und zum Gespräch mit Kollegen werden drastisch eingeschränkt.

3. Bis zu den Werksferien im Juli 1989 werden in der Motoren- und in der

Getriebefertigung 34 Samstags-Sonder schichten verfahren, sofern sich die Ge schäftslage nicht verändert. Davon sind rund 1000 Beschäftigte direkt und indirekt betroffen.

4. Zusätzlich müssen 390 Beschäftigte bis Juli 1989 insgesamt 19 Nachschichten von Sonntag bis Montag verfahren, d.h. in der Nachschicht jeweils sechs Schichten pro Woche arbeiten. Da bisher die Produktion bei Opel erst am Montag um 6.00 Uhr aufgenommen wurde, ist dies ein empfindlicher Einbruch in den freien Sonntag.

Ähnliche Regelungen zu Nacht- und Sonntagsarbeit gab es schon vorher im Opel-Werk Kaiserslautern, in Bochum traten sie zum 1.10. in Kraft. Durchsetzen konnte sich der Opel-Vorstand mit nackter Erpressung: Unter der Bedingung der Zustimmung zu dem Flexi-Katalog erklärte er sich bereit, Versetzungen von Facharbeitern in die Produktion zurückzunehmen, 336 befristet eingestellte Arbeiter fest zu übernehmen und 110 mit Zeitverträgen bis zu den Werksferien 1989 neu einzustellen. Zudem kann der Konzern auf Flexibilisierungs erfolge in anderen europäischen Werken verweisen, z.B. in Spanien.

Die Betriebsrats-Minderheit verwies in Flugblättern zu Recht darauf, daß die Zustimmung gegen Beschlüsse der IG Metall verstößt und — sofern es um die Ausdehnung der Nacht- und der Sonntagsarbeit geht — den Plänen der Bundesregierung zur Verschlechterung des Arbeitszeitgesetzes Tür und Tor öffnet, indem betriebliche Fakten geschaffen werden. Ihrer Ansicht nach wären die Fest-Einstellungen bei satten Profiten und einem Rückstand von 30000 Kadett-Aufträgen anders erreichbar gewesen.

Den Opel-Vorstand hat die Zustimmung zu seinen Flexi-Maßnahmen schon zu weiteren Vorstößen ermuntert. In einem neuen Schreiben hat Vorstand Dr. Prein angekündigt, daß im Preßwerk „nur“ 108 statt 292 Beschäftigte wegrationalisiert werden sollen, wenn der Betriebsrat auch hier mehr Nacht- und Sonntagsarbeit zustimmt. — (wof)



Überkopfmontage bei Opel

Sterbehilfe

„Mein Mann will aber nicht sterben, er muß auf eine Intensivstation“

Ende April dieses Jahres muß Herr Buchner, 81 Jahre alt, wieder ins Krankenhaus eingewiesen werden. Sein Herz ist wieder zu schwach. Wasser ist in der Lunge, er leidet wieder unter schwerer Luftnot. In den letzten Jahren mußte er immer öfter im Krankenhaus behandelt werden.

Er ist eben schwer krank: Er hat Alterszucker, was aber nicht schlimm ist, wenn er nur auf sein Eis verzichtet; zwei Herzinfarkte hat er überstanden, den ersten mit 61 Jahren; wegen einer chronischen Bronchitis muß er immer Schleim ab husten, bekommt die Luft schwer durch und sein Herz wird zusätzlich belastet; mit 80 Jahren mußte er sich zum ersten Mal an der Blase operieren lassen wegen Krebs, und die geschrumpfte Blase ist ihm ein ständiges ernsthaftes Ärgernis.

Natürlich fällt es ihm schwer, mit allen diesen Krankheiten fertig zu werden. Aber leicht hatte er es nie. Als Versicherungsangestellter hatte er gearbeitet und viel schaffen müssen, um das Geld für seine große Familie zu verdienen. 1906 war er geboren, zwei Weltkriege hat er miterlebt. Glück hatte er auch gehabt, daß er das alles überstehen konnte. Und jetzt sei er halt nicht mehr der jüngste, sagt er oft, und akzeptiert die vielerlei Beschwerden und auch die Notwendigkeit, alle paar Monate ins Krankenhaus zu müssen. Die stationäre Behandlung ist eben nötig, um ihn immer wieder über den Berg zu bringen.

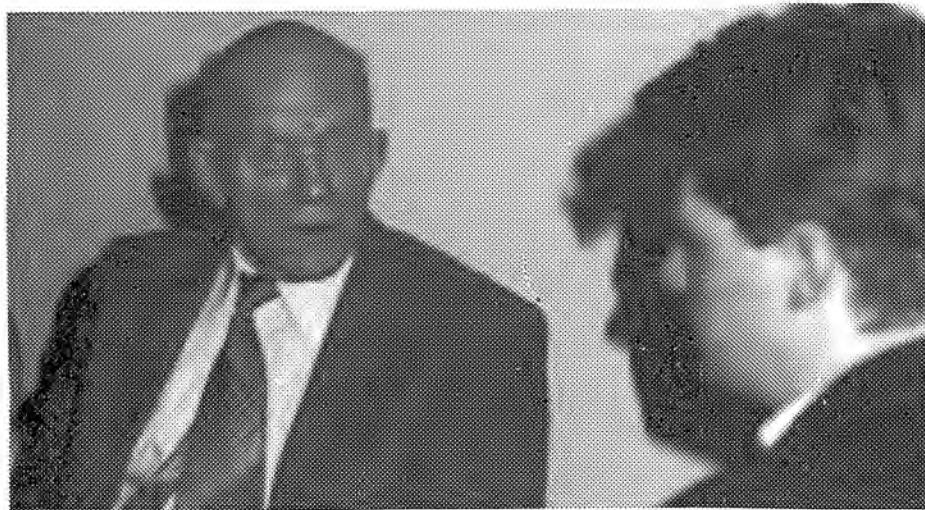
Aber im April 1988 in der Klinik Mümmelmannsberg geht es ihm nach drei Tagen immer noch nicht besser. Seine Frau tröstet ihn, aber sie hat gar nicht den Eindruck, daß sich sonst jemand über den sich verschlechternden Zustand ihres Mannes beunruhigt. Am fünften Tag findet sie ihn gut gepflegt und schön gebettet im Einzelzimmer, kaum ansprechbar. Der Arzt nimmt sich die Zeit, Frau Buchner seelisch darauf vorzubereiten, daß ihr Mann sterben würde. Das kann Frau Buchner überhaupt nicht einsehen, und sie besteht auf Verlegung in das Krankenhaus Wandsbek, wo er auf der Intensivstation behandelt werden könne. „Lassen sie ihren Mann doch sterben“, „ich würde an ihrer Stelle meinen Mann in Ruhe sterben lassen“, „wollen sie denn seine Leiden verlängern“, „er hat doch ein hohes Alter erreicht“. Frau Buchner wird massiv unter moralischen Druck gesetzt, von ihrer Forderung nach Behandlung auf der Intensivstation abzulassen. Man muß bedenken, daß sie selber 80 Jahre alt ist. Aber sie wird nur nervös und hat

schreckliche Angst um ihren Mann, weil die Ärzte die ganze Zeit, in der sie sie bearbeiten, nichts für ihren Mann unternehmen. Frau Buchner bleibt hart und kann schließlich doch durchsetzen, daß ihr Mann mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus Wandsbek auf die Intensivstation verlegt wird.

Dort fängt ein ganz junger Arzt gleich wieder an: „Wenn er mein Großvater wäre, ich würde ihn sterben lassen.“ Frau Buchner antwortet: „Dann machen sie das mit ihrem Großvater, aber nicht mit meinem Mann, der will nämlich leben und ich will das auch.“ Noch stärkere Geschütze werden aufgefahren, um die Frau zum Aufgeben zu zwingen. Sie muß unterschreiben, daß sie die Behandlung auf der Intensivstation auf eigene Verantwortung wünsche, als verlange sie etwas Unrechtes für ihren Mann.

de und sich eine 2tägige Beatmungsphase anschloß ... Während der letzten stationären Woche war der Patient unauffällig, hatte auch probeweise einen Heimurlaub komplikationslos überstanden“, heißt es in dem Krankenhausbericht. Nach 25 Tagen kann er zur zweiten Blasenoperation in ein anderes Krankenhaus verlegt werden. Nach weiteren zwei Wochen kann er nach Hause.

Stolz wie ein König fährt er im eigenen Auto zu seinem Hausarzt. Er hat es noch einmal geschafft. Er ist aber auch bedrückt. Schon länger hatte er ein ungutes Gefühl, wenn in einem Röntgenbefund oder sonst einem ärztlichen Bericht von ihm als einem „hochbetagten“ Patienten die Rede war. Niemals hatte er den Eindruck, daß sich darin etwa Respekt vor dem Alter ausdrücke oder Anerkennung der Leistung, sich so weit durchge-



Herr Buchner im Juli 1988

So etwas ist neu. Üblich ist, daß kein Arzt ohne die vorherige Aufklärung und schriftliche Einwilligung eines Patienten eine Operation durchführen darf. Im Notfall müssen Ärzte auch ohne diese Einwilligung operieren und alles tun, um das Leben des Patienten zu retten. Wenn ein Patient oder seine Angehörigen die Unterlassung ärztlicher Hilfe wünschen, z.B. eine vorzeitige Krankenhausentlassung gegen ärztlichen Rat, dann muß der Patient dafür auch selber die Verantwortung tragen und dies per Unterschrift bestätigen. Jetzt soll es gerade andersherum sein? Die Unterlassung ärztlicher Hilfe soll normal sein? Und wenn alles für den Patienten getan werden soll, bedarf es einer schriftlichen Einwilligung? wobei kurze Zeit nach Ankunft die Respirator-Therapie notwendig wur-

schlagen zu haben. Im Gegenteil, er fühlte sich abgewimmelt: Hochbetagt, was will der eigentlich noch. Er hat auch Artikel aus Zeitungen ausgeschnitten, wo die sog. Überalterung der Gesellschaft „problematisiert“ wurde. Wie viele ältere Menschen weiß er genau, daß die Schwarzen den Alten ans Leder wollen.

Jetzt hat er aber am eigenen Leib erfahren, wie man ihn umbringen wollte, bloß weil er alt und schwer krank ist; umbringen, indem man ihm angeblich Leiden erspare, in Wirklichkeit die Kosten für die Intensivstation sparen wollte. Die Beatmung war nicht schlimm, er spürte ja, wie es ihm besser ging. Schlimm war die Angst, daß sie ihn einfach eingehen lassen. Er war zwar nicht in der Lage zu antworten, aber er hat al-

les mitbekommen. Er hat mitbekommen, wie sie seine Frau gequält haben. Er hat so viel mitbekommen, daß er Angst hat, wieder ins Krankenhaus zu müssen und dann dem Kosten-Nutzen-Argument zum Opfer zu fallen.

Viel beschäftigt er sich damit, wie er seine Erfahrungen so veröffentlichen

könnte, daß es was nützt. Es muß etwas dagegen getan werden, daß das Leben der alten Leute nichts mehr wert ist. In die Zeitschrift „Politische Berichte“ kann er es schreiben, das will er auch, obwohl ihn die Auflage nicht gerade begeistert.

Aber er kommt nicht mehr dazu, sel-

ber zu schreiben. Drei Monate später geht es ihm nämlich wieder schlechter. So lange wie möglich, will er zu Hause bleiben. Nach der Einlieferung ins Krankenhaus bekommt er als erstes eine Spritze, die ihn „beruhigen“ soll, und er stirbt am zweiten Tag, am 14.9.88.

— (AGG, sul)

Aussortieren nach „Patientenqualität“

Ärzte auf einer Intensivstation im AK Barmbek schreiben „KR“ auf Krankenakten von „alten“ Patienten. Das ist die Abkürzung für „Keine Reanimation“ (keine Wiederbelebung) beim nächsten Zwischenfall. Wenn ein Oberarzt aus einem anderen großen Hamburger Krankenhaus sagt, es kämen gar nicht so viele Akutfälle zur Aufnahme, die meisten seien doch über 70, sortiert er auch mit Blümschem Maßstab. Sterbehilfe ist im Gange. Die ÖTV muß aufpassen, daß sie mit Forderungen nach „humaner Pflege“ für die Alten, nicht von der Reaktion zur Rückendeckung mißbraucht wird.

Aus: *Erklärung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen zur finanziellen Entwicklung im Krankenhaus, November 86:*

„... Ferner schlagen die Beteiligten vor, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung unter Beteiligung des Sachverständigenrates und der Länder zu bitten, gleichzeitig die Frage zu prüfen, in welchem Umfang und aus welchen Gründen ‚Fehlbelegungen‘ insbesondere mit Pflegefällen vorliegen und ggf. Wege zur Entlastung der Krankenhäuser aufzuzeigen. Hierzu bedarf es zunächst der Aufstellung eines Kriterienkatalogs hinsichtlich der Fehlbelegung. Die sich daran anschließende Erhebung in einzelnen Krankenhäusern werden die Beteiligten unterstützen.“ (Dieser Erklärung haben die SPD-regierten Bundesländer nicht zugesagt.

Aus: *Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Jahrestatuten 1987:*

„... Die stationäre Versorgung von geriatrischen Patienten erfolgt heute schwerpunktmäßig in Abteilungen der Inneren Medizin ... Die Patienten werden nicht selten technisch überpflegerisch aber unversorgt ... Eine spezielle Versorgung in Abteilungen für Geriatrie an allgemeinen Akutkrankenhäusern, in geriatrischen Krankenhäusern oder in geriatrischen Tageskliniken erscheint andererseits wegen der in Frage stehenden großen Patientenvolumina problematisch ... Eine Kosten-

senkung würde aus dieser Umstrukturierung nicht zwingend folgen, denn eine fachspezifische Geriatrie wäre möglicherweise ebenso kostenaufwendig wie es die fachspezifische Gliederung der Pädiatrie ist ... Eine Entlastung und Qualitätsanhebung des Akutsektors würde nicht nur durch eine konsequente Rehabilitierung geriatrischer Patienten in eigenen Abteilungen erfolgen, sondern auch durch die Unterbringung von Pflegefällen in dafür vorgesehenen Einrichtungen. Das kann auch im Akutkrankenhaus in speziellen Abteilungen geschehen, die dafür allerdings nicht einfach nur umbenannt werden können, da die Pflegekosten nicht von den Kassen getragen werden dürfen. Es müssen für diese Abteilungen deshalb eigene, d.h. nicht im Rahmen des Krankenhausbudgets finanzierte Pflegekräfte verfügbar sein; die medizinische Betreuung hat durch niedergelassene Ärzte zu erfolgen ... eine Erweiterung des Angebots und ein erleichterter Übergang aus dem stationären Akutbereich sind dennoch geboten

... Generell besteht ein Mangel an systematischen Qualitätssicherungsmaßnahmen und -daten. Anzustreben ist: — Eine Qualitätssicherung als ständiges Anliegen wissenschaftlicher Fachgesellschaften und ärztlicher Organisationen, eine Kontrolle der Indikation zur Durchführung von größeren diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen (second opinion), die aus Wirtschaftlichkeitsgründen von Seiten der Kostenträger Un-

terstützung finden sollten. Wirtschaftlichkeitsprüfungen durch Prüfärzte oder Prüfkommissionen nach § 373 Abs. 2 RVO sollten erfolgen ... Absehbar — wenn auch nicht in ihrer Größe — sind Einsparungen durch eine verstärkte Qualitätskontrolle: Qualitätssicherungs- und Kontrollmaßnahmen sollten ergriffen werden, um die Erbringung überflüssiger Leistungen zu vermeiden oder zurückzudrängen. Sie sind allerdings im wünschenswerten Umfang mit den verfügbaren Mitteln (gesetzlicher, personeller, institutioneller Art) und der geringen Zahl von ausreichend qualifizierten Ärzten nicht möglich. Hier müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen, die Finanzierung durch die Kostenträger sichergestellt, und es muß eine geeignete Methodik erarbeitet werden. Dabei geht es nicht nur um die Leistungserfassung und Kontrolle der medizinischen Seite, sondern auch um die Berücksichtigung der Patientenqualität ...

Aus: *Entwicklungsplanung zur fachlichen Struktur des Allgemeinen Krankenhauses Hamburg-Barmbek:*

„In der 402. Sitzung der Deputation am 18.6.1987 hat Frau Senatorin Mating mündlich über die Entwicklung in der Krankenhausversorgung in Hamburg, insbesondere über die Entwicklung der bedarfsbestimmenden Faktoren seit 1982 ... berichtet. Hervorgehoben wurde, daß die mit dem tiefgreifenden Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung zusammenhängenden Veränderungen in der Patientenstruktur zu einer permanenten Überlastung der Akutkrankenhäuser, vor allem aber der internistischen Fachabteilungen, geführt haben. Kurzfristig müssen deshalb in den Krankenhäusern zusätzliche Betten für stationäre Nachsorge durch Umwandlung vorhandener Akutbetten bereitgestellt werden ... Voraussetzung für eine derartige Strukturänderung im Leistungsangebot und für die Entwicklung einer Versorgungskonzeption für alle Krankenhäuser ist jedoch, daß die Einbeziehung eines Bettenangebotes für interdisziplinäre Nachsorge in das Leistungsangebot eines Akutkrankenhauses modellhaft erprobt wird. Kurzfristig soll diese Konzeption im AK Barmbek verwirklicht werden ...“



ÖTV-Demonstration am 1.10. in HH

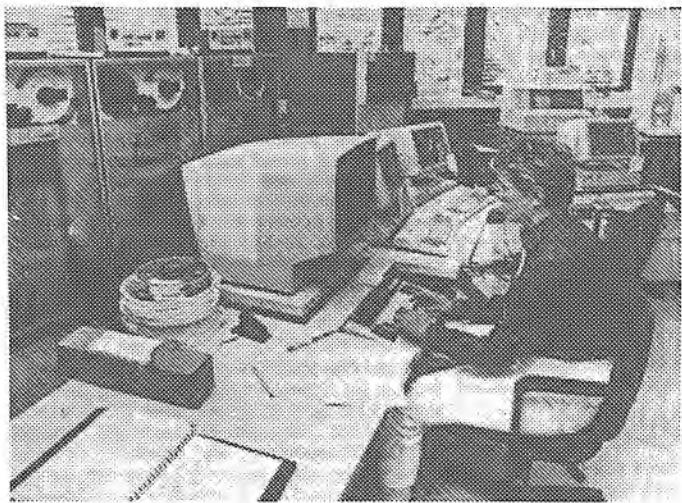
Einkommen unter Sozialhilfesatz

München. Im Stellenplan der Stadtverwaltung München aus dem Jahre 1988 sind allein 937 Stellen in der Lohngruppe I bzw. in Vergütungsgruppen IX/IXa BAT und in Besoldungsgruppe A 3 ausgewiesen. Für die Fälle in IXa BAT und Lohngruppe I wurde bereits im Jahre 1985 eine Vergleichsberechnung mit Sozialhilfeempfängern ange stellt. Dabei wurde festgestellt, daß arbeitende Verheiratete mit Kindern den Sozialhilfesatz nicht erreichen. Der Gesamtpersonalrat fordert den Wegfall dieser unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. — (rul)

Daimler-Benz will 9-Stunden-Schicht

Stuttgart. Im Werk Mannheim der Daimler-Benz AG hat der Betriebsrat vor kurzem seine grundsätzliche Bereitschaft zu 9-Stunden-Schichten ohne Überzeitzu schlag mit der Geschäftsführung vereinbart. Jetzt fordert auch im Werk Stuttgart-U ntertürkheim die Werksleitung für 350 Arbeiter 9-Stunden-Schichten ohne Überzeit zu schlag mit Freizeitausgleich in der Woche. Außerdem sollen 9-Stunden-Schichten ge

Alle Beschäftigten haben nach 50 Minuten Arbeit am Bildschirm Anspruch auf zehn Minuten Pause. Das sieht der „Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen an Geräten der Informationstechnik“ vor, den die Gewerkschaft ÖTV, Bezirk Saar, mit dem saarländischen Innenministerium und dem Kommunalen Arbeitgeberverband Saar abgeschlossen hat. Der Vertrag beinhaltet u.a.: Schwangere sind auf Wunsch von der Bildschirmarbeit freizustellen ohne Einkommenskürzung, ab 55 braucht man nicht am Bildschirm zu arbeiten. — (gba)



nerell Planungsgrundlage für neue Anlagen werden. Die Begründung gegenüber dem Betriebsrat lautet: „Kosten günstiger Produzieren ...“ Falls der Betriebsrat nicht zu stimme, werde Daimler-Benz verstärkt auf Fremdlieferer ausweichen und damit die Fertigungstiefe verringern. Auf der Gesamtbetriebsrats sitzung Mitte September eröffnete der Vorstand, daß Lohnerhöhungen nur noch auf die tariflichen Bestandteile bezahlt werden sollen und nicht wie bisher auf den Effektivlohn. Dies beträfe vor allem die Akkord- und Prämienlöhner. Quelle: „plakat“, September 1988. — (ros)



Mexiko: Ende September verstärkten die Arbeiter von VW de Mexico ihren Widerstand gegen die Rationalisierungsabsichten der VW-Geschäftsleitung. An mehreren Tagen legten ihre Streiks die Produktion lahm. Im Anschluß von VW-Arbeiter-Demonstrationen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Geschäftsleitung hatte in den vergangenen Monaten die Zahl der Beschäftigten um etwa 900 auf 10500 verringert. Ihr ursprünglicher Plan, 1800 Beschäftigte zu entlassen, scheiterte vorläufig am Widerstand der Arbeiter. Von den jetzt 10500 Beschäftigten sind 8300 Mitglieder der unabhängigen linken Betriebsgewerkschaft bei VW, die nicht dem Gewerkschaftsdachverband CMT angehört — (sie/gba. AGM)

BMW soll für Zwangsarbeiter zahlen

München. Die VVN fordert die Entschädigung der BMW-Zwangarbeiter. „Sie waren — unter unmenschlichen Bedingungen — zur Herstellung von Flugmotoren und zum Bau von unterirdischen Betonhallen eingesetzt. Die Zahl der Toten des KZ Außenlagers Allach wurde nie ermittelt“. Mindestens 10000 Zwangarbeiter hat BMW von dort für den Rüstungsbetrieb angefordert. Die VVN fordert eine Aufarbeitung der Firmengeschichte durch unabhängige Gremien, unverzügliche materielle Entschädigung und die Errichtung eines Gedenksteins auf dem Firmengelände. — (jüt)

Tarifverhandlungen bei Schlachthöfen

Schleswig. Derzeit wird auf den großen Schlachthöfen in Schleswig-Holstein Stück-Akkordlohn gezahlt, so zwischen 18 und 30 DM. Nur selten wird Stundenlohn gezahlt. Die Arbeitgeber haben im Juli einseitig die Tarife gekündigt, um auf Stundenlöhne umzustellen und somit weniger Lohn zahlen zu müssen. Vorreiter war Herr Mundt von der Fa. Hansa-Fleisch KG bei Schleswig. Im Juli haben die Arbeiter eine Stunde Warnstreik durchgeführt. Im September liefen bei Hansa-Fleisch und Annuss, Niebüll, Urabstimmungen für Streiks. 95% bzw. fast 100% der NGG-Mitglieder stimmten dafür, daß Ende September gestreikt wird. Im Herbst fallen aufgrund des Weideab

triebs regelmäßig Überstunden an. Die Arbeitgeber lenkten daher ein. Ergebnis der Tarifverhandlungen: die Tarifstruktur bleibt erhalten. Die Löhne werden zwischen 0,75 und 3% erhöht. — (sah)

Ludwig Schokolade Kettenkündigungen

Westberlin. Nachdem der Rechtsanwalt der Firma Ludwig Schokolade bereits Kettenkündigungen wie bei BMW angedroht hatte, ist jetzt eine zweite Kündigung gegen den Betriebsratsvorsitzenden Meyer ausgesprochen worden. Dieser hatte sich mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft erfolgreich gegen Sonderschichten an Samstagen und Sonntagen zum Jahresende gewehrt. Die Einnungsstelle ließ nur vier Schichten samstags und auf freiwilliger Basis zu. Auch die Musterprozesse um die Eingruppierung der Maschinenführerinnen sind der Betriebsleitung ein Dorn im Auge. — (chk)

Bücher-Auswahlliste ersetzt HBV-Kriegspreis

Frankfurt. Der Anti-Kriegspreis, seit 1981 dem größten Kriegstreiber-Schriftsteller durch die HBV verliehen, wird durch eine Auswahlliste ersetzt. „... Hetze gegen Kinder, Frauen, Ausländer, „Staatsfeinde“ und fremde Völker oder Rassen muß ... Inhalt unserer normalen Fachgruppenarbeit und der täglichen Berufstätigkeit werden.“ Die Liste wird von den Fachgruppen am 10.5. jährlich veröffentlicht. — (rst)

Interview mit Flüchtlingen

Über Abschiebungen und Leben im Lager

Karlsruhe. Am 19.8.88 hat der Flüchtlingsrat Karlsruhe mit Flüchtlingen aus der ZAST (Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) das folgende Gespräch geführt.

Alle Flüchtlinge, die nach Baden-Württemberg kommen, werden in der ZAST vor der Weiterverteilung erfaßt. Die Folgeantragsteller aus Baden-Württemberg (ihre Erstanträge wurden bereits abgelehnt) werden hier konzentriert. Insgesamt leben in der ZAST ca. 840 Flüchtlinge, die durchschnittlich über zehn Wochen hier leben. — (bab)

„Die Leute gehen zur Polizei und sind dann einfach weg“

Flüchtlingsrat: Sprechen wir zuerst über die Abschiebungen. Könnt ihr erzählen, was ihr darüber mitbekriegt habt, wie die Abschiebungen ablaufen, in welchem Umfang ...?

A.: Ich weiß nichts Genaues, aber die Abschiebungen laufen immer so mittags, daß man für die eine Sprechstunde ein Ladungspapier zur Polizeibehörde bekommt. Die Leute gehen zur Polizeibehörde und sind dann einfach weg, verschwinden. Ich glaube aber, es gibt ein Gesetz, daß wenn jemand abgeschoben werden soll, muß er eine oder zwei Wochen vorher informiert werden. Aber jetzt wird niemandem vorher Bescheid gesagt, sie kommen einfach so weg. Viele Leute von Bangladesch, von Pakistan sind so einfach verschwunden.

Flüchtlingsrat: Mit welcher Begründung wurden die Leute auf die Ausländerbehörde bestellt?

A.: Ich weiß nicht, aus welchem Grund sie bestellt wurden. Mit den Folgeantragstellern machen sie einfach die Abschiebung. Aber viele Leute sind zur Polizeibehörde weggegangen, und dann sind sie verschwunden.

„Die kommen einfach nachts ins Zimmer“

Flüchtlingsrat: Wir haben gehört, daß auch nachts Abschiebungen stattgefunden haben. Habt ihr davon etwas mitbekommen, daß nachts die Polizei ins Lager gekommen ist?

A.: Ja das ist schon häufig vorgekommen, z.B. bei einem Bangladescher, sie haben es bei ihm fast jeden Abend versucht. Z.T. versuchen sie es zwei-, dreimal die Woche. Z.B. haben Leute Angst und schlafen deshalb in einem anderen Zimmer. Wenn sie dann sehen, daß er in seinem Zimmer nicht ist, dann durchsuchen sie jedes Zimmer, nachts um zwei oder drei Uhr, zu jeder Zeit.

Flüchtlingsrat: Haben sie den Bangladescher gefunden und abgeschoben?

A.: Ja, gefunden und einfach abgeschoben, letzte oder vorletzte Woche.

Flüchtlingsrat: Die Polizei kommt dann ins Lager und durchsucht jedes Zimmer? Die kommen dann einfach nachts ins Zimmer rein und sagen „Melden, wer ist da“? Müßt ihr dann die Ausweise zeigen?

A.: Ja, die Ausweise muß man zeigen. Wenn jemand Abschiebung hat, ist sein Name bei der Polizei. Sie sagen dann seinen Namen oder einfach „Ausweiskontrolle“, nachts um 3 oder 4 Uhr, wann sie wollen.

Flüchtlingsrat: Seit wann ist das so?

A.: Schon die ganze Zeit bei Leuten aus Bangladesch, Indien und Pakistan.

Flüchtlingsrat: Zu wievielen kommt die Polizei?

A.: Zwei oder drei.

Flüchtlingsrat: Wißt ihr, wo sie hingebraucht werden?

A.: Nein, wahrscheinlich gleich ins Flugzeug in Frankfurt. Für Bangladesch und Pakistan nehmen sie, glaube ich, Frankfurt.

Flüchtlingsrat: Wird Gewalt angewandt?

A.: Nein, sie nehmen sie so mit in ihr Auto. Manchmal lassen sie sie noch die Tasche packen, manchmal nicht.

Flüchtlingsrat: Wißt ihr, wieviele Leute in der letzten Zeit abgeschoben worden sind?

B.: Ich selber habe vor drei Monaten die Abschiebung eines Mädchens aus Ghana mitbekommen. Sie ist zur Ausländerbehörde gegangen, um ihre Duldung zu verlangen, und plötzlich haben sie sie mitgenommen. Den zweiten Fall, den ich mitbekommen habe, war auch ein Mann aus Ghana. Er ging aus dem gleichen Grund zur Ausländerpolizei und kam nicht zurück. Dann habe ich noch den Fall einer Zigeuner-Familie aus Jugoslawien mitbekommen, das war vor zwei Monaten, außerdem habe ich die Abschiebung von zwei Türken gesehen. In den letzten drei Monaten haben sie ca. 15-20 Leute abgeschoben. Es kann sein, daß sie mehr abgeschoben haben, das ist nur das, was ich mitbekommen habe.

Flüchtlingsrat: Sie haben also Sinti bzw. Roma, Türken und Leute aus Ghana abgeschoben.

B.: Und Pakistani und Inder. Ich habe auch einen Mann aus Senegal gesehen. Er war erst neu ins Lager gekommen und sollte gleich woandershin verlegt werden. Er ist deshalb zum Bus gekommen und wollte einsteigen. Da waren die Polizisten und haben ihn sofort genommen. Ich habe ihn seither nicht gesehen.

„Viele von uns sind jetzt verrückt“

Flüchtlingsrat: Wißt ihr, ob es Widerstand oder Auseinandersetzungen gibt, wenn die Polizei nachts kommt?

B.: Nein, niemand kann etwas sagen, die Polizisten kommen und sagen, „Okay, wie ist dein Name, Ausweis, komm‘ mit!“ — Es gibt sehr viele Probleme, weil sie sagen, wir müssen rausgehen, das ist okay, aber dann kann man das auch nicht tun, weil es ein europäisches Gesetz gibt, das sagt, wenn man hier einen Asylantrag gemacht hat, kann man keinen mehr in Frankreich stellen oder in Österreich, und dann muß man immer hier kämpfen, und wenn jemand nicht zurück kann in sein Land, was kann er dann machen? Dann muß er warten, daß die Polizisten kommen, sie schicken ihn nach Hause, und dann zu Hause, was passiert mit ihm? Niemand weiß. Ich glaube, ich bin niemand, der sagt, ich habe Angst, aber manchmal, ich warte auch, ich weiß nicht, was passiert bei mir. Wenn die Polizisten kommen, ich weiß, ich kann nichts machen. Wir möchten nur kämpfen, daß wir hier bleiben können. Jetzt haben wir auch viel Zeit hier verloren, und man kann diese Zeit nicht mehr wiederholen. Man kann nicht mehr nach Schweden, man kann nicht in Österreich einen Asylantrag machen oder in Holland, das geht alles nicht, es geht nur hier in Deutschland. Und die Leute, die richtig Probleme haben, die können auch nicht zurückgehen. Was machen die Deutschen mit diesen Leuten? Sie sind hier seit langem. Ich habe Leute gesehen, die sind hier in Deutschland seit neun Jahren, und jetzt sind sie im Lager als Folgeantragsteller, und diese Leute haben keine Zukunft. Ich kenne z.B. die Leute, die mit mir hier waren, als ich hierhergekommen bin, und viele von uns sind jetzt verrückt, einfach so, langsam sind die Leute verrückt geworden, man kann nicht sagen, sie sind verrückt, aber man kann sehen, sie sind verrückt, deli.

A.: Ich kenne drei Leute, die waren vorher normal und jetzt sind sie verrückt. Ich habe einen aus meiner Geburtsstadt im Lager kennengelernt, da war er ganz normal, aber jetzt, wenn man mit ihm spricht, merkt man sofort, er ist ein bißchen verrückt, aber vorher war er ein ganz normaler Mensch. Er hat Kinder zuhause und die Stresssituation im Lager, und er muß immer denken, denken ... Er war vorher ganz normal, ein Mensch, und jetzt ist es ganz schlimm, ganz schlimm.

B.: Ich habe auch vier oder fünf Freunde, z.B. einen aus Tunesien, er war sehr normal und nach einem Jahr total verrückt. Einer aus Äthiopien, er ist hierher gekommen als normaler Mensch und jetzt ganz verrückt. Sie waschen ihre Kleidung nicht mehr, schneiden sich die Haare nicht, und man kann nichts mehr mit ihnen reden, sie sind ganz depressiv.

Ausstellung

Frauen fotografieren Frauenarbeit

Die Ausstellung „Frauen fotografieren Frauenarbeit“ wurde angeregt von der Gleichstellungsstelle für Frauen in Leverkusen. Sie schrieb das Projekt öffentlich aus, die Firma Bayer unterstützte. Etwa zwanzig Frauen arbeiteten seit Ende 1987 daran, darunter Frauen aus Industriebetrieben und aus dem Dienstleistungsbereich, Hausfrauen und Berufsfotografinnen. Die Ausstellung war bereits in Leverkusen zu sehen. Vom 3.11.88 bis 3.1.89 ist sie in Engelskirchen im Rheinischen Industriemuseum, im Januar voraussichtlich in München, im Februar in Windeck, im März in Minden und in weiteren Städten.

Die meisten Frauen lernten erst während der Arbeit an der Ausstellung fotografieren, Bilder entwickeln und vergrößern. Ein großes Hindernis, Frauen bei der Arbeit zu fotografieren, war das Fotografierverbot in den Betrieben. War eine Erlaubnis für eine bestimmte Abteilung erkämpft, mußten die Frauen meist ihr Vorhaben erst erklären, da die Geschäftsleitungen die Beschäftigten nicht vorher informiert hatten. Den Frauen kam es darauf an, die Anstrengung bei der täglichen Arbeit sichtbar zu machen. Schönheit und technische Perfektion waren ihnen nicht so wichtig. Unter diesem Gesichtspunkt wählten sie rund neunzig Bilder für die Aus-

stellung und den Katalog aus. In den Katalog nahmen sie zahlreiche Texte auf, die die Arbeit und die oft langjährigen Erfahrungen der Frauen erklären. Die Bilder sollen nicht für sich stehen und nur einen Augenblick darstellen, der verschieden interpretiert werden könnte, sondern durch die Erfahrungen der arbeitenden Frauen festgelegt werden.

Die Reinemachefrauen im Leverkusener Veranstaltungszentrum würdigen die verschiedenen Aussteller entsprechend dem Dreck, den sie hinterlassen. Das bedeutet Katzenhaare und Streu nach der Katzenausstellung beseitigen, Sand nach der Mineralienbörsche, Kaugummis und Alkoholspuren in einem Haus wegmachen, das unter dem Gesichtspunkt der städtischen Repräsentation, nicht aber der leichten Pflege gebaut ist.

Die Zeitungsasträgerin muß nicht nur schwer schleppen, sondern ist vielen besonderen Zumutungen ausgesetzt. In einer Straße muß sie die Zeitungen zu Fuß austragen, weil sich die Anwohner durch das Zuschlagen der Autotür und Motorenlärm belästigt fühlen. Ein Kunde will per Klingelzeichen geweckt werden, wenn seine Zeitung da ist.

Die Säuglingsschwester erinnert sich, daß sie früher gestärkte Häubchen tragen mußte, die zusätzliche Arbeit

machten und die Haare schädigten. Sie fühlt sich besonders belastet dadurch, daß sie auf der Straße dauernd von früheren Patienten angesprochen wird und nie so richtig Feierabend hat.

Aus einer Vielzahl von kurzen Interviews hört man, daß die meisten wissen, daß Frauenarbeit in der Regel schlecht

bezahlt wird. Die Vorstellung, daß Frauen zum ständigen Diensten da sind, scheint bei Männern in sogenannten geistigen Berufen wie Leitenden Redakteuren und Künstlern besonders beliebt zu sein. Taxifahrer und andere, die schwer arbeiten, sind da ganz anderer Meinung.
— (anl)



Fast kein Privatleben



Im Dienst von Bayer



Keine richtige Pause



Bei jedem Wetter draußen



Arbeit ab 3.30 Uhr morgens



Immer wieder Schmutz beseitigen



Fußpflege, auch zu Hause

Münchener Abkommen 1938

Die Partner von heute Kumpanen von gestern

Bundeskanzler H. Kohl hat vor einigen Jahren in einer kaum beachteten Rede an den Konsens erinnert, der die BRD mit den westeuropäischen NATO-Mitgliedern 1954/55 in der Westeuropäischen Union (WEU) zusammenführte. Dieser besondere Konsens hat das gemeinschaftliche Ziel der Aufrichtung eines rechtsförmig einheitlich verfaßten kontinentalen Wirtschaftsraums zur Grundlage. Aber er ist nicht darauf beschränkt: Die BRD wurde ausdrücklich als ein auf Status-quo-Überwindung hinarbeitendes Mitglied in die WEU aufgenommen, d.h. als eine Grenzrevisions-Macht.

„Die BRD treibt keine Status-quo-Politik. Und sie wird es auch nie tun . . .“

Jene eingangs angesprochene Rede hat Bundeskanzler Kohl im Zusammenhang mit den 17. deutsch-britischen Konsultationen am 27.11.1985 in der Cambridge University gehalten; ihr Thema waren die „Herausforderungen und Chancen der deutschen Außenpolitik“.

„Die Deutschen haben Europa von Anbeginn an als Vision begriffen, die auch die *politische Einheit* des Kontinents in seiner Vielfalt umfassen sollte . . . Nicht zuletzt aber bewegte uns der Gedanke, daß die schreckliche Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkrieges erst dann dauerhaft und gerecht geordnet sein würde, wenn es gelänge, die Spaltung Europas aufzuheben . . . In der praktischen Politik . . . gilt es jetzt, im kommenden Jahrzehnt den europäischen Binnenmarkt zu vollenden. Das heißt, einen Wirtschaftsraum zu schaffen . . . , der der stärkste Wirtschaftsraum der Welt sein wird . . . Wir stehen zur Einheit unseres Vaterlandes — einer Einheit, die *nur* in einer europäischen Friedens- und Freiheitsordnung vollendet werden kann. Ich wiederhole: Krieg und Gewalt sind kein Mittel deutscher Politik . . . Aber unser entschiedener Wille zum Frieden darf nicht zu dem Mißverständnis führen, wir Deutschen würden uns mit jenem Stand der Dinge abfinden, der uns aufgezwungen wurde, ohne unseren Willen und die Erfahrungen unserer Geschichte zu beachten . . . In diesem Sinne treibt die Bundesrepublik Deutschland keine Status-quo-Politik. Und sie wird es auch nie tun, denn das wäre ein Abschied von der deutschen Geschichte . . .“ (1)

Es ist zu Beginn bereits kurz darauf hingewiesen worden, daß die Bündnispartnerschaft der übrigen WEU-Mitglieder mit der BRD insbesondere die Abstützung des gemeinsamen Interesses an der ostwärts gerichteten Expansion des eigenen (westeuropäischen) Wirtschaftsraums auf die bundesdeutsche Grenzrevisions-Politik zum Inhalt hat. Die Betonung der „friedlichen Mittel“ meint die Wahrung des Friedens zwischen den Vertragsmächten — und zwar gerade im Kontext der gemeinsamen Verfolgung jener eben benannten unfriedlichen Grenzrevisions- und Annexionszwecke.

Der Frieden zwischen diesen Mächten ist bereits objektiv dadurch in Gefahr, daß das gemeinschaftliche Interesse an der Neuordnung Europas bzw. Ausdehnung der EG — also an der Abräumung der nichtkapitalistischen Gesellschaftsformationen Osteuropas — nur bei gleichzeitiger Inkaufnahme der Ausdehnung (und das heißt doch ganz konkret: der zusätzlichen Erstarkung) der BRD verfolgt und schließlich realisiert werden kann. Die wechselseitige Selbstverpflichtung auf die „friedlichen Mittel“ soll daher sicherstellen, daß die Überwindung des Status quo in Europa nicht zu den ausschließlichen Bedingungen *eines* bestimmten Vertragspartners (BRD) oder eines Teils der Vertragspartner (Westmächte) erfolgt, sondern zu gemeinsamen Bedingungen. Dieser spezifische Sinngehalt der „friedlichen Mittel“ soll die politische Kollaboration von ökonomisch konkurrierenden Kräften ermöglichen und sicherstellen. Und genau dadurch steht das als „Deutschlandvertrag“

bezeichnete Viermächteabkommen vom 23.10.1954 — in dem die BRD, die USA, Frankreich und Großbritannien fixierten, „mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland“ — in der politischen Tradition und historischen Kontinuität derjenigen Westeuropäischen Pakt-Politik, die im Viermächteabkommen von München (29.9.1938) zum Ausdruck kam. Für die Gewinnung eines geschichtskritischen Verständnisses von diesen Zusammenhängen ist es notwendig, sich in drei Schritten historisch zurückzuvergessen.

1938: Historische Vorbilder für die „friedliche Wiedervereinigung“

Die reichsdeutsche Politik der „friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands“ suchte auf der ideologischen Ebene eine Abstützung auf jene Begriffe, durch welche die politische Diskussion (v.a.) in den anglo-amerikanischen Ländern geprägt war. Dies betraf (neben dem Begriff des „Menschenrechts“) insbesondere den des „Selbstbestimmungsrechts“. Das heißt, man verwandte in Ergänzung zu den eigenen völkischen Rechtsprinzipien plus der entsprechenden Begrifflichkeit auch dasjenige „Recht, zu dem sich die Westmächte 1918 selbst bekannt hatten“. D.h. man „verwandte ... deren eigenes Verfahren ... Auf solche Weise bezog ... (man) von vorneherein im Wettstreit der öffentlichen Meinung eine ... turmhoch überlegene Stellung“. (2)

Die Politik der „friedlichen Wiedervereinigung“ gab sich als Zusammenfügung dessen, was immer zusammengehört hatte und nur vorübergehend gewaltsam auseinandergerissen worden war. Sie war „Vollzug der vom Volkswillen ... verlangten Einigung“. D.h. der föderative Gesetzesakt, der z.B. „Österreich als Land des Deutschen Reiches kennzeichnete“, war lediglich bundesstaatliche (und in diesem spezifischen Sinne: „staatsrechtliche“) Vollstreckung der längst vorhandenen (grenzen-losen) „Einheit des Deutschen Volkes“. Insofern war eine „eigentliche Anerkennung des neuen Status“ durchs Ausland „ohnehin nicht erforderlich“ — d.h. es war eine „rein innerdeutsche Angelegenheit“. Von daher war diese Politik nicht nur die Anwendung des „Volkstumsgrundsatzes als Fundament der Staatsbildungen“ (3), sondern sie sorgte durch ihre praktischen Erfolge auch für die Anerkennung dieses Prinzips als einem konstitutiven Element der Vereinigung und des Aufbaus Europas von der Mitte her.

Die Politik der „friedlichen Wiedervereinigung“ war sich ihres Charakters als Politik des „Angriffs“ auf den Bestand der mitteleuropäischen Nachbarstaaten vollständig bewußt. Denn die internationale — auf dem Status quo gegründete — Staatenwelt „hätte nie eine ‚friedliche Methode‘ für diese Einigung geschaffen oder zugelassen“. D.h. daß sie auf Duldung ihrer europäischen Neuordnungsschritte Bedacht nehmen mußte und tatsächlich auch darauf Bedacht genommen hat, und zwar auf verschiedene Weise: „Die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vollzog sich so blitzartig schnell, daß die Umwelt keine Zeit gewann, sich irgendwie einzumischen“ (2) — das war die Methode der schnellen Schaffung von vollendeten Tatsachen (Sie ist das historische Vorbild für die BRD-Politik gegenüber der DDR). „Die große Bedeutung des Münchner Abkommens lag nicht nur darin, daß es die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts ... darstellte ... Es war vielmehr zugleich der erste Anwendungsfall einer friedlichen territorialen Revision in der Nachkriegszeit, und es war symptomatisch, daß diese Revision sich nicht ... im Rahmen des Völkerbundes vollzog.“ (3) Das war die Methode der kollektiven, gemeinsam mit anderen Staaten durchgeföhrten, Neuordnung Europas (Sie ist v.a. Vorbild für die BRD-Politik gegenüber der VR Polen).

Die kollektive Status quo-Überwindungspolitik, die in jenem „ersten Anwendungsfall einer friedlichen territorialen Revision“ zum Ausdruck kam, wird in den bundesdeutschen Schulbüchern hauptsächlich entlang der damaligen britischen Europa-Diplomatie unter dem Begriff der „Appeasement-Politik“

verhandelt. Die Legendenbildung in dieser Sache beginnt schon bei der nahezu ausschließlichen Übersetzung dieses Begriffs als „Beschwichtigungspolitik“, womit ja auf der einen Seite Streit-Suchen und auf der anderen Seite Streit-Verhindern suggeriert wird. „to appease“ kann zwar mit „beschwichtigen, besänftigen“ übersetzt werden — es kann aber auch mit „(Streit) schlichten, beilegen“ übersetzt werden. Es kommt hierbei offenkundig auf den sachlichen Zusammenhang an, welche von beiden Wortbedeutungen richtig ist — d.h., welche diesen sachlichen Zusammenhang korrekt wiedergibt. Der diesbezügliche Entscheidungsrahmen enthielt bereits zur damaligen Zeit für einen unbefangenen Beobachter des Geschehens genügend Belege dahingehend, daß sich britische und reichsdeutsche Interessen — nämlich in aller erster Linie: ökonomische! — schon seit geraumer Zeit im zunehmend heftigeren Streit befanden. Und dieser Streit hatte durchaus die Qualität, daß er von beiden Seiten mit (klassischen, nämlich:) militärischen Mitteln beigelegt werden mußte. Er ist jedoch mit politischen Mitteln beigelegt worden — man hat sich sozusagen gegenseitig „beschwichtigt“, und zwar auf Kosten Dritter.

„Englischerseits glaube man nicht, daß der Status quo aufrecht erhalten werden muß“

Am 19. November 1937 hatte das mit Sonderauftrag seiner britischen Regierung angereiste Kabinettsmitglied Lord Halifax am Obersalzberg eine ausführliche Besprechung mit dem Reichskanzler A. Hitler sowie dem damaligen Reichsaßenminister v. Neurath. Im Verlaufe dieser Unterredung stellte Halifax ausdrücklich folgendes fest:

„Englischerseits glaube man nicht, daß der Status quo unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse. Man erkenne an, daß eine Anpassung an neue Verhältnisse, Korrektur früherer Fehler und notwendig gewordene Änderung bestehender Zustände ins Auge gefaßt werden müsse ... Er müsse nochmals im Namen der Englischen Regierung betonen, daß keine Änderungsmöglichkeiten des bestehenden Zustandes ausgeschlossen sein solle, daß aber Änderungen nur auf Grund einer vernünftigen Regelung erfolgen dürften ... (Sie beträfen) Änderungen der europäischen Ordnung, die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden. Zu diesen Fragen gehöre Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht würden und daß Methoden vermieden würden, die weitergehende Störungen ... verursachen könnten“.

Die seinerzeitige britische Regierung war nicht uninformiert darüber, daß die gesamte völkisch eingekleidete mitteleuropäische (auf Annexion hinzielende) Politik des „3. Reichs“ auf dem ökonomisch-politischen Expansionsdrang der reichsdeutschen Konzerne beruhte. D.h. das Bestreben dieser reichsdeutschen Kreise, sich eine zentraleuropäische Machtbasis zwecks Neuordnung Europas zu den eigenen Bedingungen aufzurichten, war der britischen Seite hinlänglich bekannt. Für ein Verständnis dessen, daß die damalige britische Regierung gleichwohl offenkundig — wie ja die Feststellungen von Halifax gegenüber Hitler deutlich machen — an einer die reichsdeutsche Seite stärkenden Status-quo-Überwindung mitwirken wollte, müssen zwei Faktoren in Betracht gezogen werden.

Westeuropäische Interesseneinheit gegen innere und äußere Bedrohungen

Die großen europäischen Kapitalinteressen — gleichgültig durch welche nationalstaatliche Regierung sie vertreten wurden — waren allesamt einheitlich betroffen von der Zurückdrängung vom Weltmarkt (4) v.a. durch die Konkurrenz der US-Konzerne. Deren ökonomisch-politische Potenz verdankte sich der Existenz ihres einheitlichen nordamerikanischen Binnenmarkts. Um gegenüber dieser Weltmarktkonkurrenz bestehen und erneut dominieren zu können, mußten die europäischen Konzerne gezwungenermaßen gleichziehen. D.h. sie mußten, wollten sie nicht Zug um Zug einzeln untergehen,

eine vergleichbare ökonomisch-politische Kontinental-Union aufzrichten. Als weitere Zwangsmittel in dieser Richtung wirkten a) der zunehmende Druck der um ihre Befreiung kämpfenden Völker in den (halb-)kolonialen Gebieten rund um den Erdball. Und b) die Aufrichtung nichtkapitalistischer Gesellschaftsordnungen im Verband der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie die auf Volksfrontregierungen hinzielenden Bestrebungen der Arbeiterbewegung in verschiedenen westeuropäischen Ländern (v.a. Spanien und Frankreich).

Alle diese Elemente wirkten als objektiv vereinheitlichender Druck in Richtung auf Kollaboration zwecks Wahrnehmung gemeinsamer — und das hieß: westeuropäischer — Interessen gegenüber diesen inner- plus außereuropäischen Bedrohungen.

Die britische und französische Seite hatten im Vorfeld des Münchener Abkommens von 1938 bereits eine erhebliche Dichte der westeuropäischen Kollaboration mit der reichsdeutschen und italienischen Seite erreicht. Vor diesem Hintergrund kann nunmehr die britische Bereitschaft, an einer Status-quo-Überwindungspolitik mitzuwirken, die zu einer Stärkung der reichsdeutschen Seite führen mußte, besser begriffen werden. Die Regierung des Premierministers Chamberlain verfolgte eine Linie der Neuordnung Europas, die auf die Regulierung der innereuropäischen Konkurrenz hinzielte. Diese Regulierung sollte sich auf das in München besiegelte Viermächteabkommen stützen. Sie stellte praktisch die sektorale Vereinigung Europas durch das wechselseitige Zugeständnis von Interessensphären dar, in denen zwar jeweils eine der Westmächte die dominierende Position zugestanden erhielt — die aber *kein exklusives Recht* auf diesen Teil des europäischen Binnenmarktes begründen sollte. Dieses europäische Neuordnungsinteresse zielte somit tatsächlich auf die *politische Unterbindung des militärischen Austrags der innereuropäischen ökonomischen Konkurrenz* (d.h. auf den heutigen Zweck der WEU im Kontext der EG).

In einer Unterhausrede am 2.12.1938 befaßte sich der Sekretär der Überseeabteilung des Handelsministeriums, Hudson, mit der reichsdeutschen Konkurrenz im europäischen Binnenmarkt:

„... In Mittel- und Südosteuropa scheine die Grundlage des deutschen Handelns die zu sein, die Erzeugnisse dieser Länder weit über dem Weltmarktpreis zu bezahlen. Durch diese Methode sowie durch eine Ausfuhr der deutschen Waren unter den Gestehungskosten bekomme Deutschland diese Länder wirtschaftlich in seine Hand. ... Die deutschen Handelsmethoden würden ... auch von anderen Ländern als nachteilig angesehen. Es sei notwendig, diesen Methoden ... ohne Glacéhandschuhe zu begegnen. Englands Ziel sei es nicht, einen Handelskrieg mit Deutschland zu führen. Wenn es aber für England keinen anderen Weg geben sollte, um den erwähnten Methoden entgegenzutreten, so werde es auch nicht davor zurückschrecken. Am wünschenswertesten wäre ein Handelsabkommen mit Deutschland auf angemessener Grundlage.“
(5)

Die Ausführungen dieses politischen Vertreters der britischen Konzern-Interessen (im mittel- und südosteuropäischen Binnenmarkt) müssen vor folgendem Hintergrund eingeordnet werden:

„Die Bildung eines deutsch-südöstlichen Großwirtschaftsraumes war (bereits 1936/Red.) in seinen Grundzügen Wirklichkeit geworden ... War die Zeit von 1934/35 vornehmlich eine Periode gewesen, in der Handelsverträge mit den Südoststaaten die Prinzipien von 1933 (z.B. Konzentration der Futtermittelherstellung auf dem Balkan/Red.) zu verankern hatten, so ist das Jahr 1936 als das Jahr der erfolgreichen Bewährung anzusehen ... Da die programmgemäße Anpassung des Südostraumes an die deutschen Wirtschaftsinteressen bereits 1933 planmäßig in die Wege geleitet wurde und sich bisher nur bestens bewährt hat, dürften Erschütterungen nicht zu erwarten sein. Im Gegenteil, trotz neuerlicher Versuche Englands, von der Türkei aus in die südosteuropäische Wirtschaft einzudringen, wird Deutschland seine Führerrolle als der Groß-

donaustaat auch weiterhin behaupten ...“ (6)

Für diese reichsdeutsche Wirtschaftspolitik gegenüber den Balkanstaaten war in erster Linie das Kabinettsmitglied H. Schacht verantwortlich. Er war bereits 1923—1930, sowie ab 1933 als Reichsbankpräsident und ab 1934 als Reichswirtschaftsminister tätig gewesen. In den Jahren 1936/37 führte er mit der britischen Seite Verhandlungen, die u.a. einen Interessenabgleich zwischen der britischen und deutschen Seite zum Gegenstand hatten. (7)

Das weiter oben zitierte britische Kabinettsmitglied Hudson, dessen Position tatsächlich die eines Übersee-Handelsministers (und somit eine, in Anbetracht der Bedeutung des Empire-Wirtschaftsraums für Großbritannien, einflußreiche Stellung) war, führte später (im Sommer 1939, sechs Wochen vor dem Überfall der Wehrmacht auf Polen) streng geheime Verhandlungen mit der reichsdeutschen Seite „über die Abgrenzung der deutschen und englischen Interessensphären und über die Möglichkeit, auf den gemeinschaftlichen Märkten sich nicht totzukonkurrieren“. (8) Es ging somit sowohl im Jahre 1938 wie auch im Jahre 1939 um kartellähnliche Absprachen zwischen den durch ihre Regierungen vertretenen Konzernen der Münchener Viermächte-Koalition. Genauer: es ging um die Verhinderung des militärischen Austrags der ökonomischen Konkurrenz durch politische Regulierung. Die Einteilung der Absatzmärkte, insbesondere die Einteilung der europäischen Märkte in einander zugestandene „Interessensphären“ stellte ein solches Mittel der politischen Regulierung der ökonomischen Kriegsführung der hier zur Rede stehenden Konzerne dar. Und in *diesem* Kontext kann die indirekte (Österreich) und direkte (Tschechoslowakei) Mitwirkung der britischen Seite an den Status-quo-Überwindungen des Jahres 1938 begriffen werden. Die Einverleibung der beiden Nachbarstaaten ins Großdeutsche Reich mußte die ökonomisch-politische Hegemonialstellung der reichsdeutschen Konzerne über Mittel-/Südosteuropa sicherstellen. (9) Die indirekte und direkte Mitwirkung an diesen Annexionen sollte die britischen und französischen Konzerne vor der endgültigen Ausschließung von diesem Teil des europäischen Binnenmarktes bewahren. Die britische (und französische) Linie der europäischen Neuordnung wurde von Lord Halifax in der 2. britisch-französischen Regierungsbesprechung (in London 28./29.4.1938) so formuliert: Die reichsdeutsche Seite könne wählen zwischen der 100prozentigen Durchsetzung des eigenen Interesses in Mitteleuropa — dies würde Krieg zwischen den westeuropäischen Mächten (des späteren Münchener Abkommens) bedeuten. Oder der 60—70prozentigen Durchsetzung ihres Interesses, gestützt auf die britisch-französische Mitwirkung — dies würde den Frieden zwischen den westeuropäischen Mächten bewahren. (10) Dies war der ökonomisch-politische Sinn des Viermächtepakts von München — und dies ist der ökonomisch-politische Sinn des „Deutschlandvertrages“ vom 23.10.1954.

(1) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 135/1985. Hevorhebungen im Original; (2) F. Stieve, Die außenpolitische Lage Deutschlands von Bismarck bis Hitler, Langensalza, 1940; (3) Jahrbuch f. Auswärtige Politik, Berlin, 1939, S. 83; (4) W. Schlote, Zur Frage der sogenannten „Enteuropäisierung“ des Welthandels, in: Weltwirtschaftliches Archiv 37. Bd. (1933 I), S. 381-411; (5) Keesings Archiv der Gegenwart, Jg. 1938, S. 3831; (6) R. Busch-Zantner, „Deutschland und Südosteuropa 1936 — Ein wirtschaftspolitischer Rückblick“, abgedruckt in der Zeitschrift „Deutscher Lebensraum“, Nr. 4/1937, S. 137-139; (7) Documents on British Foreign Policy 1919-1939; Second Series, Volume XIX, London 1982 — S. 819 ff.; (8) Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges/Band II. Das Archiv Dirksens 1938-1939. Herausgegeben vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR/Moskau 1949, S. 66; (9) Keesings Archiv d. Gegenwart / 2.8.1938 („Südoström-Frage“), S. 3661; (10) s. (7), S. 228.
Der Artikel ist gekürzt einem Abschnitt der Broschüre „Das deutsche Kapital im zweiten Anlauf auf die „Neuordnung Europas“. Etappen der Entfesselung des 2. Weltkriegs“ entnommen, die von der Zentralen Arbeitsgruppe Antimilitarismus der Volksfront herausgegeben wird. Sie erscheint jetzt im Verlag GNN, Köln. Preis 5 DM

Gewerkschaftlicher Widerstand

Aktionswoche des DGB setzt Regierung unter Druck

Der Bundesregierung kommt die gewerkschaftliche Kritik, wie sie jetzt konzentriert in einer Aktionswoche des DGB ab dem 15. Oktober vorgetragen werden soll, ungelegen. Zahlreiche Gesetzesvorschläge befinden sich in Vorbereitung oder bereits in der parlamentarischen Beratung und Beschußfassung, die jetzt vom DGB öffentlich angegriffen werden: das Ausländergesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, die Gesundheitsreform, der Dienstleistungsabend und Ladenschluß, die Postreform und das sog. Beratungsgesetz zur schärferen Verfolgung von Schwangerschaftsabbrüchen. Kohl sprach von der „Feindschaft“, die ihm aus den Gewerkschaften entgegenschlage, und versuchte so Druck zu machen auf die CDU-Anhänger in

der DGB-Mitgliedschaft. Die eher heftige Reaktion mag auch daher röhren, daß Kohl seinen Plan gefährdet sieht, den DGB chauvinistisch in einen Sozialpakt mit den Kapitalisten im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt einzubinden. Tatsächlich ist ein gewisser Fortschritt in der Kritik des DGB an der Bundesregierung erkennbar. Waren in den vergangenen Jahren, die DGB-Aktionen meist davon geprägt, durch eine kampagnenartige Mobilisierung an einem Thema „die Wende zu wenden“, ist jetzt doch eher ein Bemühen zu erkennen, die vielfältigen und verschiedenen gewerkschaftlichen Widerstandskräfte gegen die Regierungspolitik zu sammeln und zu stärken. — (alk, cls, irs, rst, rub)

Wir haben nebenstehend ziemlich ausführlich aus dem Anfang September vom DGB-Bundesausschuß verabschiedeten neuen Aktionsprogramm dokumentiert, weil es einige Anhaltspunkte für den gewerkschaftlichen Widerstand hergibt, zugleich aber auf einen bedeutenden Mangel hinweist. Gegenüber „grenzenloser Differenzierung und Deregulierung“ finden viele Schutzforderungen Eingang in das Aktionsprogramm:

— Der DGB fordert gesetzliche Schranken für Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit, er ist gegen die Ausdehnung der Sonntagsarbeit und für Mindestbedingungen bei Teilzeitarbeit.

Unter dem Stichwort „Die Arbeit muß menschengerecht gestaltet werden“ finden sich Forderungen, die geeignet sein könnten, das vom DGB gewünschte Bündnis verschiedener Schichten der Lohnabhängigen herzustellen. Sie richten sich sowohl gegen brutale körperliche Auslaugung der Arbeitskraft als auch gegen ausgeklügelte Hierarchien und Kontrollmechanismen, wie sie in Verwaltungstätigkeiten üblich sind.

— Die vom DGB verlangte umfassende Einbeziehung gesundheitlicher Schädigungen in die gesetzliche Unfallversicherung würde dem hemmungslosen Raubbau, den die Kapitalisten mit der Arbeitskraft betreiben, einen gewissen Einhalt bieten können.

— Unter dem Titel „Für eine lebenswerte Umwelt“ findet man, daß die Kapitalisten stärker haften und die Betriebs- und Personalräte mehr Kontrolle bei gefährlichen Stoffen u.ä. bekommen sollen.

Trotz solcher positiver Forderungen (die wir aus Platzgründen leider nicht alle abdrucken können), zeigt sich in dem Aktionsprogramm — neben dem Ärgernis, daß die Belange ausländischer Arbeiter wegen „Integration“ zu erfüllen seien — als große Schwäche die Kritik an der reaktionären Sozialpolitik:

Die CDU kann sich freuen, daß die Überwälzung von Kindererziehung aus öffentlichen Einrichtungen in die Famili-

lien Eingang ins DGB-Programm findet mit der Forderung nach Elternurlaub, zu finanzieren aus dem Staatshaushalt, in der Höhe orientiert am Arbeitslosengeld, was denen, deren Lohn sowieso nicht reicht, nichts nützen kann. Bei der Rentenversicherung findet sich ohne Unterschied zu Blüm die Feststellung von der „demographischen Belastung“, die von allen zu tragen sei — es ist also kein Zufall, daß jetzt bei den angekündigten Herbstaktionen jegliche Kritik an den Regierungsplänen zur Herabsetzung der Rentenhöhe und Heraufsetzung des Rentenalters fehlt. Zur Gesundheitsreform fällt dem DGB bloß ein, daß die „Anbieter von Gesundheitsleistungen“ stärker zu kontrollieren und schlechter zu bezahlen seien. Bei der Sozialhilfe, deren Erhöhung zwar gefordert wird, fehlt, daß sie wegen fehlender Versicherungsleistungen ein wesentliches Druckmittel gegen die Armen bildet.

Es ist kein Zufall, daß die Entwicklung kritischer Positionen dort schwach bleibt, wo es um die Höhe von Repro-

duktionsleistungen geht. Im ganzen Aktionsprogramm des DGB findet sich zu der eigentlich klassischen Aufgabe gewerkschaftlicher Politik, dem Kampf um die Lohnhöhe, nichts als die Forderung, daß der Anteil der Lohnabhängigen „am Ertrag ihrer Arbeit“ zu erhöhen sei, gleich noch relativiert, daß hierzu auch der Staat Sorge zu tragen habe. Was aber, wenn der „Ertrag der Arbeit“ wegen Rückgang der Konjunktur sinkt, oder, wie die Kapitalisten landauf, landab behaupten, für die Stärkung ihrer Position auf dem europäischen Binnenmarkt benötigt wird? Es ist gefährlich, dieser Verzicht auf Forderungen, die auf die Hebung des Lohnstandards zielen, und das schlicht aus den Notwendigkeiten der Reproduktion begründet. Die langlaufenden Tarifabschlüsse in zahlreichen Branchen haben inzwischen dazu geführt, daß in einer Reihe von Arbeiterhaushalten einfach das Geld fehlt — treten hier die Gewerkschaften nicht bald in Aktion, wird alles andere als schwache Bittstellerei abgetan werden.

Mehr Betriebsgemeinschaft, weniger Gewerkschaft

Nach der Sachverständigenanhörung zur geplanten Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) am 28.9.88 im Bundestag wird in der Öffentlichkeit der interessierte Eindruck verbreitet, Nutznießer und vollständige Befürworter des Artikelgesetzes seien nur besondere, kleine Klientel der Regierungskoalition, so die Union der Leitenden Angestellten (ULA) oder der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB). Tatsächlich gingen in der Anhörung die Ansichten querbeet, z.B. forderte ein Betriebsrats-Vorsteher der Plakat-Gruppe bei Daimler-Benz Stuttgart mehr Mitbestimmung bei neuen Technologien, befürwortete aber auch den vorgesehenen „Minderheitenschutz“ im Betriebsrat. Die Kapi-

talisten und ihre Verbände können sich fein heraushalten und mit angeblichem Desinteresse an der Sache hausieren. Nur die DGB-Gewerkschaften lehnten den Entwurf rundweg ab. Obwohl es in der gewerkschaftlichen Literatur viel nützliche Kritik gibt, die die von den Konzernen mit dem Gesetz verfolgten Absichten ruchbar macht, kommt der gewerkschaftliche Widerstand nur schwer in die Gänge. Die Gewerkschaftsvorstände malen den Kapitalisten heraufziehendes Chaos und Anarchie in den Betrieben aus, wenn ihre Betriebsräte ihre „Ordnungsfunktion“ durch die Förderung von Minigruppen und extremistischen Kräften einbüßten. Sie setzen auf Gehör dafür bei anstehenden Spit-

Aus dem Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Präambel

... Die anhaltende Beschäftigungskrise, schwerwiegende Branchen- und Regionalprobleme, ein tiefgreifender technologischer Wandel und Entsolidarisierungstendenzen in der Gesellschaft stellen — nicht nur — die Gewerkschaften erneut vor schwerwiegende Herausforderungen.

Gleichzeitig ändern sich die Lebensumstände der Menschen und die Strukturen der Wirtschaft. Die Zahl der Angestellten wächst, sowohl in der Industrie als auch durch die sich ausdehnenden Sektoren der privaten und öffentlichen Dienstleistungen. Sowohl im Betrieb als auch in der Familie und im gesellschaftlichen Raum wandeln sich Verhaltensweisen und Wertvorstellungen ...

I. Das Recht auf Arbeit muß verwirklicht werden

Sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften eine zentrale Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben ... *Vollbeschäftigung und Lebensqualität durch qualitatives Wirtschaftswachstum ...*

Arbeitsmarktpolitik verbessern und konzentrieren

... Zur Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit fordert der DGB insbesondere: — Eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Arbeitsmarktpolitik und an den Kosten der Arbeitslosigkeit durch öffentliche Zuschüsse an die Bundesanstalt und die Übernahme eventueller Defizite der Arbeitslosenversicherung durch den Bund; — eine stärkere finanzielle Beteiligung der privaten und öffentlichen Arbeitgeber an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung ...

Arbeitszeitpolitik im Arbeitnehmerinteresse

... 1. Die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich ist für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verwirklichen.

Überstunden und Mehrarbeit sind auf ein unerlässliches Maß zu beschränken. Hierzu muß die gesetzliche Höchstarbeitszeit für alle Beschäftigten herabgesetzt werden ...

Auch Schichtarbeit sowie Nacharbeit sind auf das unerlässliche Maß zu beschränken und Mehrfachbelastungen im Schichtbetrieb abzubauen. Die bestehenden Nacharbeitsverbote müssen gesichert werden ...

Arbeitszeitsysteme, die Interessen der Beschäftigten ausschließlich der Optimierung des Betriebsablaufs oder der Kapazitätsauslastung unterordnen, die reine Leistungsverdichtung bewirken oder Arbeitgebersrisiken auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abwälzen, müssen abgewehrt werden ...

Das freie Wochenende muß erhalten bleiben. Eine Rückkehr zur Samstagsarbeit wird abgelehnt. Ist Arbeit am Wochenende im gesellschaftlichen Interesse oder aus technologischen Gründen unvermeidbar, so ist nicht nur die 5-Tage-Woche einzuhalten, sondern es sind auch regelmäßig Wochenenden freizuhalten. Das Sonn- und Feiertagsarbeitsverbot darf nicht aufgelockert werden.

2. Vorruhestandsregelungen sind zu verbessern und fortzuführen ...

3. Für Teilzeitarbeit sind Mindestbedingungen durchzusetzen und durch tarifvertragliche und gesetzliche Regelungen eine vollwertige Absicherung von Teilzeitbeschäftigten zu gewährleisten ...

4. Für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muß ein mindestens sechswöchiger Erholungsurlaub sichergestellt werden.

5. Es muß ein Rechtsanspruch auf einen dreijährigen Elternurlaub, der wahlweise von der Mutter oder dem Vater genommen werden kann, verwirklicht werden. Während dieser Arbeitsunterbrechung ist ein Lohnausfall-Ersatz aus öffentli-

chen Mitteln in Höhe des Arbeitslosengeldes zu zahlen, und der Arbeitsplatz ist gesetzlich zu sichern ...

Die Chancengleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen

... In allen Betrieben sind Frauenförderpläne aufzustellen und zu verwirklichen ...

Die Einkommens- und Vermögensverteilung muß gerechter werden

... Der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Ertrag ihrer Arbeit muß erhöht werden, der Lebensstandard ihrer Familien steigen. Sowohl die aktive Tarifpolitik als auch die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen dieses Ziel verpflichtet bleiben ...

II. Für eine lebenswerte Umwelt ...

III. Die Arbeit muß menschengerecht gestaltet werden

... Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe sind so zu gestalten, daß — ganzheitliche, abwechslungsreiche und qualifizierte Tätigkeiten in einer gesundheitsgerechten Arbeitsumgebung geschaffen werden, — die Kreativität und Verantwortung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefördert wird — Zeiträume für die persönliche Erholung und menschliche Kommunikation zur Verfügung stehen, — überflüssige Hierarchien abgebaut, Überwachung und ständige Kontrollen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgeschaltet und Einflußmöglichkeiten des einzelnen auf seine Arbeitsbedingungen, seine Arbeitsinhalte und Arbeitsumgebung geschaffen werden ...

Arbeit und Gesundheit

... Ein Arbeitsschutzgesetz ist zu verabschieden, in dem an Stelle der jetzigen unverbindlichen Regelungen zwingende und von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einklagbare Schutzmaßstäbe verankert werden ... Genetische Ausforschungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Zusammenhang mit ihren Arbeitsverhältnissen sind zu verbieten ... Das Berufskrankheitsrecht ist umfassend zu reformieren, vor allem mit dem Ziel, alle arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren in die Aufgabenstellung der gesetzlichen Unfallversicherung einzubeziehen ...

IV. Den Sozialstaat sichern und ausbauen

... Die soziale Schutzfunktion des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe ist wiederherzustellen und auszubauen ...

... Die Sozialhilfe muß ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren. Hierzu ist ihre deutliche Erhöhung unerlässlich ... Das Gesundheitssystem braucht eine verbindliche Orientierung sowie eine interessensübergreifende Gesundheitspolitik, um Versorgungsmängel gezielt zu beseitigen und die Mittelverwendung nach notwendigen Prioritäten festlegen zu können ... Belastungen im Zusammenhang mit der demographischen und ökonomischen Entwicklung sind ausgewogen auf Beitragszahler, Bund und Rentner zu verteilen ...

Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte erweitern ...

Die Integration ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien vorantreiben ...

Chancengleichheit durch Bildung und Ausbildung verwirklichen ...

Neue Medien, Kultur und Freizeit sinnvoll gestalten ...

Verbesserung des öffentlichen Dienstleistungsangebots ...

V. Unser Auftrag

... Der Schwerpunkt gewerkschaftlichen Handelns ist die Tarifpolitik. Mit ihr — nicht zuletzt durch den erfolgreichen Kampf für Arbeitszeitverkürzungen — haben die Gewerkschaften Wege für eine soziale Gestaltung der Zukunft eröffnet ... Tarifverträge müssen auch weiterhin vor grenzenloser Differenzierung und Deregulierung schützen ... Der DGB und seine Gewerkschaften werden den Staat aus seiner konkreten Verantwortung für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen nicht entlassen. Nur indem auch der Staat eine Politik verfolgt, die eine soziale, humane und demokratische Zukunftsperspektive eröffnet, sind Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle erreichbar ...

zengesprächen und Verhandlungen.

Ein lange vorbereitetes Projekt

Bereits bei der Verhandlung um das gelörende BetrVG 1972 im Bundestag brachte die CDU/CSU-Fraktion die jetzt geplanten Regelungen in ihren Oppositionsentwurf ein. Zusätzlich forderte sie damals:

— Bindung des passiven Wahlrechts zum Betriebsrat an das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag bzw. an EG-Recht, was Ausschluß der großen Masseturkischer, griechischer und jugoslawischer Arbeiter aus den Betriebsräten bedeutet hätte.

— Einführung betrieblicher Arbeitsgruppensprecher, was auf die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper abzielte.

Über die leitenden Angestellten spekulierte die CDU/CSU 1972 so: „Sie sind zum großen Teil überhaupt der Motor des betrieblichen Geschehens ... Gewähren Sie einer staatstragenden Gruppe endlich ihre eigenen Vertretungsrechte.“ Die FDP sah eine „stürmische Entwicklung der leitenden Angestellten“ hin zu einer „besonderen soziologischen Gruppe“ und formulierte Thesen dazu in ihren Freiburger Leitsätzen. Die Kapitalistenverbände setzten sich für gesetzli-

den Sprecherausschuß nicht vorgesehen sind, ist auch bei gesetzlicher Regelung keine Beeinträchtigung der Unternehmensführung zu befürchten.“ Zusätzlich interessant macht den Sprecherausschuß für die Konzerne die Züchtung eines richtigen Elitedenkens unter den Akademikern:

„Die leitenden Angestellten sind unverzichtbar für die Infrastruktur und den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen ... es sind im wesentlichen die leitenden Angestellten, die wirtschaftliche Signale geben, empfangen und auswerten, die Markt und Marktwirtschaft erst möglich machen“ (ULA).

Manager — Oberaufsicht für Betriebsräte

Der geschickte Dreh des geplanten Gesetzes liegt darin, daß es den leitenden Angestellten nicht mehr definiert als eng über seine Funktion an die Unternehmensleitung gebunden, sondern funktionale Kriterien, z.B. die Höhe des Gehalts, einfügt. In der Tendenz soll die Zahl der Leitenden so ausgedehnt werden auf das mittlere Management mit dem Ziel, die werktätige Intelligenz der Zusammenarbeit mit den restlichen Lohnabhängigen und dem Schutz des BetrVG zu entziehen. Die Konzerne wollen die Intelligenz unter ihrer Füh-

Neuregelung der Wahlrechtsbestimmungen zu den Betriebsräten tatsächlich mehr Demokratie versprechen. Die Halbierung der notwendigen Unterschriften zur Einreichung von Listen zur Betriebsratswahl wird vor allem die Bildung „betrieblicher Listen“ unabhängig von den Gewerkschaften attraktiv machen.

Durch die Ermöglichung der Besetzung von Ausschußpositionen und von Freistellungen im Betriebsrat auch für solche Listen, wird der Betriebsrat aber erst richtig interessant für Pöstchenjäger und Karrieristen — und für die Kapitalisten.

„Der Betriebsrat selbst wird als Opfer unmittelbarer personeller Beeinflussung durch die verschiedenen Quotierungsregelungen für den Arbeitgeber noch interessanter, als er jetzt schon ist. Gelingt es dem Arbeitgeber, eine ausreichend starke Fraktion zu fördern, so hat er sie nicht nur im Gesamtremium. Die Fraktion hat sogar gesicherte Ansprüche auf Ausschußplätze und Freistellungen. Damit wäre dann kaum mehr eine Tätigkeit des Gremiums ohne personell verankerten Unternehmereinfluß und gesicherte Unternehmerkontrolle möglich ... Die Öffnung der betrieblichen Interessenvertretung für verstärkten Arbeitgebereinfluß und die damit zwangsläufig einhergehende Lösung der betrieblichen Verankerung der Gewerkschaften spricht für ein grundsätzliches Kalkül ... Sie suchen in Sprecherausschüssen und Minderheitenschutz ein Instrument, um den Gewerkschaften das Standbein im Betrieb abzuschlagen. Sie wünschen sich ‚neutrale‘ Betriebsräte, die den Gewerkschaften die überbetriebliche Zusammenarbeit aufkündigen.“ (aus „Arbeitsrecht im Betrieb“) Gefördert wird der Einfluß bessergestellter Lohnabhängiger in den Betriebsräten, von betrieblichen „Leistungsträgern“, von Interessen wie „Nichtraucherlisten“ im Angestelltenbereich.

Welche einfachen Arbeiter werden es sich erlauben können, den Mund aufzumachen, wenn immer und überall irgendein Vorgesetzter oder Horchposten rumhockt?

Die Betriebsverfassung der BRD ist von Anfang an konstruiert auf die Bedürfnisse der Konzerne durch starke Eingrenzung gewerkschaftlichen Einflusses in den Betrieben, Festlegung der Betriebsräte auf Betriebswohl und Betriebsfrieden, Verbot betrieblicher Streiks und parteipolitischer Betätigung, Unterbindung wirksamer Mitbestimmungsrechte, Förderung des Einflusses bessergestellter Lohnabhängiger. Die geplante Novellierung soll einen schweren Schlag setzen gegen den Einfluß der DGB-Gewerkschaften und der Arbeiter auf Betriebsräte und betriebliche Meinungsbildung, der Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen wird durch die faktische Entwicklung (neue Technologien usw.) minimiert.



Blüms Absicht mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz: Für akademische Angestellte Posten in der Betriebsgemeinschaft, Arbeiter ohne kollektive Vertretung.

che Sprecherausschüsse für Leitende ein.

Intelligenz als elitäre Stoßtruppe der Konzerne?

Seit 1978 nahm die Zahl der angestellten Akademiker in der BRD um 35% auf 1,3 Mio. zu, ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad liegt bei nur 10 bis 15%. „Wer organisiert das mittlere Management“, lautet das strategische Problem. Die ULA, die Führungsansprüche nicht nur für leitende Angestellte, sondern überhaupt für angestellte Akademiker geltend macht, hat bei der Bundestagsanhörung klar gemacht, in wessen Interesse sie funktionieren wird:

„Niemand kann leitender Angestellter sein, der nicht im grundsätzlichen Ziel- und Führungseinverständnis mit der Unternehmensleitung ist. Weil das so ist, sind für den Sprecherausschuß auch nur Beratungs- und Beteiligungsrechte, nicht jedoch Mitbestimmungsrechte, vorgesehen. Da Mitbestimmungsrechte für

ung als Elite zur Schmiedung der Betriebsgemeinschaft einsetzen. Tatsächliche Rechte soll der Sprecherausschuß auch nur erhalten gegenüber dem Betriebsrat. Er soll die Funktion eines Konkurrenzorgans zum Betriebsrat erhalten, indem er Betriebsvereinbarungen zu Fall bringen kann, falls Interessen der Leitenden davon beeinträchtigt würden. Und was beeinträchtigt einen Leitenden eigentlich nicht? Dazu nochmal die ULA:

„Als positive Minderheit, eine für Wirtschaft und Staat förderliche Leistungselite, brauchen die leitenden Angestellten gesetzlichen Schutz vor Majorisierung und Mundtot-Machen durch übergroße gesellschaftliche Gruppen ... gegenüber einer Bevormundungspolitik durch Betriebsräte und große Gewerkschaften.“

Minderheitenschutz oder Horchposten für Arbeitgeber?

Es gibt linke Kräfte, die sich von der



Verschiedene Aktionen gegen die geplante Gesundheitsreform.

Kapitalisten bekommen Widerstand gegen Gesundheitsreform kaum zu spüren

Das geplante Gesundheitsreformgesetz der Bundesregierung kommt den Ansprüchen der Kapitalisten, die sie an die Bundesregierung stellen, entgegen. Die BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber) formulierte in ihrem Jahresbericht 1985 als gesundheitspolitische Vorstellungen: „Die Kosten- und Abgabenbelastung ... hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, das ohne Gefährdung der Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmer nicht weiter in die Höhe getrieben werden kann.“ Das Gesetzesvorhaben soll die Beitragssätze um einen Prozentpunkt senken, damit wäre eine Entlastung der Kapitalisten von Lohnnebenkosten erreicht. Durch die Aushöhlung des Versicherungsschutzes und die erhöhte Eigenbeteiligung soll sich auf brutale Weise der leistungsgerechte Wille zu Mehrarbeit bei den Versicherten durchsetzen. Eine Menge konkreter Vorschläge des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion (1987) hat die Bundesregierung buchstabengetreu übernommen.

Wo formiert sich nun der Widerstand und wogegen tritt er an?

Auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag der ÖTV wurde ein Beschuß zur Gesundheitspolitik verabschiedet. Er enthält keine Kritik an den Kapitalisten, die doch die Verursacher von immer steigenden Kosten im Gesundheitswesen sind. Es gibt genügend Untersuchungen zu dem Zusammenhang Arbeit und Krankheit — sie tauchen in der Entschließung nicht auf. Die chronischen Erkrankungen nehmen zu, Herz- und Kreislaufstörungen durch Schichtdienst ist bewiesen, nicht mehr wiedergutmachende Verschleißkrankheiten bei übermäßiger Arbeitsbelastung ist bekannt, die Krankenhaushäufigkeit steigt — nur eine Aneinanderreihung von Tat-

sachen — und wie beschreibt der ÖTV-Beschluß die Ausgangslage? „Die Gesundheitspolitik muß auf andere Politikfelder Einfluß nehmen und verhindern, daß es zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen in der Arbeitswelt, in der Umwelt und durch Wohn- und Verkehrsverhältnisse kommt.“ Hauptverursacher der Kostenerhöhungen im Gesundheitswesen seien die Leistungsanbieter. „Im wesentlichen bestimmen wirtschaftliche Interessen der Leistungsanbieter Art und Umfang des Leistungsgeschehens ... Diese Struktur führt zu ständig steigenden Kosten und zu Überkapazität in Teilbereichen der Akutmedizin.“ Dies ist auch im wesentlichen die Position des DGB.

Die Gewerkschaften lehnen alle das Gesundheitsreformgesetz ab, aber mit den Begründungen über die Kostenverursacher treffen sie nicht den Gegner, sondern lenken den Widerstand der lohnabhängigen Versicherten daran vorbei. Die Mobilisierung gegen die Strukturreform stützt sich auf die Aushöhlung des Versicherungsschutzes und die sogenannte *einseitige* Belastung der Versicherten. Die Veröffentlichung der Vorhaben der Bundesregierung ruft breiten Protest auf jeder Versammlung hervor. Die Charakterisierung der CDU/FDP-Regierung als Sozialstaatsverräte bleibt aber zu düftig.

Die Regierung sieht sich schon gestört in ihren Geschäften und reagierte äußerst schroff auf Kritik. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion warf dem VdK (Verband der Kriegsopfer) wegen der Publikation der Broschüre „Die Gesundheitsreform“ *einseitige* Agitation vor. Der VdK wies dies zurück auf einer Protestveranstaltung in Bonn am 20.9.88. „Es ist schlichtweg falsch, wenn dieser Politiker behauptet, niemand müsse aus finanziellen Gründen

auf medizinisch notwendige Leistungen verzichten ... Die jetzigen Regelungen im Gesetzentwurf, nämlich die Festbeträge und die Selbstbeteiligung, führen zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Diese Entwicklung will der VdK verhindern.“ Der VdK kritisiert auch Arbeitgeberpräsident Murmann, der eine Teilanrechnung des Urlaubs auf Kuren verlangt. Der VdK: „Wenn der Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung eine Mehrheit findet, werden vor allem die chronisch Kranken, Behinderten und Sozialrentner finanziell einseitig belastet.“ „Fahrten zu medizinisch notwendigen Behandlungen sollen, abgesehen von Härtefällen, ab 1. Januar des kommenden Jahres von den Kranken und Behinderten selbst bezahlt werden. Die Selbstbeteiligung für Fahrten zur vollstationären Behandlung wird auf 20 Mark für die einfache Fahrt erhöht. Die Kosten für den Transport im Krankenwagen oder Rettungswagen sollen nur noch dann übernommen werden, wenn der Patient nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus dort auch stationär behandelt wird. Zu den Auswirkungen ein Beispiel:

Der Einsatz eines Rettungswagens vom Unfallort zum Krankenhaus kostet im Bundesdurchschnitt 400 Mark pro Fahrt. Wird der Patient anschließend stationär eingewiesen, zahlt die Kasse. Kann er nach ambulanter Behandlung entlassen werden, zahlt er selbst — oder derjenige, der den Rettungswagen gerufen hat. Nach Auffassung des VdK müssen Kosten für medizinisch unabsehbare Fahrten von den Kassen voll übernommen werden.“

Dies war jetzt nur ein Beispiel für die Kritik an der „Stärkung der Eigenverantwortung“ und „Selbstbeteiligung“, wie sie der Sachverständigenrat 1987 forderte.

Den Widerstand gegen die Strukturreform bilden die betroffenen Versicherten in verschiedenen Organen und Gruppen. Die Stoßrichtung gegen die Verursacher von Krankheit und Siechtum würde eine Vereinheitlichung bewirken können.

„Mehr Freiheit für den Handel“ und „Bedarf für einfache Arbeitsplätze“

Die erste parlamentarische Hürde zur Durchsetzung des Dienstleistungsabends, den Bundesrat, haben die Großkapitalisten am 23.9. geschafft. Bis auf Baden-Württemberg stimmten die CDU/CSU-regierten Länder sowie das SPD/FDP-regierte Hamburg dafür. Den Bundestag passierte das Gesetz in erster Lesung am 29.9. Die zweite und dritte Lesung soll am 20.10. stattfinden.

Nicht daß die baden-württembergische Landesregierung sich als Gegner des Dienstleistungsabends entpuppt hätte, einen entsprechenden Antrag Nordrhein-Westfalens lehnte sie ab, und man erinnere sich, daß Baden-Württemberg erst vor kurzem noch bei der Spätöffnung von Läden im Bahnhofsgebiet (Stuttgarter Klett-Passage) eine Vorreiterrolle spielte. Der baden-württembergische Vertreter im Bundesrat, Minister Eyrich, forderte vielmehr für die Änderung der Ladenschlußzeiten und Öffnung

von Behörden eine Lösung mit breiterem „gesellschaftlichen Konsens“. Er hat dabei besonders die „personalintensiven Kosten“ eines Dienstleistungsabends für die Unternehmen in den Innenstädten, also Kaufhäuser und mittelständischen Einzelhandel, im Auge. Eyrich verlangt eine Lösung besonders dieser Frage durch die Bundesregierung.

Helmut Nanz, Präsident des kürzlich neugeschaffenen Bundesverbandes der Filialbetriebe und Selbstbedienungs-Warenhäuser (BFS), bringt zum Ausdruck, worüber sich die Kapitalisten der in diesem Verband zusammengeschlossenen Größenordnung freuen: „... der Dienstleistungsabend bedeutet mehr Freiheit für den Handel.“ Über den Handel hinaus formuliert der ehemalige Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW), Hans-Jürgen Krupp, die Erwartungen der deutschen Wirtschaft. Er sieht einen „Bedarf für einfache

Arbeiten“ und fragt, inwieweit nicht gerade bei den Dienstleistungen einfache Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Die Gewerkschaft HBV versucht mehr denn je, die Interessen der Beschäftigten auf tarifvertraglicher Ebene mit einem „Tarifvertrag 18.30 Uhr Arbeitszeiten“ oder sogar durch Haustarife in den Kauf- und Warenhäusern zu verteidigen, wird aber durch Streikverbotsurteile stark geschwächt. Zudem ist ein Verfahren gerade gegen eine tarifvertragliche Regelung wegen „Wettbewerbsverstöß“ vor der Kartellkammer des Landgerichts Berlin anhängig. Antragsteller ist die Kaufhof AG für die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), dem Tarifpartner der HBV. Die kompromißbereite Haltung, die die HBV bei der „Veränderung der starren Arbeitszeiten“ einnimmt, ist ein Ergebnis ihrer Hoffnung auf neue Arbeitsplätze gerade auch im Zusammenhang „Konkurrenz im EG-Rahmen“.

Für den 20.10. hat die HBV bundesweite Aktionen und Betriebsversammlungen angekündigt.

Aus der Diskussion im Bundesrat

Staatsminister Waldenfels, Bayern, mit Niedersachsen Antragsteller zur Unterstützung des Dienstleistungsabends:
„Die Einführung eines Dienstleistungsabends bietet die Chance zu individueller Arbeitszeit, eröffnet neue Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, kommt den Verbraucherwünschen — d.h. vor allem den Wünschen vieler Berufstätiger — nach besserer Einkaufszeit entgegen und wirkt nicht zuletzt der Verödung der Innenstädte entgegen.“

Gegen die HBV verweist der Staatsminister auf die Bedeutung des Dienst-

leistungsabends „im Hinblick auf den bis Ende 1992 zu schaffenden Europäischen Binnenmarkt“.

Minister Eyrich, Baden-Württemberg: „Ging es bei der letzten Änderung des Ladenschlußrechts um die Lösung konkreter und örtlich eingrenzbarer Probleme, so stehen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf Grundsatzentscheidungen des Ladenschlußrechts zur Debatte.“ Diese müßten noch weiter abgeklärt werden.

„Bei Anhörungen ... zeigte sich eine bemerkenswerte Übereinstimmung bei der Beurteilung des Ladenschlußrechts ... durch die Sozialpartner. Die hier getroffenen Regelungen sind damit Teil des sozialen Konsenses, der für die Bundesrepublik charakteristisch ist und mit zu ihren großen Standortvorteilen im internationalen Wettbewerb zählt. Änderungen in diesem Bereich sollten daher von einer möglichst breiten Zustimmung der berührten gesellschaftlichen Gruppen getragen werden.“

„Insgesamt ist eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten der nicht personalintensiven Einkaufszentren, auf der grünen Wiese“ zu befürchten. Bei entsprechender Anpassung im übrigen Einzelhandel besteht durch den Dienstleistungsabend somit die Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen.“

„Insgesamt ist zu befürchten, daß die volkswirtschaftlichen Kosten längerer Ladenöffnungszeiten deren Nutzen übersteigen. In diesem Zusammenhang sollte den Auswirkungen auf die Verbraucherpreise in anderen europäischen Staaten mit zum Teil weit in die Nacht reichen den Ladenöffnungszeiten noch einge-

hend nachgegangen werden.“

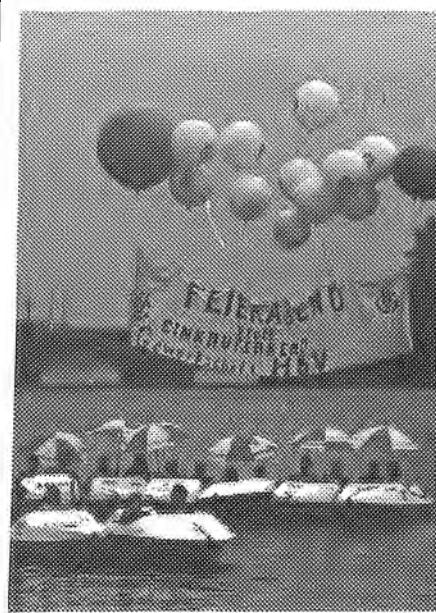
Zum Schluß fordert Eyrich die Überprüfung dieser Punkte durch die Bundesregierung und neue „Lösungen“.

Parl. Staatssekretär Höpfinger, Bundesministerium für Arbeit:

„Wenn wir jetzt in der Bundesrepublik Deutschland vorsichtig diese europäische Entwicklung nachvollziehen, so können wir gar nicht so falsch liegen ... Außerdem erscheint es nach mehr als 30 Jahren angebracht, darüber nachzudenken, ob der im Jahr 1956 gefundene Kompromiß zwischen den Interessen der Verkaufsstellen, der dort Beschäftigten und der dort einkaufenden Verbraucher heute noch trägt ...“ Höpfinger verweist darauf, daß der Dienstleistungsabend über den Einzelhandel hinausgeht. Damit wäre die BRD Vorreiter in Europa.

„So wird die gesetzliche Leitlinie auch in die Ermessensentscheidung der betrieblichen Einigungsstellen miteinzubeziehen sein, wenn es in einem Betrieb zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat über die Teilnahme am Dienstleistungsabend kommen sollte. Ohnedies hat die Einigungsstelle nach dem Betriebsverfassungsgesetz ihre Beschlüsse „unter angemessener Berücksichtigung der Belange des Betriebes und der betroffenen Arbeitnehmer nach billigem Ermessen“ zu treffen. Zu den Belangen des Betriebes gehört seine Wettbewerbsfähigkeit, die auch durch eine Nichtteilnahme am Dienstleistungsabend beeinträchtigt werden kann.“

Bundesrat, Plenarprotokoll 592. 23.9.1988



Aktion der HBV am 9. Juni gegen einen Spätöffnungsabend in Hamburg.

Flexible Arbeitszeiten, Dienstleistungsabend

— Eine Presseübersicht —

Frankfurter Allg. Zeitung, 19.9.88:

Die Front der Gewerkschaften gegen eine Veränderung der starren Arbeitszeiten bröckelt weiter ... Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Günther Volkmar, sagte in Düsseldorf: „Wir stehen neuen Formen der Arbeitszeitgestaltung durchaus offen gegenüber.“ Bei der Verwirklichung des „Etappenziels“, der Fünfunddreißig-Stunden-Woche und darüber hinausgehender Arbeitszeitverkürzungen, wolle die Gewerkschaft HBV nicht stur und starr an bisher geltenden Arbeitszeitregelungen festhalten. Der nordrhein-westfälische SPD-Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann sprach sich ... zwar gegen die Sonntagsarbeit aus, meinte aber, Arbeit am Samstag sei kein Tabu.

Frankfurter Allg. Zeitung, 29.9.88:

Der Bundesrat hat die Gesetzesvorlage der Bundesregierung zur Einführung eines Dienstleistungsabends unterstützt. Danach soll es den Bürgern künftig möglich sein, donnerstags bis 21 Uhr einzukaufen und Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Auf Antrag Bayerns wird der Gründonnerstag nicht in die Regelung einbezogen ... Für den Dienstleistungsabend stimmten die CDU/CSU-regierten Länder mit Ausnahme von Baden-Württemberg. Für die Mehrheit sorgte Hamburg ... Der Antrag Nordrhein-Westfalens, den Gesetzesentwurf abzulehnen, weil die Arbeitnehmer und die kleineren Unternehmer belastet würden, wurde abgelehnt, da er nur von vier SPD-regierten Ländern unterstützt wurde. Diesem Antrag schlossen sich weder Hamburg noch Baden-Württemberg an.

Handelsblatt, 26.9.88:

In den gerichtlichen Auseinandersetzungen ..., ob Arbeitskampfmaßnahmen zur tarifvertraglichen Absicherung des Arbeitszeitendes 18.30 Uhr rechtlich zulässig sind, wird die kartellrechtliche Problematik nun doch eine Rolle spielen. Die zweite Kammer des Landesarbeitsgerichts Berlin setzte gemäß § 96 Abs. 2 GWB ein von der Kaufhof AG für den Arbeitgeberverband anhängig gemachtes Pilotverfahren aus und verwies es an die Kartellkammer des Landgerichts Berlin. Sollte sie zu dem Schluß kommen, daß der angestrebte Tarifvertrag gegen die §§ 1 und 25 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verstößt, weil er durch die Festbeschreibung des Arbeitszeitendes im Verkauf des Einzelhandels auf 18.30 Uhr die vom Gesetzgeber geplante Einführung von Spätöffnungs-

zeiten an Donnerstagen bis 21 Uhr wirkungslos machen könnte, so wären Arbeitskampfmaßnahmen zur Durchsetzung eines solchen Tarifvertrages über 1988 hinaus rechtswidrig.

Frankfurter Rundschau, 30.9.88:

Im westberliner Einzelhandel wird es vorerst keinen Dienstleistungsabend geben ... HBV teilte am 29.9. mit, sie sei auf die vom Berliner Handel angebotene Vereinbarung eingegangen, in der der geltende Ladenschluß von 18.30 Uhr bis Ende 1989 festgeschrieben wird. Damit lasse sich der von der Bundesregierung geplante Dienstleistungsabend in Berlin nicht realisieren.

Handelsblatt, 30.9.88:

Unnötige Kartelnovelle

Das Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung (Kronberger Kreis) ist der Meinung, daß die geplante Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in die Irre führt ... Die geplante Novelle wolle in erster Linie die Nachfragermacht der Großunternehmen im Handel, v.a. im Lebensmittelhandel einschränken. Interessiert an einer solchen Einschränkung seien v.a. zwei Gruppierungen:

- Hersteller und Lieferanten, die um die einkaufsstarken Großunternehmen des Handels in intensivem Wettbewerb stünden und gezwungen seien, immer weitere Sonderkonditionen einzuräumen;
- mittelständische Handelsunternehmen, die mit Handelsriesen um den Endverbraucher konkurrierten ...

Beide Gruppen beklagten nachteilige Praktiken wie Verkäufe unter Einkaufspreis, ruinöse Preiskämpfe, Diskriminierungen, wettbewerbswidrige Preisabschleuderei ... Trotz der Konzentrationsbewegung im Handel herrsche auch im Lebensmittelhandel immer noch eine große Vielfalt an Unternehmen, Geschäftstypen und Organisationsformen ... Nicht die Verbraucher, die Konkurrenten wollten diese Novelle.

Handelsblatt, 3.10.88:

Trotz aller Bemühungen der Bundesregierung um eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten wird es nach Angaben der HBV auch im kommenden Jahr in Waren- und Kaufhäusern beim Ladenschluß um 18.30 Uhr bleiben ... Steinborn sagte, ... die Waren- und Kaufhauskonzerne hätten die ablaufende Frist zur Kündigung der Betriebsvereinbarungen ungenutzt verstreichen lassen. Die Kündigung der geltenden Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeitgestaltung wäre notwendig gewesen, hätten sich die

Konzerne 1989 an einem eventuellen Dienstleistungsabend beteiligen wollen ... Damit (habe) der von der Bundesregierung geplante Dienstleistungsabend kaum noch Chancen. In Berlin hatten sich die HBV und der Gesamtverband des Berliner Einzelhandels bereits darauf verständigt, die derzeitigen Ladenöffnungszeiten beizubehalten.

Handelsblatt, 4.10.88:

Anfang Oktober fand in West-Berlin im Auftrag des Berliner Wissenschaftsministers der Kongreß „Dienstleistungen — neue Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft“ statt. Ausrichter war das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW). In seinem Referat führte der ehemalige DIW-Präsident und heutige Hamburger Finanzsenator Hans-Jürgen Krupp aus: „Eine Voraussetzung für eine weitere Expansion der Dienstleistungen wird ... ihre soziale Akzeptanz sein.“ Es müsse das Verständnis dafür gefördert werden, daß mehr Dienstleistungen Schritte auf dem Wege zu einer humaneren Gesellschaft seien. Hier gelte es zunächst einmal Vorurteile abzubauen, daß Dienstleistungen nicht in erster Linie widerwärtige Tätigkeiten seien, sondern ganz im Gegenteil: Produktionsorientierte Dienste seien hochwertig und gut bezahlt, und auch viele Humandienste erforderten eine gute Ausbildung. Andererseits zeige ein Blick in die Struktur unserer Arbeitslosigkeit, daß es einen Bedarf für einfache Arbeiten gebe. Hier sei die Frage zu stellen, inwieweit nicht gerade bei den Dienstleistungen einfache Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Frankfurter Allg. Zeitung, 8.10.88:

Der Bundesverband der Filialbetriebe und Selbstbedienungs-Warenhäuser (BFS) begrüßt die geplante Einführung eines Dienstleistungsabends am Donnerstag. Wie Helmut Nanz, der Präsident dieses neuen ... Verbandes, ... sagte, bedeute der Dienstleistungsabend mehr Freiheit für den Handel. Allerdings müßten auch die übrigen Dienstleistungsbranchen sowie der öffentliche Dienst mitmachen. Nanz forderte den Gesetzgeber auf, die Mitbestimmungsproblematik zu regeln. Denn solange die Sozialpartner die Möglichkeiten hätten, sich längeren Öffnungszeiten zu verweigern, seien die Handelsunternehmen mit Betriebsräten im Wettbewerb benachteiligt ... Die derzeit 64 Mitgliedsfirmen erzielen einen Gesamtumsatz von nahezu 100 Milliarden DM, davon über 90 Milliarden DM im Einzelhandel. Damit lief 1987 etwa jede sechste Mark, die für Einzelhandelsgüter ausgegeben wurde, durch die Kasse von BFS-Mitgliedern.

